

Politische Berichte ★

Nummer 26 / 15. Jahrgang

29. Dezember 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik.
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM
ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift
GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zölpicher Straße 7, 50674 Köln.
Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

Falke Stihl, Taube Gottscholl?

Die Tarifauseinandersetzung Metall beginnt

Agestimmt auf den ersten Verhandlungsdurchgang der Metalltarifbewegung meldet sich DIHT-Präsident Stihl zu Wort. In der *Bild-Zeitung* (16./19.12.) fordert er, gegen ungebührliche Krankfeiern Krankheitstage mit dem Urlaubsgeld zu verrechnen, eine Lohn-Nullrunde und das Weihnachtsgeld in wirtschaftlich schlechten Zeiten streichen zu können. Assistiert wird er von BdA-Präsident Murmann, der den Samstag wieder zum „normalen Arbeitstag“ machen will.

Diese Attacken sind aus den letzten Jahren wohlbekannt, etwas langweilig gar, möchte man meinen. In bezug auf das Tarifgeschehen und die Sozialgesetzgebung können sich Stihl und Murmann allerdings über Wirkungslosigkeit nicht beklagen. Sie werden sich auch diesmal eine Erfolgsrechnung aufgemacht haben.

Im Januar dürfte sich in den Metallbetrieben erheblicher Unmut breitmachen. Das Weihnachtsgeld ist aufgrund des letzten Tarifabschlusses um zehn Prozentpunkte gekürzt worden. Der Nettoaufkraftverlust 1994 hat laut

BdA für die Arbeitnehmer 2,5 Prozent betragen. Die Abzüge für Solidarbeitrag und Pflegeversicherung auf den Lohnzetteln werden der Tariflösung „Wir brauchen mehr Geld“ Mobilisierung verleihen. Die Tarifbewegung ist in hohem Maße politisiert. IGM-Vorsitzender Zwickel wisch sogar von der Uralt-Phrase, die Gewerkschaften könnten Wahlergebnisse nicht mit Tarifpolitik korrigieren, ab: Es sei den Belegschaften nicht mehr verständlich zu machen, daß sie die Umverteilungspolitik der Bundesregierung nicht in der Tarifpolitik kompensieren dürften. (*Handelsblatt*, 29.11.) Die IG Metall könnte durchaus den Reallohnsenkungen eine Bremse verpassen.

In der Politik entdeckt Scharping für die SPD gerade den Sozialmüßbrauch und will ihn bekämpfen. Wie Stihl ja auch. Kohls Parlamentsmehrheit ist dünn, gewerkschaftliche und, gegen die wuchernde Armut, auch kirchliche Forderungen könnten in (kleinen) Teilen der CDU Neigung zum Nachgeben aufkommen lassen. Dagegen appelliert Stihl an die Pflichten der großen Stand-



ort-Partei. Zumindest die Rückgängigmachung antigewerkschaftlicher Gesetze darf nicht ins Blickfeld geraten.

Indessen erklärt sich Gesamtmetall-Präsident Gottscholl mit moderaten Lohnabschlüssen einverstanden. Der Stand von 1990 würde ihm reichen, der Samstag ist tariflich ohnehin nicht geschützt, den Sonntag gibt das Arbeitszeitgesetz großzügig frei. Betriebliche Arbeitszeitflexibilisierung ist möglich. Lohnflexibilisierung hat Gottscholl im Abschluß-Visier. So treiben Stihl und Gottscholl mit verteilten Rollen gesetz-

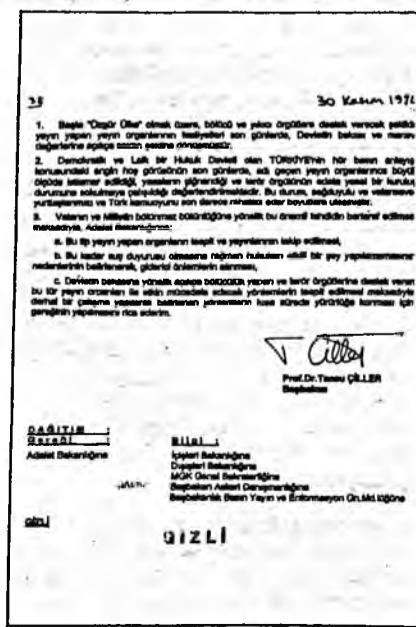
lich-tariflich-betrieblich das soziale Roll-back weiter.

Die IG Metall riskiert, ohne Austritt aus der Standort-Partei, ohne Konsequenzentziehung aus dem Verschwinden der Arbeitsteilung: „Tarif/Betrieb erledigt die Gewerkschaft, um die Politik für Arbeitnehmer kümmert sich die SPD“, ohne Konzept gegen die gesellschaftliche Armut und ohne neue tarifliche Bündnisziele schlußendlich, trotz großer Anstrengungen zwischen Tauen und Falken der Gegenseite zerrieben zu werden. — (gka)

Bomben auf „Ülke“: Die Drahtzieher stehen fest

„Özgür Ülke“ enthüllt „Geheimbefehl“ der Ministerpräsidentin Tansu Ciller gegen die Zeitung

Özgür Ülke



Dokumentiert: Tansu Cillers Befehl

1. Die Aktivitäten der Presseorgane, die mit ihren Publikationen separatistischen und zerstörerischen Organisationen Hilfestellung leisten — allen voran *Özgür Ülke* — sind in den letzten Tagen in einer Art und Weise umgeschlagen, die unumwunden und auf aggressive Weise das Fortbestehen und die moralischen Werte des Staates angreifen.

2. Die Türkei ist ein demokratischer und laizistischer Rechtsstaat, die der Pressefreiheit eine große Wertschätzung beimitzt. Diese Freiheit wird von den oben genannten Presseorganen in großem Maße ausgenutzt, die bestehenden Gesetze werden mit Füßen getreten, und es wird versucht, Terrororganisationen zu legitimieren. Dieser Zustand hat Ausmaße erreicht, die unsere vernünftigen und patriotischen Staatsbürger und die türkische Öffentlichkeit in höchstem Maße beunruhigen.

3. Um die die unteilbare Einheit des Vaterlandes und der Nation gefährdende Bedrohung zu beseitigen, bitte ich

das Justizministerium, folgende Maßnahmen einzuleiten:

a) Presseorgane, die in der o.g. Art und Weise tätig sind, sollen festgestellt und ihre Publikationen verfolgt werden.

b) Es müssen die Gründe festgestellt werden, wieso gegen diese Aktivitäten trotz wiederholter Strafverfolgung bisher keine rechtlich wirksamen Mittel gefunden worden sind und wie diese Mängel zu beheben sind.

c) Es soll eine Untersuchung eingeleitet werden, die Mittel und Wege findet, um Presseorgane, die sich mit ihren Veröffentlichungen gegen das Wohl des Staates richten, Separatismus betreiben und Terror-Organisationen unterstützen, aktiv zu bekämpfen. Die dazu nötigen Maßnahmen sollen unverzüglich in Kraft gesetzt werden.

Prof. Tansu Ciller, Ministerpräsidentin
Gerichtet an: Justizministerium. Zur
Kenntnis an: Innenministerium, Außenministerium, Generalsekretär des MGK
(Nationaler Sicherheitsrat) . . .“

Am 18. Januar will der Bundestag über die weitere Entwicklung der Menschenrechtssituation in der Türkei und über den bis 20. Januar befristeten Abschiebestopp für Kurden und Kurden beraten, haben Sprecher der Regierungskoalition jetzt angekündigt. Die Zeitung *Özgür Ülke* hat dazu am 20. Dezember das nebenstehend im Faksimile abgebildete und übersetzte Dokument beigebracht: einen Befehl der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller, unterzeichnet am 30. November, die Zeitung *Özgür Ülke* „aktiv zu bekämpfen“. Drei Tage später explodierten in den Büros der Zeitung in Ankara und Istanbul von staatlichen Terrorkommandos gelegte Bomben. Ein Mitarbeiter der Zeitung kam ums Leben, 19 weitere wurden zum Teil schwer verletzt, die Redraumtotal zerstört, Sachschaden: 2 Millionen DM. Was muß eigentlich noch geschehen, bis die Bundesregierung ihre Militärhilfe für ein so verbrecherisches Regime einstellt und die Bemühungen der PKK für eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts unterstützen? — (rül)

Waigels „Steuerkoalition der Vernunft“ 1996: Den Armen nehmen, den Reichen geben!

Für 1996/97 strebt die Regierungskoalition eine weitere große Umverteilung der Steuerlast zu Lasten von Beziehern niedriger Einkommen und Kommunen und zugunsten der Konzerne an

Schon in ihrem ersten Amtsjahr will die Bundesregierung einen Großteil ihrer steuer- und finanzpolitischen Vorhaben für die kommende Legislaturperiode durchsetzen. Das ist eines der Ergebnisse der Debatte über den Haushalt 1995, mit dem der neu gewählte Bundestag Mitte Dezember seine Arbeit aufnahm.

Bundesfinanzminister Waigel kündigte an: „Die wichtigsten steuerpolitischen Vorhaben werden im Jahressteuergesetz 1996 angepackt“, und forderte die SPD in Bundestag und Bundesrat zur Mitwirkung auf: „Es sollte hier zu einer Steuerkoalition der Vernunft kommen.“

Was soll der Inhalt dieses „Jahressteuergesetzes 1996“ werden, das die Regierung 1995 vorlegen will? Im Bundestag nannte Waigel vier Schwerpunkte:

1. Die Steuerfreistellung des Existenzminimums. Dafür liegt Waigels Vorschlag inzwischen vor. Dieser enthält vor allem vier Elemente:

a) einen Grundfreibetrag, der bei gerade 1000 DM zu versteuerndem Einkommen im Monat deutlich unter dem für eine selbständige, menschenwürdige Lebensführung unabsehbar notwendigen Einkommen liegt;

b) eine oberhalb dieses „Grundfreibetrags“ steil ansteigende Steuerbelastung, von den Gewerkschaften u. a. zu Recht bereits als „Kleine-Leute-

Buckel“ kritisiert, und

c) eine Steuerformel, die entgegen dem ursprünglichen Auftrag des Verfassungsgerichts sich nicht etwa auf die Steuerentlastung in den unteren Einkommenszonen beschränkt, sondern stattdessen — ohne daß dafür irgendein vernünftiger Grund erkennbar wäre — bis in die hohen und höchsten Einkommen steuerliche Entlastung anstrebt;

d) hat das Waigel-Paket eine Nachwirkung, die Waigel selbst in seinen Berechnungen stets tunlichst unterschlägt: Die größten Steuerausfälle durch diese Änderungen treten nämlich nicht beim Bund, sondern bei den Ländern und Gemeinden auf. Und diese haben keine Möglichkeit, sich durch Steuer- oder Abgabenänderungen zu Lasten von Beziehern hoher Einkommen zu „entschädigen“.

Die Folge dieser vier Folgen von Waigels „Reformgesetz“ wird sein, daß am Ende nur bei den Familien in den hohen und höchsten Einkommenszonen eine wirkliche Steuerentlastung bleibt, während in den unteren Einkommenszonen die Steuerlast „umverteilt“ wird — von Beziehern niedriger Einkommen mit Kindern zu Beziehern niedriger Einkommen ohne Kinder, z. B. älteren Lohnabhängigen.

Die weiteren Elemente von Waigels „Jahressteuergesetz 1996“ sollen sein: Fortsetzung der „Unternehmenssteuerreform“, „Gemeindefinanzreform“ und

„Steuervereinfachung“. Mit dem ersten Ziel ist gemeint: Weitere Senkung der Spaltensteuersätze, weitere Senkung der Körperschaftssteuersätze der Unternehmen, Senkungen, wenn nicht Abschaffung der betrieblichen Vermögenssteuer, der Erbschaftssteuer und der Schenkungssteuer. Auch die „Gemeindefinanzreform“ meint vor allem eine Senkung der Steuern für die Kapitalisten: Die Gewerbe Kapitalsteuer soll bis 1. Januar 1996 ganz abgeschafft, die Gewerbeertragsteuer mit dem Ziel der Abschaffung Schritt für Schritt gesenkt werden. Unter der Rubrik „Steuervereinfachung“ kann mit Fug und Recht weiteres der gleichen Art erwartet werden, etwa eine Senkung der ohnehin geringen Steuerlast für Stiftungen, Steuerbegünstigungen für die Beschäftigung von Dienstboten, weitere Förderung des privaten Wohnungsbaus für solche, die sich eine Eigentumswohnung oder ein Eigenheim kaufen wollen.

Diese systematische Steuerentlastung für Kapitaleinkommen und Vermögen soll die Expansion deutscher Konzerne weiter beschleunigen und vergolden und, so Waigel wörtlich im Bundestag, „das Vertrauen der Finanzmärkte und Investoren“ stärken: „Wir sind und bleiben die wirtschaftliche Nummer eins in Europa. Deutschland bleibt der europäische Stabilitätsanker und Wachstumsmotor.“

Bei so viel Steuerentlastung für die Konzerne und Bezieher hoher Einkommen muß in den unteren Einkommensbereichen um so derber „gespart“ werden: durch Kürzung der Zuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit, durch Senkung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, durch die angedrohte Reform der Sozialhilfe.

Es blieb dem SPD-Fraktionsgeschäftsführer Dr. Peter Struck überlassen, dem CSU-Finanzminister bei keinem einzigen dieser Vorhaben prinzipiellen Widerstand der SPD anzukündigen, sondern ihm lediglich ein hohes „So nicht!“ entgegenzuhalten und zugleich Gesprächsbereitschaft über alle Vorhaben anzukündigen. Struck: „In manchen Bereichen kann ich mir durchaus Kompromisse vorstellen ... Ich kündige ausdrücklich an, daß wir auch zu Kompromissen bereit sind, daß wir nicht blockieren wollen.“

Die Gewerkschaften werden in den Tarifauseinandersetzungen gut daran tun, die Steuerpläne Waigels für die Jahre 1996 und 1997 von vornherein in ihre Berechnungen über die zu erwartenden Realeinkommen einzubeziehen. Denn von Waigel kommt weiterhin ein extremer Steuerabzug auf die Bruttoeinkommen, vor allem in den unteren Lohn- und Einkommensbereichen.

Quelle: Bundestagsprotokoll vom 14. Dezember 1994 — (rül)

AKTUELL IN BONN

EU zum Ausländerwahlrecht

Die Außenminister der Europäischen Union (EU) haben kurz vor Weihnachten eine technische Richtlinie verabschiedet, die letzte Einzelheiten für die Einführung des Kommunalwahlrechts für „EU-Ausländer“ regelt. Die EU-Staaten haben nun bis Anfang 1996 Zeit, die EU-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Dann hätten rund 5 Millionen EU-Staatsangehörige, die außerhalb ihres Geburtslandes leben, die Möglichkeit, künftig an den Kommunalwahlen ihres Wohnsitzlandes teilzunehmen. SPD-Geschäftsführer Verheugen kritisierte, eine Beschränkung des Kommunalwahlrechts auf EU-Ausländer schließe den größten Teil der Ausländer in der BRD weiter vom Wahlrecht aus, und forderte erneut das Kommunalwahlrecht für alle Ausländer. Bleibe es bei der EU-Regelung, so sei dies ein „Drei-Klassen-Wahlrecht“.

EU expandiert rasch

Die Ausdehnung der EU zu einem kontinentaleuropäischen Großreich geht weiter: Am 22. Dezember besiegeln die EU-Agrarminister mit einer Einigung über die Fischereirechte die letzten Vorbehalte der spanischen Regierung gegen den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur EU zum 1. Januar 1995. Damit wird der Beitritt dieser Staaten zur EU zum Jahreswechsel wirksam, alle Grenzabfertigungen fallen zu diesem Zeitpunkt weg. Bereits vorher hatten die EU-Außenminister die „Europaabkommen“ mit Rumänien, Tschechien und der Slowakei sowie die Freihandelsabkommen der EU

mit Lettland, Litauen und Estland genehmigt. Auch diese Abkommen, die die Ostausdehnung des EU-Großreiches erleichtern, treten zum 1. Januar 1995 in Kraft.

Schengen ab 26. März 1995

Regierungsvertreter aus Frankreich, der BRD, Spanien, den Beneluxstaaten und Portugal haben sich am 22. Dezember nun doch auf das Inkrafttreten des Schengener Abkommens geeinigt. Am 26. März soll das gesamte Abkommen in Kraft treten. Damit fallen Grenzkontrollen zwischen diesen Staaten — auch bei Flügen — weg. Zeitgleich tritt das in Straßburg errichtete polizeiliche Informationssystem SIS in Kraft, das nach den Plänen der Bundesregierung Grundlage einer EU-weiten Polizeibehörde „Europol“ werden soll.

Streit um EU-Wanderarbeiter

Die „Entsederichtlinie“ der Europäischen Union bleibt weiter umstritten. Bei der Richtlinie geht es darum, welche Löhne und Arbeitsbedingungen für die zunehmende Zahl von EU-Wanderarbeitern gelten soll, die — z. B. für die Arbeit auf Baustellen — von EU-Unternehmen zur Arbeit ins Ausland geschickt werden. Seit Inkrafttreten des „Binnenmarktes“ nimmt insbesondere die Zahl solcher „Sklavenhändler“ im Baubereich rapide zu, die z. B. portugiesische Bauarbeiter zu portugiesischen Löhnen in der BRD auf Baustellen ausbeuten und dazu von hiesigen Baukonzernen als billige „Subunternehmen“ gehuert werden. Die IG Bau protestiert schon lange gegen diese Praktiken und fordert, daß alle Bauarbeiter in

der BRD zu bundesdeutschen Löhnen und Arbeitsbedingungen arbeiten müssen — gleichgültig, woher sie kommen. Die EU-Arbeitsminister wollen dies nur gelten lassen, wenn solche „Wanderarbeiter“ länger als drei Monate in der BRD arbeiten. Da auch viele Bauhandwerker und Kleinbetriebe gegen die Billiglohnkonkurrenz protestieren, hat Blüm nun diese und die IG Bau erneut zum „Gespräch“ eingeladen und eine „nationale Richtlinie“ angekündigt.

Blüm kürzt Arbeitslosengeld

Zum 1. Januar wird allen Beziehern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ihr Geld erneut gekürzt. Das hat Arbeitsminister Blüm angeordnet. Vorwand ist die Senkung der Nettoeinkommen zum 1. Januar durch den Solidarzuschlag und die Abgaben zur Pflegeversicherung. Damit, so die Bundesanstalt für Arbeit, sinkt das zur Bemessung der Zahlungen herangezogene „durchschnittliche Arbeitsentgelt“. Der DGB hat gegen die Kürzungen protestiert: Das Arbeitsförderungsgesetz erlaubt nur die Einziehung der „Lohn- und Einkommenssteuer“ in die Kalkulation des Netto-Arbeitsentgelts, und Änderungen der Versicherungsabzüge dürfen erst ein halbes Jahr später bei der Berechnung des „Durchschnittsentgelts“ verrechnet werden.

Mehr Kirchenaustritte?

Schon vor Inkrafttreten des „Solidarzuschlags“ und der neuen Pflegeversicherung zum 1. Januar 1995 melden die beiden Kirchen Anzeichen für eine zunehmende Zahl von Kirchenaustritten.

Bereits im November haben die Kirchen u. a. in Dortmund, Köln, Offenbach und Stuttgart eine im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich steigende Zahl von Kirchenaustritten festgestellt, in Stuttgart-Mitte etwa von 107 Austritten im November 1993 auf 179 Austritten im November 1994. Zum Teil würden Steuerberater ihren Kunden sogar den Kirchenaustritt direkt empfehlen, rügte der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Wetter.

Post ab 1. 1. 1995 privat

Mit einer Presse-Party hat Bundespostminister Bötsch Ende Dezember die zum Jahreswechsel in Kraft tretende Umwandlung der drei Post-Unternehmen Postbank, Postdienst und Telekom in Privatunternehmen (noch mit öffentlichen Eignern) gefeiert. Ohne die „Privatisierung“ seien die drei Unternehmen nicht lebensfähig gewesen, behauptet der Minister — bleibt abzuwarten, welche Unternehmen am Ende überhaupt bleiben werden. Viel spekuliert wird derzeit über die Chancen der Telekom. Diese soll Anfang 1996 an die Börse gebracht werden — mit 15 Mrd. DM der bislang größte Aktienverkauf in der deutschen Geschichte, der das Volumen der Börsenaktien in der BRD um ca. 10 Prozent anheben soll.

Was kommt demnächst?

Am 5. Januar ist Landesparteitag der FDP in Baden-Württemberg. Am 6. Januar führt die FDP dann ihr „Dreikönigstreffen“ durch. In der Woche nach dem 9. Januar beginnt der Bundestag wieder seine Sitzungen. Am 19. Februar sind Landtagswahlen in Hessen.

Das Bundeskabinett hat der Nato zur Begleitung von Hilfsflügen Tornados zugesagt, die serbische Raketenstellungen ausschalten sollen, und für den möglichen Nato-Einsatz Luftwaffen-, Marine- und Sanitätseinheiten. Die Regierung beabsichtigt, die Vorbereitungen für die Entscheidung und die Planung für den Einsatz im Rahmen der Nato abzuschließen und erst für den Fall des konkreten Einsatzes die vom Verfassungsgericht geforderte Mehrheitsentscheidung des Bundestags herbeizuführen, die nach Lage der Dinge zu einer Pro-forma-Entscheidung verkommt. Die bestimmende

Linie in der SPD sieht, so ist nach der Haushaltsdiskussion am 15. 12. zu befürchten, Widerstand gegen die Entscheidung deutscher Soldaten nicht vor. Halbherzige Stellungnahmen gegen unzureichende Information der parlamentarischen Opposition gehen in der Versicherung unter „an den Grundorientierungen der Einbettung in das Bündnis, des Treffens außenpolitischer Entscheidungen im Rahmen des Bündnisses und mit Rücksicht auf seine Funktionsfähigkeit und Glaubwürdigkeit“ (Scharping) nicht rütteln zu wollen. Die Bündnisgrünen wenden sich gegen jede Entscheidung deutscher

Soldaten, aber ihre Opposition ist angreifbar. Die hier weit verbreitete Auffassung, die bosnisch-muslimische Bevölkerung müsse durch auswärtige Mächte vor der bosnisch-serbischen Bevölkerung geschützt werden, ist naiv gegenüber den imperialistischen Verantwortlichkeiten für die und Absichten bei der Zer teilung Jugoslawiens und für den Ruf nach — auch militärischer — Einmischung überaus anfällig. Der parlamentarische Widerstand der PDS bietet dem dringend notwendigen außerparlamentarischen Widerstand wichtige Anhaltspunkte. — (maf, scc)

DIE MILITÄRDOKTRIN DOKUMENTIERT

Aus der Koalitionsvereinbarung:

„Das Nordatlantische Bündnis und der transatlantische Sicherheitsverbund bleiben unverzichtbare Grundlage deutscher und europäischer Sicherheit. Gemeinsam mit der EU bildet die NATO eines der Fundamente einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung. Wir unterstützen die schrittweise Erweiterung der NATO, die in engem Zusammenhang mit der Erweiterung der EU (und der WEU) zu sehen ist.“

Die Erweiterung der NATO um neue Mitglieder muß Teil eines gesamteuropäischen Sicherheitskonzepts sein. Integration und Kooperation — vor allem eine intensive Partnerschaft mit Rußland — müssen sich ergänzen, damit in Europa keine neuen Trennlinien entstehen. Dabei kommt der Stärkung der KSZE eine wichtige Rolle zu.

Bundeswehr: Wir wollen eine Bundeswehr, die fähig bleibt zur Verteidigung, die aber auch uneingeschränkt am internationalen Krisenmanagement mitwirken kann. Wir bekräftigen die von der Koalition im Sommer 1994 festgelegten Eckdaten zur künftigen Struktur der Bundeswehr und zur Entwicklung des Verteidigungshaushalts.

Deutschland wird sich künftig grundsätzlich an Maßnahmen der Staatengemeinschaft zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme beteiligen. Entscheidungen werden jeweils im Einzelfall und unter Beachtung der Rechte des Deutschen Bundestages entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts getroffen; dabei werden wir uns mit unseren Verbündeten abstimmen.“

Aus dem „Rheinischen Merkur“

„Bonn fehlt eine Militärdoktrin (...), weil Deutschlands Interessen, soweit sie für einen Bundeswehreinsatz von Bedeutung sind, ... nicht klar definiert wurden. Was sind diese Interessen?“

1. Politische Lösungen in Europa darf es ohne Deutschland nicht geben. Bonn muß als stärkste EU-Macht entschieden darauf beharren, daß weder Rußland noch die USA, noch die Weltmacht SPD hier Präzedenzfälle schaffen — nicht, weil es seine frischen Muskeln liebt, sondern deswegen, weil die Geschlossenheit in der EU nicht noch mehr gefährdet werden darf, als sie es ohnehin schon ist. Die Hinnahme gewaltsauslösenden Grenzänderungen und Vertreibungen in Bosnien kann Bonn kurz vor dem 50. Jahrestag der Konferenz von Jalta nicht akzeptieren, will es nicht mitverantwortlich sein für die Wiederkehr des alten Machtdenkens. Die Möglichkeit innerpolitischer Verweigerung aufgrund einer fehlenden konsensfähigen Militärdoktrin muß Bonn künftig ausschließen, will es nicht Einfallsstor werden für Pressionsversuche gegen die EU.“

2. Auch militärische Lösungen in Europa dürfen ohne Deutschland nicht zu standekommen. Deshalb muß Bonn klarstellen, daß es sich in jedem Fall an friedensschaffenden Einsätzen beteiligt — nur über die Form entscheidet es von Fall zu Fall. Eine vernünftige Lösung wäre: Bonn stellt Truppen in jedem Gebiet Europas zur Verfügung, falls der Einsatzbeschuß von Gremien getroffen wird, in denen auch die östlichen Nachbarn ihre Stimme haben — gleichgültig, ob die Wehrmacht im fraglichen Gebiet eindrang oder nicht. Diese Gremien sind die UNO und die KSZE. Die Bedingung trifft auf Bosnien zu. Beruhend Einsätze hingegen nur auf Beschlüssen der NATO oder WEU, behält sich Bonn wie jeder Partnerstaat die Form der Teilnahme vor — es sei denn, die Beistandspflicht würde berührt.“

(aus: Rheinischer Merkur, 16. 12. 94)

Interventionskrieg als neue Normalität?

Bosnienkrieger schaffen sich eine innenpolitische Plattform

Der Rheinische Merkur, eine v.a. in der CDU einflußreiche Zeitung, behauptet (16.12.94), der deutschen Politik fehle eine Militärdoktrin. Unter Militärdoktrin versteht man eine prägnante Umschreibung der strategischen Situation einer kriegsfähigen Macht. Die Militärdoktrin, von der sich die derzeitige Regierung leiten läßt, ist u.a. im Koalitionsvertrag festgeschrieben (s. Dokument I). In dieser Fassung der Doktrin sind immer noch Folgen des von Hitler-Deutschland begonnenen und verlorenen 2. Weltkriegs zu spüren. Deutsche Militärpoltik wird, bis in Organisation und Bewaffnung hinein, im Bündnis betrieben. Sie ist gegenwärtig noch nicht durchführbar ohne oder gegen die USA, die Nato, die WEU.

Neben diesen rein machtpolitischen Bestimmungen zur Vermeidung des Zwei-Fronten-Krieges, denen das Recht des Deutschen Staates auf willkürliche Bündnispolitik geopfert wird, enthält die Doktrin auch noch rechtliche bzw. sittliche Bestimmungen. Die Legitimation zur Kriegsführung ergibt sich formal aus einer Feststellung einer inter-

nationalen Institution, die beinhaltet muß, daß Angegriffenen beizustehen ist.

Es ist gerade in dieser Zeitung oft genug gezeigt worden, wie deutsche Machtpolitik solche Schranken überwöhrt. Die politische Bedeutung solcher Einschränkungen ist dennoch erheblich, weil und soweit sie sich nämlich auf einen Grundkonsens in der Bevölkerung der BRD beziehen. Ein Satz wie: „Gut ist, was dem deutschen Volke nützt!“ würde heute wohl immer noch auf erhebliche Skepsis stoßen. Zwei verlorene Weltkriege zeigen an, wie deutsche Staaten untergingen, wenn sie ihren Interessen mit der Androhung und dem Einsatz von Gewalt nachgehen.

Der Ruf nach einer neuen Militärdoktrin ist von dem Grundgedanken der ungebundenen Verfügung des Staates über die militärischen Gewaltmittel getragen. Die beiden Ausgangspunkte der vorgeschlagenen neuen Militärdoktrin — „Politische Lösungen in Europa darf es ohne Deutschland nicht geben“ und „Auch militärische Lösungen in Europa



Die PDS artikuliert Widerstand

Bonn. Die Mitglieder der PDS im Auswärtigen Ausschuß und im Verteidigungsausschuß, Heinrich Graf von Einsiedel, Andrea Lederer, Steffen Tippach und Gerhard Zwerenz, erklären nach den heutigen Sitzungen der beiden Ausschüsse:

1. Mit dem Beschuß der Bundesregierung, der Nato für den Fall des Abzugs von UNPROFOR Luftwaffen- und Marine-Kontingente sowie ein Feldlazarett nebst 600 Soldaten anzubieten, wird der Rubikon zur Beteiligung an Kampfeinsätzen überschritten. Dieser Beschuß schafft ein Präjudiz für die Entscheidung des Bundestages. Absehbar werden „bündnispolitische Gründe“, „Solidarität“ und die „Normalisierung der deutschen Rolle“ ins Feld geführt werden, um einen lediglich nachvollziehbaren Beschuß des Bundestages herbeizuführen.

2. Ohne daß überhaupt eine Anfrage gestellt wurde, beschloß die Bundesregierung die Bereitschaft zur Begleitung der Hilfsflüge durch Tornados.

3. Die Bundesregierung ist bislang nicht bereit, eine verbindliche Zusage

zu geben, daß sie im nächsten Jahr von Abschiebungen von Deserteuren und anderen Flüchtlingen absehen wird. Damit verweigert sie einen konkreten Beitrag zur Deeskalation und zur humanitären Hilfe.

4. Anstatt alles Erdenkliche zu unternehmen, um die Carter-Mission zu unterstützen, wird wieder einmal über den worst case, den militärisch gesicherten Abzug der UNPROFOR mit den allseits prophezeiten katastrophalen Folgen für die Zivilbevölkerung diskutiert. Diese Prioritätssetzung reicht sich ein in die von Militärdenkern dominierte Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung seit dem 2 + 4-Vertrag.

5. Mit ihrem Beschuß übernimmt die Bundesregierung die volle Mitverantwortung für eine zu befürchtende weitere Eskalation in Bosnien. Die Bundesregierung macht die Bundesrepublik zur Kriegspartei. Daß die SPD ihr dabei Rückendeckung gibt, ist höchst besorgniserregend.

6. Die PDS lehnt jeglichen militärischen Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien strikt ab. (Presseerklärung, Bonn, 21. 12. 94)

dürfen ohne Deutschland nicht zustande kommen“ — bedeuten eine Gewichtsverlagerung. Vorher mußten deutsche Interessen an einem „Grundwert“ wie dem „Weltfrieden“ sich messen lassen. Die Immer-Dabei-Doktrin aus dem Rheinischen Merkur macht hingegen die deutsche Selbstbehauptung zum Maßstab. Was vorher Maßstab war, Uno-Beschluß usw., wird jetzt Randbedingung, ja Hindernis. Kein Wunder, daß aus der Forderung, es dürfe in Europa keine politische Lösung ohne Deutschland geben, sich sofort, schon im direkt folgenden Satz, ein Dreifronten-Szenario ergibt: „Bonn muß als stärkste EU-Macht darauf beharren, daß weder Rußland noch die USA noch die Weltmacht SPD hier Präzedenzfälle schaffen ...“ Durch Ironie — „Weltmacht SPD“ — nur schwach gemildert: Feinde allüberall! Im Osten der Russen, im Westen der Amerikaner, im Inneren der Sozialisten.

Leider entspricht diese halsbrecherische Idee einem praktischen Grundzug der deutschen Staatspolitik der letzten Jahre. In den baltischen Staaten, in der Türkei, im ehemaligen Jugoslawien baut die deutsche Politik bilaterale Abhängigkeiten auf. Sie ist zum Finanzier von Rüstung geworden und macht sich als Antreiber von Kriegen. Die Ideologie folgt hier wie oft den Taten und treibt diese noch weiter.

Der Schreiber des Rheinischen Merkur klagt, daß gegenwärtig noch jeder „außenpolitische Ernstfall“ zum „innerpolitischen Ernstfall“ würde. Zum Glück!

Radikale Opposition und Widerstand

Beschluß des Bundeskongresses der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS, 16./17. Dezember

Etwas 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer berieten am 17./18. Dezember auf der Bundeskonferenz der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS über ihre politischen Vorräte. In Arbeitsgruppen beriet die Konferenz u.a. über Drogenpolitik, Antifaschismus, Feminismus, Bildung, Antimilitarismus, Kinder- und Jugendpolitik. Beschllossen wurde u.a. die Einrichtung eines bundesweiten Arbeitskreises Antifa in der AG Junge GenossInnen, ein Arbeitskreis Antimilitarismus und ein drogenpolitischer Gesprächskreis wollen ihre Arbeit fortsetzen. Im folgenden dokumentieren wir ein auf der Konferenz mit großer Mehrheit verabschiedetes Papier, das die Positionen der AG Junge GenossInnen in der aktuellen PDS-Diskussion beschreibt. — (rül)

Die Bundestagswahl hat uns den alten Kanzler erneut beschert. Die jüngsten Äußerungen von Scharping und Co. sowie von Teilen der Bündnisgrünen bestätigen unsere Einschätzung, daß auch ein Kanzlerwechsel keine große Veränderung in der praktischen Politik herbeigeführt hätte.

Das bedeutet, daß es innerhalb der Parlamente kaum Mehrheiten gegen die Konzepte

- der Ausbeutung von Mensch und Natur mit der Folge der Zerstörung der Lebensgrundlagen,
- der Zerstörung des Sozialstaates und von weitgehenden Rechten der Lohnabhängigen,
- der Verschärfung der Asyl- und Einwanderungspolitik (u.a. im Rahmen der EG),
- der Remilitarisierung der Außenpolitik,
- des Abbaus demokratischer Grundrechte und der verschärften Repression gegen die progressiven Kräfte, insbesondere systemoppositionelle Linke,
- autoritärer und patriarchalischer Herrschaftsstrukturen (u.a. durch den §218 und eine konservative Familienpolitik) und
- der Absicherung dieser Politik durch konservative Hegemonie in Kultur, Bildung und Medien

gibt. Die Diskussion in den letzten Monaten hat uns gezeigt, daß aber auch in der PDS der Wunsch besteht, im Konzert der staatstragenden Kräfte mitzuspielen und als „Regierungspartei im Wartestand“ zu fungieren. Dies deckt sich aber nicht mit dem Anspruch der „konsequenten Oppositionspartei“, den die PDS im Wahlkampf über die Medien verbreiten ließ und womit sie ein neues, frisches Profil gewonnen hat. Die PDS sollte auch nach den Wahlen dazu stehen. Die AG „Junge GenossInnen“ sieht die Aufgabe der PDS darin, außerparlamentarisch und auch in den Parlamenten für ein Klima radikaler gesellschaftlicher Veränderungen zu kämpfen.

Die PDS muß ihren Beitrag leisten, — den Rechtsruck in der Gesellschaft aufzuhalten, um einen weiteren Abbau demokratischer und sozialer Rechte zu verhindern, — vorhandene Ansätze einer breiten außerparlamentarischen Opposition gegen den konservativen Vormarsch zu unterstützen und zu fördern, ohne auf „Unterwanderungsstrategien“ und avantgardistische Positionen zurückzufallen, — eigene reformpolitische Alternativen weiterzuentwickeln und diese gemeinsam mit außerparlamentari-

schen Kräften und Teilen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen öffentlich zu diskutieren,

- den Widerstand Betroffener gegen die Auswirkungen des derzeitigen Systems zu unterstützen und zu befördern,

— um Mehrheiten für radikale Veränderungen mit dem Ziel zu kämpfen, diese Gesellschaft auf demokratischer Basis grundlegend umzugestalten.

Diese Aufgaben lassen sich u.E. nur dann bewältigen, wenn sich die PDS zu einem gesamtdeutschen linken Projekt entwickelt und außerparlamentarisch wie parlamentarisch gemeinsam mit anderen für Veränderungen kämpft. Ein solches Projekt darf weder ostdeutsche oder sozialistische Volkspartei und schon gar nicht eine sonstwie geartete Sekte sein. Wir sehen folgende Voraussetzungen und Schwerpunkte, welche die PDS in den nächsten Jahren erfüllen muß, um ein solches linkes Projekt möglich zu machen.

1. Ohne den kritischen Umgang mit unserer Geschichte wird eine weitere Erneuerung der PDS nicht möglich sein. Dies gilt besonders für 40 Jahre DDR, aber auch die Zeit der Anfänge der Arbeiterbewegung bis hin zur Übergangsphase von SED zu PDS. Im Zentrum muß dabei nach wie vor die Aufdeckung der Strukturen und Mechanismen von Herrschaft und Unterordnung, Anpassung und Verdrängung, Repression und Ausgrenzung in der sozialistischen Bewegung stehen. Denn nur auf dieser Basis ist sowohl eine glaubwürdige Kapitalismuskritik als auch die Verhinderung eines (weiteren) Rückfalls in traditionelle Denk-, Handlungs- und Organisationsformen möglich. Das schließt ausdrücklich ein, die eigene Stellung und das eigene Wirken, also die persönliche Verantwortung in diesem System nicht nur zu erklären, sondern auch auf Grundlage heutiger (Ein-)Sichten kritisch zu bewerten. Wissenschaftliche Aufarbeitung ersetzt diese persönliche Bewältigung nicht, sie kann sie nur begleiten. Besonders in der für die PDS so schwierigen Frage des Umgangs mit den politischen Biographien einzelner Mitglieder wird deutlich, daß eine Bewältigung der eigenen Vergangenheit nur dann möglich ist, wenn diese auf Grundlage einer radikalen Kritik an DDR und Stalinismus erfolgt. Ohne eine solche Kritik ist ein differenzierter Umgang nicht möglich. Resultat sind Nostalgie, Verklärung, Rechtfertigungs- und Legitimationszwang.

Notwendig ist vor allem eine konsequente Abgrenzung vom Hang zu autoritärer Politik und stalinistischen Positionen einzelner Mitglieder der PDS. Das schließt für uns eindeutige und unmißverständliche Erklärungen zu solchen Positionen ein. Die verbale Beschlusselage des Sonderparteitages der

SED vom Dezember 1989 reicht dazu nicht mehr aus. Der eindeutige antistalinistische Grundkonsens der PDS muß in der politischen Auseinandersetzung deutlich werden.

2. Die PDS darf die durch sie im Wahlkampf erfolgte positive Besetzung von Opposition nicht konterkarieren, indem sie heute behauptet, „Opposition ist nicht alles“. Wir treten ein für einen Abschied von dem Irrglauben, wonach man am meisten durchsetzen kann, wenn man an der Regierung ist. Das Gegenteil ist u.E. der Fall; wer Opposition als Regierung im Wartestand betreiben will, unterwirft sich bereits heute freiwillig den potentiellen Sach- und Koalitionszwängen von morgen. Jegliche Einbindung in die Verantwortung für Regierungspolitik schränkt den Spielraum für die Organisierung gesellschaftlichen Drucks und damit die Möglichkeiten für eine unabhängige, auf die Gesellschaft und nicht auf die Parlamente zielende Politik ein.

„Veränderung beginnt mit Opposition“, und diese Gesellschaft braucht permanent neue Veränderungen und somit auch eine sich ständig erneuernde Opposition.

„Veränderung beginnt mit Opposition“ heißt auch, daß sie Anstöße liefert und Forderungen in die öffentliche Debatte einbringt. Den Kampf um ihre

Durchsetzung organisiert sie, ohne sich dabei als Preis für diese oder jene Neuordnung im herrschenden System in den staatstragenden Konsens einbinden zu lassen. Sollten Reformforderungen so stark werden, daß die Herrschenden gezwungen sind, diesen zumindest teilweise nachzugeben, muß die Opposition so frei und unabhängig sein, daß sie deren Begrenztheit kritisieren und bereits die nächsten Schritte anmahnen kann. Und das geht eben nicht, wenn wir gleichzeitig unseren AnhängerInnen erklären müssen, warum mehr gerade nicht rauszuholen ist.

Statt Veränderungen von „oben“ zu konzipieren, wollen wir daher Bewegungen von „unten“ organisieren und unterstützen.

Die AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS hält deshalb ein Oppositiionsverständnis für notwendig, welches Widerstand gegen jede Form von Herrschaftspolitik bedeutet. Ein solches konsequentes Oppositiionsverständnis umfaßt die Entwicklung von Alternativen, konsequente Vertretung von Interessen Betroffener und ihre Beteiligung bei der Lösung ihrer Probleme. Das schließt Kungelei und Kompromisse mit den Herrschenden bis zur Unkenntlichkeit eigener Positionen aus. Aus diesem Oppositiionsverständnis heraus leisten wir Widerstand gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung von Menschen.

3. Wir sehen auf absehbare Zeit keine Möglichkeit für die PDS, durch Regierungsbeteiligung grundlegende Veränderungen zu erreichen. Jede Reform, welche leichte Verbesserung in einzelnen Bereichen bedeutet, kann und muß durch die PDS in der Opposition unterstützt werden. Minderheitsregierungen links von CDU/CSU und FDP eröffnen Chancen, tatsächlich wirksamere Opposition zu betreiben. Das gelingt aber nur, wenn die PDS von einer solchen Regierung weitestgehend politisch unabhängig bleibt.

Eine Regierungsbeteiligung wäre unter den jetzigen gesellschaftlichen Bedingungen das Ende des Projekts PDS. Als Preis für die Regierungsbeteiligung müßte die PDS den Kampf um radikale Veränderungen aufgeben. Statt einer Regierungsbeteiligung muß es für die PDS darum gehen, neue Modelle zur Lösung gesellschaftlicher Probleme als die derzeitigen Machtmechanismen zu entwickeln. Eine dritte, an das politische System der Bundesrepublik angepaßte (ehemalige) Oppositionspartei wäre zuviel und hätte ihre Existenzberechtigung verloren.

Deshalb wird die AG „Junge GenossInnen“ dafür streiten, daß die PDS für konkrete Veränderungen der politischen Praxis in der Bundesrepublik eintritt. Es geht darum,

- daß jede/r die Möglichkeit hat, in grundlegenden politischen Fragen mitzuentscheiden,
- die Altmacht der politischen Parteien in der Frage, wer ins Parlament darf und wer nicht, zu brechen, um so Menschen den Weg in die Parlamente zu öffnen, die keiner Partei angehören und/oder von ihnen unabhängig agieren wollen,
- die Rolle der Parlamente gegenüber der Regierung zu stärken und die Regierung auf ihre eigentliche Rolle als Verwaltung im Auftrag des Parlaments zurückzuführen,
- Fraktionszwang und Koalitionszwang abzuschaffen,
- Sperrklauseln zu beseitigen.

Wenn diese Veränderungen Realität sind, wird die Frage nach einer Regierungsbeteiligung anders diskutiert werden können.

4. Die PDS muß Vorstellungen und Vorschläge für eine Weiterentwicklung gesellschaftlicher Alternativen und deren Umsetzung entwickeln. Dabei geht es nicht um ein abstraktes Gesellschaftsmodell, welches als neues Ideal in der Ferne leuchtet, um der kämpfenden Avantgarde den richtigen Weg zu zeigen.

Alternative Vorstellungen und deren Realisierbarkeit müssen durch die politische Praxis der PDS selbst nachgewiesen werden. So geht es vor allem darum zu zeigen, daß demokratische Mitsprache und Mitbestimmung in allen wesentlichen Fragen durch plebisцитäre Elemente in der Partei möglich werden und Urabstimmungen sich nicht auf Personalfragen beschränken müssen. Transparenz und Öffentlichkeit müssen in allen politischen Fragen zur Normalität werden. Kritische Gedanken dürfen weder unterdrückt noch geringgeschätzt, sie müssen bewußt herausgeführt werden.

Die Vermittlung von politischem Wissen und politischer Erfahrung darf nicht in den klassischen Formen wie Kaderschulung, Frontalvermittlung in den Schulen u.ä. erfolgen. Deshalb muß jede/r die Chance erhalten, sich selbst



einzuholen und eigene politische Erfahrungen zu sammeln bzw. sich politisches Wissen selbst zu erstreiten.

Das Modell der Entscheidung von Mehrheiten über Minderheiten ist gescheitert. Nach Alternativen ist zu suchen.

Alternative Lebensformen, alternative Öko-, Kultur- und Bildungsprojekte sowie andere Formen von Eigentumsverhältnissen in der Warenproduktion (wie z.B. genossenschaftliches oder gemeinschaftliches Eigentum) müssen in der PDS und durch die PDS Unterstützung finden:

Radikale Veränderungen sind notwendig, um das Überleben der gesamten Menschheit zu sichern. Je länger sie hinausgezögert werden, umso radikaler werden sie sein. Sie werden aber erst dann einsetzen, wenn die Mehrheit der Menschen davon überzeugt ist, daß reale Alternativen zur derzeitigen Lebensweise möglich sind. Gelingt es der PDS nachzuweisen, daß es diese Möglichkeit gibt, wird sie ihrem selbstgewählten Anspruch, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der die freie Entfaltung der/ des Einzelnen notwendige Voraussetzung für die freie Entfaltung aller ist, gerecht werden.

5. Die AG „Junge GenossInnen“ lehnt eine Politik des permanenten Wahlkampfes, also ein politisches Denken in Wahlperioden, ab. Verantwortung von PolitikerInnen reicht über unsere Zeit und dieses Land hinaus. Ein solches Denken berücksichtigt in jeder Frage die Akzeptanz bei WählerInnen und Wähler und macht notwendige Solidarität bzw. Widerstand zum Teil unmöglich. Wir streiten für eine langfristige Strategie zur demokratischen Überwindung der bestehenden herrschenden Verhältnisse.

Wahlkampf ist eine Form der politischen Auseinandersetzung. Er ersetzt eine solche notwendige Strategie nicht.

6. Die PDS braucht in ihrer politischen Praxis einen neuen Ansatz im Umgang mit jungen Menschen. Dabei muß sie bedenken, daß die große Mehrheit von ihnen alle politischen Parteien zu Recht als ungeeignet empfindet, ihre Probleme zu lösen.

Mit attraktiven Freizeitangeboten oder tollem Jugendverbandsleben sind junge Menschen nicht für dauerhafte politische Betätigung zu gewinnen. Sie haben keine Lust, die „bewährte Politik“ der Väter und Großväter fortzusetzen, da sie deren Perspektivlosigkeit selbst verspüren.

Ziel muß es für die PDS sein, jungen Menschen die Erfahrung zu vermitteln, für sich selbst etwas tun zu können. Dazu gehören sowohl die notwendige politische Unterstützung als auch Schaffung von Freiräumen im Rahmen der Möglichkeiten der PDS. Wenn es der PDS gelingt zu vermitteln, daß sie für junge Menschen eine Chance bietet, eigene Ideen und Vorstellungen zu entwickeln und zu verwirklichen, könnten sie auch für sich eine Perspektive in und bei der PDS sehen.

Bedingungen dafür sind:

- der politische Wille, eine solche Chance darzustellen,
- die Akzeptanz junger Menschen als gleichberechtigte Partner,
- der Verzicht auf das kurzfristige Vorhaben, junge Menschen zu gewinnen, damit die Partei, so wie sie jetzt ist, nicht ausstirbt, und
- die Bereitschaft, politische und kulturelle Veränderungen der PDS aufgrund des Einflusses junger Menschen zu akzeptieren.

Auf dem Bundeskongress der AG in Magdeburg am 16./17. Dezember bei 7 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen angenommen.

Gesetzliche Mindeststandards als Tarifschranke?

Karl-Otto Räcke zu den Manteltarifverhandlungen im öffentlichen Dienst

In den zur Zeit laufenden Manteltarifverhandlungen ist es erklärtes Ziel der öffentlichen Arbeitgeber, Tarifeleistungen unter Berufung auf Gesetze zu unterlaufen bzw. auf ein gesetzliches Mindestmaß zurückzuführen. Mit Brachialgewalt wird die Tarifautonomie beschädigt, um eine Bezahlung unter Tarif zu erzwingen.

Das AFG als Waffe

Die öffentlichen Arbeitgeber verlangen in den Manteltarifverhandlungen, Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs-(AB)-Maßnahmen aus dem Geltungsbereich der für den öffentlichen Dienst geltenden Tarifverträge auszuklammern. Diese Forderung ist die Konsequenz aus der letzten Änderung des AFG.

Bisher gilt der BAT/BAT-O (Bundesangestelltenttarif/Bundesangestelltenttarif-Ost) nicht für Angestellte in AB-Maßnahmen nach §§ 93 und 97 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), während für Arbeiterinnen und Arbeiter die Tarifverträge anzuwenden sind. Zum 1.8. 1994 wurde durch das Beschäftigungsförderungsgesetz auch das AFG ergänzt. Für die Beschäftigung von schwer vermittelbaren Arbeitslosen können, zeitlich befristet bis zum 31.12. 1997, Lohnkostenzuschüsse gewährt werden, wenn sie in Maßnahmen zur Umweltverbesserung, der sozialen Dienste oder der Jugendhilfe eingesetzt werden. Beschäftigte in diesen Maßnahmen fallen unter die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, sofern bei den Maßnahmeträgern diese Tarifverträge anzuwenden sind. Das AFG schreibt jedoch vor, daß bei diesen Maßnahmen Arbeitsentgelte nur bis zu 90% vergleichbarer ungeförderter Tätigkeiten berücksichtigt werden. Eine höhere (tarifliche) Bezahlung führt zu einer gleichhohen Kürzung des Lohnkostenzuschusses. Entweder lassen die Gewerkschaften eine untertarifliche Bezahlung der AB-Beschäftigten zu, oder es wird keine AB-Maßnahmen mehr geben, so das Kalkül der AFG-Regelung.

Ab 1. Januar 1996 soll dieser Zwang zur untertariflichen Bezahlung auch in den östlichen Bundesländern und im Ostteil Berlins gelten (§ 249h AFG). Dort ist bislang noch die tarifliche Bezahlung, allerdings bei 80% der tariflichen Wochenarbeitszeit, möglich.

Bisher hat die Gewerkschaft ÖTV eine untertarifliche Bezahlung von AB-Beschäftigten mit Entschiedenheit abgelehnt. Fraglich ist allerdings, wie lange die ÖTV diese Position wird halten können, wenn die politische Opposition gegen das AFG nicht mehr Unterstützung erhält. Ein Zusammenwirken von Arbeitsloseninitiativen und Gewerkschaften ist dringend.

Entgeltfortzahlungsgesetz contra Tarifvereinbarungen

Die diesbezügliche Position der Arbeitgeber ist schlicht: Alle tariflichen Vereinbarungen, die günstiger sind als die Regelungen des Entgeltfortzahlungsgesetzes, sollen durch die Bestimmungen des Entgeltfortzahlungsgesetzes ersetzt werden. Substantiell bedeutet dies im wesentlichen:

- Verschärfung der Anzeige- und Nachweispflichten im Falle der Arbeitsunfähigkeit.

— Es wird dem Arbeitgeber erleichtert, ohne nähere Begründung die Vorlage der ärztlichen Bescheinigung über das Bestehen der Arbeitsunfähigkeit bereits ab dem ersten Tag zu verlangen (bisher nach dem dritten Tag der Arbeitsunfähigkeit).

— Für Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation (Kur- und Heilverfahren) soll nicht mehr Sonderurlaub gewährt werden. Es ist vorgesehen, sie als unverschuldet Arbeitsunfähigkeit zu behandeln. Damit werden diese Maßnahmen in die Fristen für den Bezug der Krankenbezüge (§ 37 und § 71 BAT) und nach Ablauf der sechs Wochen in die Fristen des Bezuges des Krankengeldzuschusses (§ 37 BAT) einbezogen. Das bedeutet, schließt sich eine Rehabilitationsmaßnahme an eine sechswöchige Krankheit an, ist die Lohnfortzahlung bereit ausgelaufen, während nach gegenwärtigem Recht der Arbeitgeber für sechs Wochen Kur die Urlaubsvergütung zu zahlen hätte.

Für offene Badekuren (Kururlaub) besteht absolut kein Anspruch mehr auf Sonderurlaub.

In der gewerkschaftlichen Diskussion stößen diese Absichten der öffentlichen Arbeitgeber zum Teil auf Unverständnis, weil damit scheinbar keine großen Einspareffekte zu erzielen seien. Diese Auffassung führt andererseits zu einer gewissen Unentschlossenheit, diesen Angriff der öffentlichen Arbeitgeber konsequent zurückzuweisen. Doch selbst unterstellt, der Einspareffekt wäre insgesamt gering, für diejenigen, die von diesen Maßnahmen unmittelbar betroffen wären, wären die Auswirkungen — insbesondere die Abschaffung des Sonderurlaubs für Kur- und Heilverfahren — aber auch finanziell eine starke Belastung.

Gleichzeitig ist zu bedenken, daß das Ersetzen der tariflichen Vereinbarungen durch das Entgeltfortzahlungsgesetz für die Arbeitgeber nur ein erstes Scharmützel ist, um gesetzliche Mindeststandards generell zur Obergrenze von Tarifverträgen zu machen.

Das Arbeitszeitgesetz und tarifliche Arbeitszeitbestimmungen

Im Zusammenhang mit der Beseitigung des Nachtarbeitverbots für Arbeiterinnen hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber wegen der gesundheitsschädlichen Folgen der Nacharbeit beauftragt, Schutzmaßnahmen für alle Beschäftigten festzulegen, die nachts arbeiten müssen.

Die Bundesregierung gibt vor, diesem Auftrag des Gerichts mit dem neuen Arbeitszeitrechtsgesetz (ArbZRG) nachgekommen zu sein. Doch anstatt Höchstgrenzen für Nacharbeit festzulegen, Kompensation für geleistete Nacharbeit zu schaffen, hat die Bundesregierung einfach neu definiert, was unter Nacharbeit zu verstehen ist. Verstand die alte Arbeitszeitordnung (AZO) aus dem Jahre 1938 unter Nacharbeit den Zeitraum zwischen 20 und 6 Uhr, beginnt für das neue ArbZRG die Nachzeit erst um 23 Uhr und liegt Nacharbeit erst dann vor, wenn mehr als 2 Stunden in der Nachtzeit gearbeitet wurde. Endet eine Schicht also um 1 Uhr in der Früh, liegt überhaupt keine Nacharbeit im Sinne des ArbZRG vor, genausowenig, wenn eine Schicht um 4 Uhr in der Früh beginnt.

Demgegenüber ist nach den Tarifver-

trägen für den öffentlichen Dienst nach wie vor jegliche Arbeitsleistung zwischen 20 und 6 Uhr Nacharbeit. Pro Stunde Nacharbeit gibt es einen Zuschlag in Höhe von 2,50 DM, bei entsprechend häufig vorkommender Nacharbeit gibt es dafür Zusatzurlaub, und wer Nacharbeit im Rahmen von Wechselschichtarbeit leistet, erhält dafür eine Wechselschichtzulage von 200 DM.

Es ist absehbar und inoffiziell von Arbeitgeberseite auch schon angekündigt, gewerkschaftliche Arbeitszeitforderungen damit zu kontern, daß die tariflichen Arbeitszeitvereinbarungen durch die gesetzlichen Regelungen des ArbZRG ersetzt werden. Dies hätte verheerende Folgen. Und doch ist nicht absehbar, wie die ÖTV diesem, an verschiedenen Fronten vorgetragenen Angriff begegnen will.

Die Nicht-Taktik der ÖTV

Die ÖTV ist mit einem Weihnachtswunschzettel in die Manteltarifverhandlungen gezogen. Dieser Wunschzettel ist nichts anderes als eine Auflistung von Forderungen, die in den vergangenen Jahren von Gewerkschaftstagungen oder anderen tarifpolitischen Vertretungsorganen der ÖTV beschlossen wurden. Gegen keine dieser Forderungen ist etwas einzuwenden. Aber eine Tarifauseinandersetzung kann nicht geführt werden, wenn nicht die Mitglieder entscheiden, welche dieser Forderungen Priorität haben, und wenn nicht vom Tarifsekretariat eine Taktik entwickelt wird, mit der dem konkreten Angriff der öffentlichen Arbeitgeber begegnet werden kann, denn die öffentlichen Arbeitgeber sind nicht der Weihnachtsmann, sondern ein ernstzunehmender Gegner, der mit einer ausgeklügelten Taktik Ziele verfolgt, die den gewerkschaftlichen Interessen diametral entgegenlaufen. Wer meint, in Expertengesprächen die eine oder andere Verbesserung erreichen zu können, hat nicht erkannt, daß die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Interessenlagen der öffentlichen Arbeitgeber und die der Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer unverträglicher machen.

Am 14. November hat die Verhandlungskommission der ÖTV die Verhandlungen abgebrochen, weil die Arbeitgeber keinen Anlaß sahen, auf die Forderungen der ÖTV eingehen zu müssen. Es kann nichts dadurch in Bewegung gebracht werden, daß sich die Verhandlungsdelegation klügere Argumente einfallen läßt, sondern nur dadurch, daß das Tarifsekretariat den Mitgliedern einen Vorschlag über Schwerpunkte dieser Manteltarifverhandlungen unterbreitet und diese beraten, wofür sie streiken würden. Absehbar ist sowieso, daß die Manteltarifverhandlungen die allgemeine Einkommensauseinandersetzung 1995 überlagern werden. Diesbezüglich muß sichergestellt werden, daß manteltarifvertraglichen Vereinbarungen keine Lohnprozentage geopfert werden und umgekehrt, daß keine Verschlechterungen der Manteltarifverträge akzeptiert werden, um einen rechnerischen 3,0% Abschluß präsentieren zu können.

Quellen: ÖTV-Hauptvorstand „Das Tarifsekretariat berichtet“; ötv Berlin: „Manteltarifverhandlungen öffentlicher Dienst Bund, Länder und Gemeinden (West und Ost) .“

Sozialismus in Kuba

Ein Lagebericht, Teil 2
Von Markus Gunkel

Nachdem ich in der letzten Ausgabe überwiegend über die wirtschaftliche Misere und den Tourismus berichtete, möchte ich die Errungenschaften der kubanischen Revolution in den Mittelpunkt dieses Artikels stellen. Der Sieg der Revolution in Kuba 1959 wurde erreicht, weil die Mehrheit der KubanerInnen keine Sklavinnen und BettlerInnen im Kapitalismus mehr sein wollten. Es war zunächst in den Augen der meisten RevolutionärInnen keine sozialistische Revolution, sondern es ging darum, soziale und demokratische Rechte der unterdrückten und ausbeuteten Bevölkerung durchzusetzen. Nachdem die RevolutionärInnen die Batista-Diktatur gestürzt und die nationalen Großgrundbesitzer und Bourgeoisie enteignet hatten, konnten sie hierbei nicht stehenbleiben, sondern mußten auch den Besitz ausländischer Großkonzerne nationalisieren, die diese Entwicklung zu verhindern suchten. Die Alternative lautete in der Tat sozialistische Orientierung oder erneute Unterordnung unter den internationalen Kapitalismus. Damit stellten sich die kubanischen RevolutionärInnen in offenen Widerspruch zum US-Imperialismus, wobei sie bis Ende der achtziger Jahre in den sozialistischen Ländern Verbündete fanden.

Nach dem Zusammenbruch der europäischen sozialistischen Länder stellt sich die Frage der kubanischen Revolution neu: Wie sind die sozialen und demokratischen Rechte der KubanerInnen zu sichern? Den sozialen Programmen wird nach wie vor Priorität eingeräumt, und damit bleibt Kuba weiter im offenen Widerspruch zum internationalen Kapitalismus, der über Organisationen wie den IWF und die Weltbank weltweit Sozialabbau durchzusetzen versucht, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern. Die Alternative ist für Kuba die gleiche geblieben: Sozialismus oder ein armes, unterentwickeltes kapitalistisches Land, mit sozialer Ungerechtigkeit wie in den anderen karibischen Staaten.

Die Errungenschaften der kubanischen Revolution — kostenloses Bildungs- und Gesundheitssystem und soziale Grundsicherung — sind in der lateinamerikanischen Wirklichkeit unerreicht. Sie brauchen auch den Vergleich mit Sozialleistungen hochentwickelter Länder nicht zu scheuen, in denen zudem Teile der Bevölkerung soziale Rechte vorenthalten werden und sie den Charakter von Almosen haben, die nach Belieben zur Disposition gestellt werden können.

Das Bildungswesen ist kostenlos. Lediglich in den Kindergärten ist gestaffelt nach dem Einkommen der Eltern eine Gebühr zu entrichten. In dem von uns besuchten Kindergarten wurden 140 Kinder von insgesamt 41 Menschen betreut, darunter eine Ärztin und eine Krankenschwester. Im zwölfklassigen Schulsystem werden Bildung und Arbeit miteinander verbunden. In den Schulen auf dem Lande wird neben den Unterrichtsstunden auch täglich auf den Feldern gearbeitet. Schüler aus den Städten fahren einmal im Jahr zu vierzehntägigen Arbeitseinsätzen aufs Land. Auch in den entlegensten Gebieten wird Unterricht organisiert. Wir trafen bei unserer Rundreise einen Schüler, der mit elf weiteren Kindern in einem kleinen Dorf von einem Lehrer

unterrichtet wurde. Auch das Studium ist kostenlos. Es gibt ein umfangreiches Fächerangebot. Problematisch ist die Ausstattung mit Literatur und anderen Lehrmitteln, die wegen mangelnder Devisen rar sind. In allen Fächern wird Wert auf gesellschaftlichen Bezug gelegt, weshalb Marxismus-Leninismus Pflichtfach ist. Die meisten Studierenden arbeiten in den Semesterferien auf dem Land — freiwillig und bezahlt. Auch das Studium wird regional organisiert. In jeder Provinzhauptstadt gibt es eine Universität. Damit sollen die Kosten für die Unterbringung der Studierenden möglichst gering gehalten werden, die so überwiegend bei ihren Eltern wohnen. Lediglich wer ein Fach studiert, das lokal nicht angeboten wird, oder von zu weit außerhalb kommt, erhält einen Wohnheimplatz und ein Stipendium.

Die Entlohnung der Arbeit richtet sich in Kuba nach der benötigten Qualifikation. AkademikerInnen erhalten daher höhere Löhne als etwa ungelernte ArbeiterInnen. Nach Beendigung des Studiums besteht die Pflicht, für zwei Jahre für 198 Pesos in sozialen Einrichtungen zu arbeiten. Danach können sich

Wir finden uns nicht mit der Niederlage ab, wir können das nicht tun. Es ist unmöglich, sich damit abzufinden, für ein Volk, dem es gelungen ist, die Freiheit zu erleben und die Würde, die unser Volk erfahren hat. Entweder Sklaven und Bettler im Kapitalismus oder aufrechte Männer und Frauen an der Seite ihres Vaterlandes, der Revolution und des Sozialismus!

Fidel Castro

paramedizin weiter für alle anbieten zu können, wird als Finanzierungsquelle Gesundheitstourismus angeboten — zahlungskräftige AusländerInnen können sich in Kuba operieren lassen.

Soziale Grundsicherung heißt in Kuba, daß über ein Zuteilungssystem, die Libretta, knappe Güter zu festgelegten Preisen verkauft werden und so jedem zur Verfügung stehen und nicht nur denjenigen, die die Preise des privaten Marktes zahlen können. Dieses System ist lokal organisiert. Jede hat ihren Lande, wo sie die Zuteilungen erwerben kann — so sie denn dort ankommen, was aber in der Regel der Fall ist. Damit wird abgesichert, daß mit dem durchschnittlichen Einkommen, das etwa bei 200 kubanischen Pesos liegt, eine Mindestversorgung mit Grundnahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs gewährleistet ist. Zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung wird stark auf Eigenanbau in Schulen, Betrieben etc. gesetzt. Wohnen ist oft ganz kostenlos. In Neubauvierteln wird ein Prozent des Lohnes Miete gezahlt. Menschen, die durch die Schließung ihrer Fabriken, die wegen Mangels an Energie und Rohstoffen nicht arbeiten

Auch die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen bleibt weiter eine politische Aufgabe. Die juristische und ökonomische Gleichheit hat die gesellschaftliche Frauenrolle noch nicht auflösen können. Viele Männer sehen in Frauen ihr eifersüchtig gehütetes Eigentum, die es nicht nötig haben zu arbeiten. Nach wie vor heiraten viele junge Menschen unter dem Druck ihrer Eltern, wenn sie ein Kind bekommen. Solche Ehen halten meist nicht sehr lange, da die Frauen sich nicht unterordnen. 65 % der Ehen in Kuba sind geschieden. Ein Problem ist, daß zur Lösung der angespannten Versorgungslage bislang vorhandene staatlich organisierte Reproduktionsleistungen wie z.B. Kindergarten zugunsten familiärer Versorgung eingeschränkt werden. Damit ergeben sich familiäre Abhängigkeiten, die die Gefahr in sich bergen, die traditionierten Geschlechterrollen verstärkt zu reproduzieren.

Oft wird von westlichen Regierungen Kuba der Vorwurf gemacht, es habe kein demokratisches System. Demokratie macht sich nicht an der Zahl der Parteien fest oder daran, daß Menschen mit Geld alle Freiheiten haben, sondern an den politischen Einflußmöglichkeiten der gesamten Bevölkerung. Die Abgeordneten der Volksmacht sind mit imperativem Mandat versehen und können wieder abgewählt werden, was auch vorkommt. Zudem gibt es eine Reihe von Massenorganisationen, die die Organisation gesellschaftlicher Aufgaben übernehmen und damit ein Moment der Selbstverwaltung darstellen. Solange die westlichen Regierungen mit politischem und ökonomischem Druck versuchen, das sozialistische Kuba in die Knie zu zwingen, und daher die kubanischen Zeitungen aus Papiermangel ihren Umfang und ihre Auflage reduzieren müssen, hat Kuba in der Tat keine Pressefreiheit. Die gesamte kubanische Buchproduktion beläuft sich im Jahr 1994 auf 505 Titel, wobei versucht wird, alternative Fertigungsmethoden zu entwickeln, um die bei weitem nicht ausreichenden Publikationsmöglichkeiten zu verbessern.

Der kubanische Sozialismus bleibt bei dieser Orientierung an den Interessen der Bevölkerung weiter eine Mangelgesellschaft. Kuba ist ein unterentwickeltes Land, das sich nur mühsam unter den Bedingungen kapitalistischer Weltmarktkonkurrenz behaupten kann. Erwerbstätige EuropäerInnen haben einen höheren materiellen Lebensstandard. Der Anteil, den sie am von ihnen erzeugten gesellschaftlichen Reichtum erhalten, ist jedoch weit geringer als in Kuba. Die Schere zwischen Profiten und Einkommen aus lohnabhängiger Tätigkeit öffnet sich immer weiter. Das Beispiel des sozialistischen Kubas, das in einem unterentwickelten Land Hunger und Obdachlosigkeit besiegt hat, macht es um so ärgerlicher, daß im hochentwickelten Europa nach wie vor privat über den gesellschaftlichen Reichtum verfügt wird und daher vielen Menschen elementare soziale Menschenrechte, wie das Recht auf Wohnen oder Arbeit, vorenthalten werden. Das kubanische Beispiel zeigt, was alles aus dem gesellschaftlichen Reichtum der BRD gemacht werden könnte, und ist damit ein Ansporn zur Überwindung hiesiger realkapitalistischer Verhältnisse.



Demonstration in Bonn, 16. Oktober 1993

Foto aus: KAZ

die AkademikerInnen einen Job suchen, der ihrer Qualifikation entspricht. Dies ist oft nicht einfach. Viele TechnikerInnen finden keine entsprechende Anstellung, wegen des Rückgangs der Industrieproduktion.

Die Gesundheitsversorgung ist ebenfalls kostenlos. Die Grundversorgung übernimmt ein Netz von lokalen FamilienärztInnen. Auf etwa hundert Familien kommt eine MedizinerIn. Auf Prophylaxe wird großes Gewicht gelegt. Als z.B. 1993 eine bislang unbekannte Epidemie ausbrach, konnte diese Krankheit durch die tägliche Ausgabe eines Vitaminpräparats an alle KubanerInnen zurückgedrängt werden. Die Qualität der Gesundheitsversorgung läßt sich ablesen an der hohen Lebenserwartung in Kuba für Männer und Frauen von weit über 70 Jahren und einer Säuglingssterblichkeit, die weltweit zu den geringsten zählt. Alte Menschen, die nicht von ihren Familien versorgt werden können, werden in Altenheimen versorgt, in denen die Alten ihren Alltag selbstverwaltet mitorganisieren und einfache Arbeiten ausführen.

Im Gesundheitswesen werden High-Tech-Medizin und Naturheilkunde miteinander verbunden. Um die teure Ap-

können, arbeitslos geworden sind, erhalten ein bis drei Monate eine Unterstützung in Höhe von 60 % ihres vorherigen Lohnes. Man versucht, sie zu überzeugen, in der Landwirtschaft zu arbeiten, wo großer Mangel an Arbeitskräften herrscht, weil die erreichte Mechanisierung aus denselben Gründen durch Handarbeit ersetzt werden muß.

Bei dem Stand der Produktivkraftsentwicklung Kubas ist eine Gesellschaft, in der jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und entsprechend seine Bedürfnisse befriedigen kann, ein fernes Ziel. Soziale Gleichheit ist unter Bedingungen gesellschaftlichen Mangels eine Utopie. Aber sie bleibt das Ziel. Dazu gehört auch eine konsequent antirassistische Politik, denn es gibt noch, besonders bei älteren Menschen, rassistische Einstellungen. Der Erfolg dieser antirassistischen Politik zeigt sich in der farblichen Durchmischung der Bevölkerung. Unter den schlechten wirtschaftlichen Bedingungen ergibt sich wieder eine stärkere soziale Differenzierung, weil Farbige in der Regel keine Verwandte in Miami haben, die sie mit Lebensmitteln oder Dollars versorgen. Antirassistische Politik ist daher weiter notwendig.

Regierung Berlusconi am Ende

Von
Rolf Köhler

Nach sieben Monaten im Amt ist die Rechtsregierung Berlusconi am 21. Dezember gescheitert. Der Koalitionspartner Lega Nord hat das ungeliebte Bündnis gesprengt, das einst eingegangen wurde, um eine Regierungübernahme der Linken zu verhindern. Berlusconi hat in der Parlamentsdebatte, die seinem Rücktritt vorausging und im staatlichen Fernsehen live übertragen wurde, eine Dolchstoßrede vorgetragen: Der Judas Bossi von der Lega Nord habe die Koalition und damit seine Wähler verraten und getäuscht.

Aber was sind die wirklichen Gründe des Scheiterns der Rechtskoalition, die noch im März einen haushohen Wahlsieg eingefahren hatte und eine feste und dauerhafte Basis zu haben schien? Bossi ist zwar ein politischer Abenteurer, der sich mitunter selbst brüstet, politische Konkurrenten getäuscht und übers Ohr gehauen zu haben. Aber hinter seinen Intrigen und Schwenks war doch immer das nüchterne politische Kalkül, das strategische Parteiinteresse erkennbar. Was hat zum Bruch geführt? Eine Reihe von Gründen werden angeführt.

Sozialer Protest sprengt Rechtskoalition

Die Verquickung von geschäftlichen und politischen Interessen in der Person des Ministerpräsidenten Berlusconi sei im Zug des Regierens nicht lockerer, sondern eher noch enger geworden. Aber das war schließlich zu erwarten. Berlusconi war ja nicht in die Politik eingestiegen, um theoretische Grundsätze zu verfechten, sondern um sein Wirtschafts- und Medienimperium vor gesetzlichen Beschränkungen zu schützen, die er von einer Regierung der Progressisti befürchten mußte. Die Lega Nord mit ihrem weitverzweigten Anhang aus den Mittelklassen des Nordens (Kleinindustriellen, Handwerkern, Händlern, Selbständigen, Managern) und bis in die Lohnabhängigkeit hinein konnte nicht damit rechnen, daß Berlusconi die monopolistische Ausrichtung seiner Politik abschwächen würde. Er hatte deutlich genug erklärt, daß er die Staatsgeschäfte nach Konzernmethoden führen wollte.

Außerdem sei die im Regierungsprogramm vereinbarte Föderalisierung des zentralistischen Staatswesens, politisches Hauptanliegen der Lega, nicht vorangekommen (wobei Föderalismus für die Lega nicht ausgewogene Entwicklung, Ausgleich für jahrhunderte-lange Ausbeutung des Südens durch den Norden, bedeutet, sondern Separation des Nordens vom Süden). Aber war das anders zu erwarten angesichts der starken Stellung der Faschisten in der Regierungskoalition? Alleanza nazionale mit ihrer Verankerung im Süden und im Zentrum tritt ja gerade für ein hochzentralisiertes Großitalien ein.

Oder war es Berlusconis Auseinandersetzung mit den Mailänder Untersuchungsrichtern der *Aktion Saubere Hände*, die seit Jahren gegen die Korruption zwischen Unternehmen und Parteien bzw. Behörden ermitteln. Berlusconis Fininvest-Konzern ist in den letzten Monaten immer stärker ins Visier der Richter geraten, und Berlusconi selbst wurde ausgerechnet zu dem Zeitpunkt mit der Einleitung eines Untersuchungsverfahrens konfrontiert, als er in Neapel der UNO-Konferenz gegen das organisierte Verbrechen vorsäß. Schließlich kam hinzu, daß der außerordentlich populäre Ermittlungsrichter

Di Pietro aufgab, nachdem die Regierung die Arbeit der Richter immer wieder gerügt und ihnen am Ende Regierungsinspektoren nach Mailand geschickt hatte.

Alle diese Faktoren haben eine Rolle gespielt, aber sie waren nicht überraschend und dürften nicht den Ausschlag gegeben haben. Was aber völlig unerwartet hinzukam, war der massenhafte soziale Protest gegen das Finanzgesetz, vor allem gegen die Rentenkürzungspläne: der Generalstreik vom 14. Oktober mit riesigen Demonstrationen in 90 Städten, die landesweite Demonstration mit einer halb Millionen Teilnehmern in Rom am 12. November, ständig neu aufflackernde Arbeitsniederlegungen in den Betrieben vor allem des Nordens. In keinem anderen vergleichba-

folg erzielt. Die Lega kam in Zugzwang. Das kleine Eigentum war mit dem Widerstand konfrontiert und zugleich selbst davon halb mitgezogen. Die Anhängerschaft der Lega in den Betrieben des Nordens (die Metallgewerkschaft FIOM schätzte einmal, daß 40 % der Belegschaften in der Lombardei Lega gewählt hätten) war vom Widerstand angesteckt. Bossi und die Lega mußten ausscheren und in der Rentenfrage auf Distanz zu den Regierungsplänen gehen, die sie selbst mitgetragen hatten. So hatte die Lega nicht nur bei der Föderalisierung keine vorzeigbaren Ergebnisse erreicht, sondern war auch ganz allgemein von einer aktiven Rolle bei der Aufnahme und rechtsgerichteten Kanalisierung sozialer Unzufriedenheit in die Defensive geraten. Zum poli-



35 Jahre für die Renten (ohne die von Berlusconi geplanten Abstriche für jedes Jahr Verrentung vor dem offiziellen Rentenalter), 35 Stunden für die Arbeit — eine Forderung bei der Demonstration der eineinhalb Millionen am 12. November in Rom.

ren Land ist es in der jüngsten Vergangenheit zu derart massivem sozialen Widerstand gekommen.

Die ersten Deregulierungsmaßnahmen der Regierung Berlusconi, Eingriffe in der Arbeitsmarktpolitik, hatten noch nicht das große Aufsehen erregt. Die Leiharbeit wurde gefördert, die jugendliche Arbeitskraft in Form von „Ausbildungsarbeitsverträgen“ verbilligt. Noch achtete die Regierung darauf, daß die Wirkungen ihrer Maßnahmen nur sehr differenziert spürbar wurden.

Mit dem Finanzgesetz und den Eingriffen bei den Renten und im Gesundheitswesen änderte sich die Lage innerhalb weniger Monate. Jetzt wurden schlagartig für viele Millionen Menschen aktuelle und künftige Einschnitte sichtbar: drastisch sinkende Renten, längere Lebensarbeitszeiten, Entwertung schon erworbener Ansprüche. Der Widerstand griff nun bis weit in die Anhängerschaft der Regierung hinein um sich. Die Gewerkschaften reagierten auf die zunächst spontanen Aktionen und mobilisierten mit durchschlagendem Erfolg. Das gesamte politische Klima veränderte sich. In den Betrieben waren die Unternehmensleitungen plötzlich mit unerwartetem, heftigem Widerstand konfrontiert. Die Arbeiterbewegung meldete sich als politischer Faktor zurück. Oberschüler und Studenten, die zur gleichen Zeit gegen Berlusconis Bildungspolitik Schulen und Hochschulen besetzten, suchten Kontakt zur Arbeiterbewegung.

Lega im Zugzwang

Schließlich mußte Berlusconi in der Rentenfrage nachgeben, die Arbeiterbewegung hatte einen unbestreitbaren Er-

aus der Regierung wieder verdrängt werden können.

Neue Regierungsbildung noch offen

Wie die weitere Regierungsbildung nun laufen wird, ist noch unklar. Die vielen Spekulationen über neue Koalitionen ergeben bislang keine tragfähigen Mehrheiten:

Berlusconi verlangt Neuwahlen am 26. März 1995 in der nicht unberechtigten Hoffnung, daß Forza Italia und Alleanza nazionale die Verwirrung und Zerrissenheit im Lager der Lega ausnutzen und Wähler der Lega für sich gewinnen können. Tatsächlich hat Alleanza nazionale schon bei den Teilkommunalwahlen im November erheblich dazugewonnen, und zwar auch in angestammten Hochburgen der Lega im Norden. Berlusconi und der faschistische Parteichef Fini wollen sich so eine neue Basis verschaffen. Man muß befürchten, daß enttäuschte Parteidräger der Rechten, insbesondere der Faschisten, auch mit Gewalt bis hin zu Anschlägen zur Destabilisierung werden nachhelfen wollen.

Eine Koalition von Volkspartei (PPI, die früheren Christdemokraten) mit Lega und Linksdemokraten (PDS, die Mehrheit des früheren PCI) erscheint eher unwahrscheinlich. Die Lega könnte sich über die Haltung zu den Linksdemokraten spalten. Der Vatikan, der unlängst die Katholiken energisch aufgefordert hat, in Italien wieder eine Führungsrolle zu übernehmen, was als Unterstützung der Volkspartei verstanden werden mußte, ist auch dagegen: Auch bei den Linksdemokraten hat ein solches Bündnis nicht nur Freunde.

Wahrscheinlicher ist eine sogenannte „institutionelle Regierung“, eine „Regierung des Waffenstillstands“ (D’Alessio, PDS) nach dem Modell der früheren Regierung Ciampi. Für ein solches Modell einer Regierung von „Technikern“ mit Distanz zu den Parteizentralen scheint sich eine große Koalition vom Staatspräsidenten Scalfaro über den Industriellenverband Confindustria, den Vatikan (der aber Forza Italia und Alleanza nazionale beteiligt haben möchte), die Bank von Italien, einen Teil der Medien bis zu Volkspartei und Linksdemokraten anzubauen. Berlusconi und Fini wollen sich allerdings so nicht von der Regierung abdrängen lassen.

Die Partei der kommunistischen Neu gründung (Rifondazione comunista) fordert möglichst rasche Neuwahlen. In der Zwischenzeit soll eine „Regierung des Übergangs“ unter Ausschuß der Faschisten und der am stärksten kompromittierten anderen Rechten unverzichtbare demokratische Regeln formulieren: die von den Gewerkschaften erreichten sozialen Zugeständnisse sichern; ein Antitrustgesetz vorlegen, das die direkte Verknüpfung großer wirtschaftlicher und politischer Macht verhindern soll; ein Gesetz über Regional- und Kommunalwahlen auf den Weg bringen, in dem über Elemente von Verhältniswahl ein Mindestmaß demokratischer Repräsentation gesichert werden soll. (2)

Für die weitere Entwicklung dürfte eine große Rolle spielen, ob und wie die Gewerkschaften den sozialen Widerstand aufrechterhalten und auch auf der politischen Bühne zur Geltung bringen. Quellen: (1) Umberto Bossi e Daniele Vimercati, *La RIVOLUZIONE. La Lega: storia e idee*, Milano 1993; (2) Resolution des nationalen politischen Komitees, in *Liberazione* 47/94

Vordemokratische Zustände bei Schlecker

Erste Erfolge der Gewerkschaft HBV gegen Betriebsführung und Eigner des Konzerns

Trotz zahlreicher Behinderungen und trotz Vorenthalten wichtiger Informationen durch den Schlecker-Konzern ist es der HBV gelungen, in den Verkaufsbürobereichen Bürstadt (zu dem auch Mannheim zählt) und Karlsruhe Wahlvorstände zu installieren. Politisches Ziel der HBV ist es, daß bis zum 8. März 1995, dem Internationalen Frauentag — bei Schlecker sind im Verkaufsbereich ausschließlich Frauen beschäftigt —, ein Betriebsrat errichtet ist und bis dahin auch die Angstkampagne gegen die Mitarbeiterinnen und die chronische Behinderungstaktik von Schlecker vom Tisch sind. Bis heute hat sich Schlecker geweigert, die zur Durchführung von Betriebsratswahlen notwendigen Listen über den Personalbestand und die Anzahl der Filialen der Gewerkschaft zuzuleiten. Mit allen Methoden — offenen und subtilen — wurden im Vorfeld die Mitarbeiterinnen daran gehindert, die Betriebsversammlungen, die Voraussetzung für die Etablierung der Wahlvorstände waren, zu besuchen. Trotzdem nahmen im Bereich des Verkaufsbüros Bürstadt 31, im Bereich Karlsruhe (wozu auch Heidelberg gehört) 21 Verkäuferinnen an den Betriebsversammlungen teil, so daß die erste Hürde überwunden ist.

Auf ihrer Pressekonferenz am 20. Dezember konnte die HBV durch Vorlage weiterer unternehmensexterner Dokumente und Beweise untertariflicher Bezahlung ihren Vorwurf erhärten, Schlecker begehe systematisch Rechtsbruch. Allein im Raum Mannheim-Heidelberg betrog das Unternehmen die Mitarbeiterinnen in von der HBV durchgerechneten 49 Fällen pro Monat um insgesamt 16040 DM, jährlich also um die Summe von 192480 DM. Nicht mitgerechnet sind jene Verkäuferinnen, die aus Angst vor Sanktionen ihre berechtigten Ansprüche gar nicht geltend machen — Anton Kobel, HBV-Geschäftsführer im Bezirk Mannheim-Heidelberg, beziffert deren Zahl auf rund 50 %.

Der andere Anton (Schlecker), seines Zeichens Drogerie-Zar und inzwischen zu trauriger Berühmtheit gelangt, fühlt



sich anscheinend in die Enge getrieben.

Seine Behauptung, er zahle grundsätzlich Tariflohn, ist nach den vorliegenden, für jeden einsehbaren Unterlagen einfach eine dreiste Lüge. So wird in einem Schlecker-internen Anstellungsvertrag für Filialleiter/innen doch tatsächlich von „Tarifgruppe“ und „Tarifgehalt“ gesprochen und damit suggeriert, die Bezahlung orientiere sich am Tarifgehalt des Einzelhandels. In Wirklichkeit sind dies jedoch lediglich Schlecker-„Tarife“, die mit den gesetzlich vorgeschriebenen Tarifgehältern absolut nichts gemein haben.

Weiter spricht Schlecker davon, daß er die von der HBV angestrebten Betriebsratswahlen für seine Filialen ablehne, da „überdimensionierte Betriebseinheiten“ geplant seien. Daß die einfache Ursache in dem Skandal liegt, daß die HBV bis heute noch keine Filial-Listen von ihm erhalten hat, wird von Schlecker bewußt verschwiegen. Momentan geht die HBV davon aus, daß

ein Verkaufsbüro auch eine organisatorische Einheit bildet, ist aber grundsätzlich bereit, über die Struktur mit sich reden zu lassen.

Es wird höchste Zeit, daß den betroffenen Verkäuferinnen, die sich aus Angst vor Kündigungen und sonstigen Schikanen immer noch nicht getrauen, für ihre demokratischen Rechte einzutreten, von Seiten der Öffentlichkeit und der Medien jedmögliche Unterstützung gewährt wird.

Auf der HBV-Pressekonferenz ebenfalls anwesende vier ehemalige Beschäftigte bestätigten, daß in den Filialen eine Atmosphäre der Angst herrschen würde. Es müsse den Verkäuferinnen Mut gemacht werden, damit solche Arbeitsverhältnisse endlich auf dem Müll der Geschichte landen.

Ihre Solidarität mit der HBV und den Schlecker-Arbeitnehmerinnen haben neben Vertretern der katholischen und evangelischen Arbeitnehmerbewegung auch die Betriebsratsvorsitzenden der

Firmen Nanz, Plus, Rewe und Tengemann bekundet. In einem Brief an Ministerpräsident Teufel hat der HBV-Landesbezirksleiter Heinz-Günter Lang auch an die Verantwortung von Staat und Politik appelliert, rechtsfreie Räume wie bei Schlecker nicht zu dulden.

Die HBV hat eine Postkartenaktion gestartet, um in der Öffentlichkeit auf die betriebliche Situation bei Schlecker aufmerksam zu machen (die Postkarten können bei der HBV in Mannheim bestellt oder dort abgeholt werden). Die Postkarten sind adressiert an Anton Schlecker samt Gemahlin, damit diese Gelegenheit haben, in den besinnlichen Tagen darüber nachzudenken, wie sie in Zukunft mit dem arbeitenden Teil ihres Konzerns umzugehen gedenken. Oder, um es anders auszudrücken: Ein gewisses Maß an Zivilisation würde auch einer Familie, die sich durch anderer Menschen Arbeit Reichtum erworben hat, ganz gut anstehen.

(HH, aus: Kommunal-Info Mannheim)



aus: Langener Stadtblatt, Dezember 1994

Gauführer der Wikingjugend war Denkmalpfleger für Synagoge

Lübeck. Der Gauführer Nordmark der (endlich verbotenen) „Wikingjugend“, Reinhard Leicher, arbeitet im Lübecker Amt für Denkmalpflege als Bauingenieur. Obwohl er dort für seine stramm rechte Gesinnung bekannt ist, wurde er mit denkmalpflegerischen Aufgaben an der Lübecker Synagoge betraut. In einem Flugblatt des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus heißt es: „Über 8000 Lübeckerinnen haben sich mit der Unterschrift unter den Lübecker Appell der Forderung nach einem Verbot aller Nazi-Gruppierungen angeschlossen. (...) Jetzt muß die Stadt auch dementsprechend handeln und den Nazi-Funktionär von seinem sensiblen Posten entfernen.“

aus: Antifaschistische Nachrichten 26

Spitzenverbände gegen Schäuble-Vorschlag

Bonn. Die Kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtebund, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie Deutscher Landkreistag haben sich gegen das von CDU-Fraktionschef Schäuble

ins Gespräch gebrachte Hebesatzrecht der Kommunen bei der Lohn- und Einkommenssteuer ausgesprochen. „Das gäbe Krieg zwischen den Kommunen“, sagte DST-Präsident Burger. Der SPD-Bundestagsabgeordnete hatte diesen Vorschlag, der inzwischen auch von Finanzminister Waigel (CSU) aufgegriffen worden war, als „alten Hut“ bezeichnet. Seit 1985 habe das Bundesfinanzministerium diesen Vorschlag mehrfach geprüft und verworfen. Bereits 1985 sei in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage festgestellt worden, daß ein solches Hebesatzrecht einen hohen Verwaltungsaufwand für Betriebe und Finanzverwaltung verursachen würde. Vor allem bei der Lohnsteuererhebung würden die Betriebe belastet. Ferner habe das Ministerium eingewandt, daß viele Gemeinden ziemlich rasch den zugelassenen Höchstbesatz einführen würden, so daß das Hebesatzrecht wie eine allgemeine Steuererhöhung wirken würde. Der Stadtag und der Landkreistag sprachen sich für die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer aus, um ihre Einnahmen zu verstetigen. Der Städte- und Gemeindebund favorisiert eine Revitalisierung der Gewerbesteuer unter Einbeziehung

HAMBURG**Prekäre Entwicklung beim Arbeitsschutz**

Wie dem jetzt vorgelegten Arbeitsschutz-Bericht zu entnehmen ist, ist die Zahl der Arbeitsunfälle in Hamburg anhaltend hoch, die angezeigten Berufskrankheiten nehmen zu.

12777 Menschen haben 1993 einen Arbeitsunfall erlebt. Auch die Unfälle mit Todesfolge in der gewerblichen Wirtschaft und im Hafen sind, trotz des Rückgangs der lohnabhängigen Beschäftigung, nicht zurückgegangen; im Hafen verunglückten 1993 zwei Arbeiter tödlich, in den ersten zehn Monaten 1994 schon sechs.

Auch die Berufskrankheiten nehmen teilweise rapide zu (bundesweit von 74000 angezeigten Fällen 1992 auf 92000 in 1993). In Hamburg starben 1993 mindestens 250 Menschen berufsbedingt an Krebs. Die Zahl, erschreckend hoch, dürfte indes eher noch zu niedrig ange-

setzt sein — die Schätzungen über den Anteil der berufsbedingten Tumore an allen Krebserkrankungen schwanken zwischen 1% und 30%. Am häufigsten wurden durch Asbest hervorgerufene Erkrankungen angezeigt. Das heißt, immer mehr Menschen bezahlen mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben die über lange Jahrzehnte rücksichtslose Verwendung von Asbest. (Noch in den 70er Jahren wurde Asbest, obwohl die krebserzeugende Wirkung seit langem bekannt war, lose in Jutesäcken im Hafen angelandet.) 1993 wurden in Hamburg 167 berufsbedingte Krebserkrankungen gemeldet (1992: 128).

Diese bedrückende Entwicklung hinderte den Bundestag nicht daran, 1994 das in der Gefahrstoffverordnung festgeschriebene Gebot, krebserzeugende Stoffe durch weniger gefährliche zu ersetzen, weiter aufzuweichen. — (scc)

Christine Kuby muß draußen bleiben!**Pressekonferenz und Demonstration**

Am 15.12., an Christines 38. Geburtstag, gab es eine Pressekonferenz, auf der der Aufruf „Christine Kuby muß draußen bleiben“ vorgestellt wurde. In knapp zwei Wochen gelang es, über 600 UnterzeichnerInnen zu gewinnen.

Die 10 PressevertreterInnen waren interessiert, und ihre Nachfragen bezogen sich vor allem auf den Umgang der staatlichen Stellen mit Christines Situation. Im Vorfeld hatte die *Hamburger Morgenpost* die Veröffentlichung des Aufrufs als bezahlte Anzeige abgelehnt, ohne Begründung. Das Presseecho in den nächsten Tagen war wenig, auch wenn z.B. die drei großen Agenturen vertreten waren und auch ausführliche Berichte gemacht haben, die dann aber nicht veröffentlicht wurden.

Auf der Demo (am 17.12. in Hamburg) waren 250 bis 300 Leute, davon etwa die Hälfte aus anderen Städten. Die ganze Zeit über wurden laut Parolen gerufen, und während der Kundgebungen blieben viele PassantInnen stehen. Gut war auch, daß wieder viele rote Fahnen und schöne Transparente und Schilder da-



bei waren, daß sich viele selbst Gedanken gemacht haben, was sie mit der Demo wollen. Die Demo war, was sie sein sollte: ein Zeichen, daß es nach der Freilassung von Irmgard weitergeht.

Beides zusammen — die Veröffentlichung des Aufrufs und die Demo — haben aber auf jeden Fall deutlich gemacht, daß es politischen Widerspruch zum staatlichen Kalkül gegen die politischen Gefangenen gibt. Die wichtigste Frage jetzt ist, wie wir daran anknüpfen können im nächsten Jahr. (aus: Angehörigen Info 161)

SEL ALCATEL**Schließungspläne vorerst vom Tisch**

Knapp fünf Wochen nach Gründung eines Solidaritätskomitees für die Beschäftigten des von Schließung bedrohten Mannheimer Werkes der Alcatel SEL wurde am Montag eine erste Zwischenbilanz gezogen. Gut dreihundert Menschen kamen im evangelischen Gemeindezentrum des Mannheimer Stadtteiles Vogelstang zusammen.

Die Schließungspläne zum 30.6.95 sind vorerst vom Tisch. Durch Vermittlung der Landesregierung Baden-Württemberg und des Mannheimer Oberbürgermeisters Gerhard Widder wurde ein Ergebnis erzielt, das die Beibehaltung von 450 Arbeitsplätzen beeinhaltet. Peter Toussaint, Erster Bevollmächtigter der IG Metall, faßte das Ergebnis zusammen: „Wir wollen lieber Arbeitsplätze finanzieren, statt Arbeitslosigkeit.“

Kernpunkte des Konzepts sind: Erhalt der bisherigen Produktion von Navigation, Wehrtechnik und Mobilfunk im größtmöglichen Umfang. Grundlage für die noch folgenden Verhandlungen könnte der bereits im September unterschriebene Interessenausgleich sein, der Anfang November durch Alcatel SEL wieder in Frage gestellt wurde.

Die mit dem Konzern nun zu vereinbarende Fertigungstiefe soll ergänzt werden durch ein Technologiezentrum auf dem Werksgelände. Dieses Technologiezentrum soll durch das Land und die Stadt Mannheim realisiert werden.

Dort sollen vorrangig neue Produkte entwickelt, auch Dienstleistungen angesiedelt wer-

den, die zur Qualifikationsstruktur der Beschäftigten passen und möglichst bei Alcatel SEL Verwendung finden können. In diesem Zusammenhang ist dann offensichtlich auch die Übernahme von Gebäuden vorgesehen.

Toussaint warnt jedoch vor Illusionen, das Soli-Komitee wird weiterhin notwendig sein und diesen Prozeß kritisch begleiten müssen, bis letztendlich Erfolge sichtbar sind. „Der Druck im Kessel muß weiterhin erhalten bleiben.“ Jetzt ginge es zunächst einmal darum, ein schlüssiges Gesamtkonzept zu erarbeiten. Dem Vorstand des Konzerns ginge es vorrangig nach wie vor um Kostenreduzierungen und Kopfzahlen. Zuerst einmal ginge es aber um die Menschen, so der Gewerkschafter.

Daß es bei dem vorliegendem Grobkonzept noch viele Unbekannte gibt, ist allen klar. Bei einem neuen Wortbruch des Konzerns würde die Auseinandersetzung um die Arbeitsplätze allerdings schärfer werden als in den letzten Wochen. Was dieses Konzept dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Mannheim letztendlich an finanziellen Belastungen bringt und welchen Nut-

zen der Konzern daraus zieht, darüber herrscht bei allen Beteiligten vornehmstes Schweigen.

Dennoch stellt dieser alternative Ansatz eine neue Qualität im Ringen um den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region dar. Man darf gespannt sein, wie die Zusage für 450 zu erhaltende Arbeitsplätze eingelöst wird.

— (Peter Schoder)

auch der freien Berufe. — (Handelsblatt, 30.11./8.12.94 — ulj)

U-Bahnhöfe bleiben im Winter wieder zu

Frankfurt. Der Arbeitskreis Frauen der Bundesarbeitsgemeinschaft Nichtseßhaftenhilfe e.V. hat in einem offenen Brief an den Sozialdezernenten Berg erneut die Öffnung einiger U-Bahnhöfe im Winter verlangt: „Wie in jedem Jahr zu Beginn des Winters stellen wir, der Arbeitskreis Frauen, die Frage nach Übernachtungsplätzen für wohnungslose Frauen. Hiermit sind im besonderen jene Frauen gemeint, die nicht von Institutionen erreicht werden und die es ablehnen, das bestehende Angebot an Schlafplätzen zu nutzen. Es muß davon ausgegangen werden, daß diese Frauen Gründe genug haben, lieber draußen in der Kälte zu übernachten, als eine Notunterkunft aufzusuchen. Für diesen Kreis fordern wir nach wie vor, einige central gelegene Bahnhöfe offen zu lassen. Nach unserer Kenntnis sind im letzten Winter zwei Frauen auf der Straße storben. Das hätte verhindert werden können, wenn die Bahnhöfe offen geblieben wären.“

Das Sozialdezernat hat die Öffnung der Bahnhöfe wieder mit der Begründung abgelehnt, in Frankfurt gebe es „ein ausreichendes Potential“ an Schlafplätzen. Offiziell leben etwa ein-tausend „registrierte“ Nichtseßhafte in der Stadt. Die Gesamtzahl der Menschen ohne eigene Unterkunft wird auf 5000 geschätzt. Ihnen stehen 2500 Schlafplätze zur Verfügung ... Als Frauen-Schlafplätze ausgewiesen sind 239. — (ola)

Notschlafstelle für Obdachlose im Kölner Stadtteil

Köln. Auch in diesem Winter gibt es in Mülheim wieder eine Notschlafstelle für Obdachlose. In einem Flugblatt informierte die „Mülheimer Aktion Bürger helfen Bürgern“ die Anwohner in der Buchheimer Straße/Mülheimer Freiheit, daß in ihrer Nachbarschaft eine Wohnung für bis zu 10 Obdachlose aus dem Raum Mülheim zur Verfügung steht. Schon im letzten Jahr hatte eine Mülheimer Bürgerin für die Aktion „Winterhilfe“ eine hohe Geldsumme gespendet, dieses Jahr wurde die Wohnung kostenlos zur Verfügung gestellt, die ärztliche Versorgung der Bewohner

ist sichergestellt, ab 18 Uhr bis zum Morgen wird ein Ansprech- und Gesprächspartner für die Menschen, die hier Unterschlupf suchen, da sein. Die Unterkunftsmöglichkeit kann vielleicht für den einen oder anderen der Weg weg von der Straße wieder zu einer eigenen Wohnung sein. — (u.b.)

CDU will Gefängnisse privatisieren

Hamburg. Die CDU nimmt einen neuen Anlauf, Hamburger Gefängnisse zu privatisieren. Bis März soll sich der Senat dazu äußern, wie die Privatisierung zu bewerkstelligen sei. Der Justizsenator äußerte sich bereits zustimmend. Die Gier, aus der Not der Ein- und Wegesperrten Profit zu schlagen, dürfte nicht zuletzt durch die Tatsache angestachelt worden sein, daß die Zahl der Verurteilungen wieder drastisch steigt. 1992 haben Hamburger Gerichte 22300 Menschen verurteilt, 1600 mehr als im Jahr zuvor, und die herrschende deutsche Politik verspricht weitere rasante Steigerungsraten. Die CDU verweist auf Erfahrungen im Ausland. In der Tat! In den USA etwa geht die Ausweitung des Gefängnissystems — hier befinden sich

erstmals über 1 Million Menschen im Gefängnis — mit der Herausbildung großer privater Gefängniskonzerne einher. Der größte brachte seinen Betreibern 1993 bereits bei 100 Mio. Umsatz 4 Mio. \$ Gewinn. — So dürfte die Initiative der CDU auf zweierlei Zielen: mehr Gefängnisse zu bauen für die unteren Klassen und die oberen Klassen daran auch noch verdienen zu lassen. — (scc)

Solidarität mit Özgür Ulke Protestaktion bei der IG Medien

Frankfurt. Am 8. Dezember führten etwa 30 Mitglieder des „Frankfurter Solidaritätskomitees Özgür Ulke“ eine Protestaktion in den Räumen der IG Medien im Gewerkschaftshaus durch. Wir dokumentieren die Presseerklärung: „Wir fordern die Medien und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, sich mit Özgür Ulke zu solidarisieren und sich für die politische Lösung der kurdischen Frage einzusetzen.“

Vertreter der IG Medien Hessen verurteilten die Repressionen gegen Verleger und Journalisten in der Türkei. Sie kündigten weitere Informationen über die Situation der oppositionellen Presse in der Türkei an. — (ola)



Schönhubers Abgang

Bernhard Schmid über den Bundesparteitag der REPs

Am 17./18. Dezember '94 hielt die Partei „Die Republikaner“ in Sindelfingen in der Messehalle ihren Bundesparteitag ab. Elf Jahre nach der Gründung der REPs ist es nun tatsächlich wahr geworden: Der bald 72jährige Franz Schönhuber steht nicht mehr an der Spitze der Partei; er machte dem 39jährigen Rolf Schlierer aus Stuttgart als neuem Parteichef Platz.

Inhaltliche Polarisierung

Eine inhaltliche Polarisierung in der Partei ist nicht zu übersehen. Sie verläuft ungefähr entlang der Linie, ob man „auf die soziale Verelendung der einheimischen Bevölkerung setzt, um die nationale Frage mit sozialem Sprengstoff zu vermengen“, oder ob man setzt auf „diejenigen, die etwas zu verlieren haben und dies auch zu Recht befürchten“ (so eine schriftliche Selbstpräsentation von Rolf Schlierer, der sich für die letztere Variante ausspricht). Und entlang der Entscheidung über „fundamentale Opposition“ (Schönhuber) einerseits oder für die Position von Schlierer andererseits: „Die Republikaner sehen sich ... nicht als außerparlamentarische Oppositions- oder Widerstandsbewegung, sondern als eine Partei, die in Gesetzgebung und Exekutive Verantwortung übernehmen will.“

Ende der Abgrenzung nach rechts

In einer Frage allerdings haben sich die REPs deutlich entschieden. Die Beschlüsse des Parteitags in Ruhstorf vom 8. Juli 1990, als die REPs sich von den durch Schönhuber damals so titulierten „Rassisten und Extremisten“ in ihrer Partei abgrenzten und einen Unvereinbarkeitsbeschuß mit NPD und DVU als rechtsextremen Parteien fällten, sind über den Haufen gekippt worden. Schönhuber, der sie damals gegen erhebliche Widerstände durchkämpfte: „Ich habe die Ruhstorfer Abgrenzungen durchgesetzt, um unsere Beamten und ihre Familien zu schützen. Ich habe es dabei in Kauf genommen, daß dabei auch jene über die Klingen springen mußten, die zu den Aktivisten der Partei gehörten. Bei einigen tut es mir heute noch leid. Jetzt aber ist eine andere Zeit, und man muß anders reagieren.“ Und: „Wir haben inzwischen Bezirksvorsitzende, die in der NPD waren. Das können keine Parteimitglieder zweiter Klasse sein.“ Bei Schönhuber ist die Rede von der „kontrollierten Öffnung nach rechts“.

Kein Flügel oder keine Strömung verteidigt mehr die in Ruhstorf vorgenommene Abgrenzung. Auch der um bürgerliche Respektabilität bemühte Experte Rolf Schlierer sagte auf dem Parteitag: „Gesprochen worden ist heute über eine Öffnung. D.h.: wir werden offen sein gegenüber Leuten, die aus nationalliberalen Motiven von der F.D.P. zu uns kommen, von einer SPD nach der Vorstellung Kurt Schumachers her; und selbstverständlich werden wir auch offen sein gegenüber Leuten, die von anderen Rechtsparteien zu uns kommen.“ Der brav auftretende Schlierer

konnte dafür freilich auch ein ur-eigenes persönliches Motiv haben: Laut einer Pressemitteilung der NPD vom 15.12.1994 ist Schlierer (der von 1973 bis 1979 in Gießen Medizin und von 1981 bis 1988 in Tübingen Jura studierte) nämlich mit Datum vom 7.5.1974 in den „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB) eingetreten und „ehemalige(r) Aktivist des NHB“. Schlierer selbst bestreitet dies. Von 1976 bis 1979 war Schlierer dann Mitglied im CDU-nahen RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten).

„Fundamentale Opposition und Sozialpatriotismus“ kontra „Rechtsdemokratische Partei“

An den entgegengesetzten Polen der inhaltlichen Spannbreite der Partei stehen die Politikkonzepte, die sich in den Parteitagsreden des aus dem Amt scheidenden Franz Schönhuber und des Rolf Schlierer ausdrückten.

Franz Schönhuber: Franz Schönhuber rechnete kurz nach Beginn des Parteitags in einer gut einstündigen Rede mit seinen Gegnern in und außerhalb der Partei noch einmal ab. Die Versuche, salon- und koalitionsfähig mit der CDU zu werden, verwirft Schönhuber: „Die Versuche mit der Koalitionsfähigkeit sollten wir vergessen. Es wird niemand mit uns koalieren ... Ich will nicht die Füße unserer Kerkermeister küssen, ich will nicht dem Herrn Kanther Pfötchen geben und betteln.“ Und deutlich an Rolf Schlierer gerichtet, der am 11.11.1994 in der *Jungen Freiheit* ein Interview unter dem Titel „Wir werden die Nationalliberalen sammeln“ gegeben hatte, widerspricht Schönhuber: „Wenn ich dann höre, ‘Wir wollen nationalliberal sein’, warum geht man dann nicht in die F.D.P., um deren nationalliberalen Flügel zu stärken; der hat das nötig, so klein, wie er ist. Es wird niemand von der F.D.P. zu uns kommen, was soll er bei uns? Bei uns kann er nur stigmatisiert werden.“ Sein Freund Hellmut Diwald, der 1993 verstorbene Erlanger Historiker, habe ihm kurz vor seinem Tode gesagt: „Vergiß die Konservativen, vergiß die Liberalen, wenn's eisenhart wird, laufen die davon.“

Schönhubers Konzept lautet daher: „Unsere Chance kann nur sein, eine fundamentale Opposition zu betreiben. Fundamentale Opposition heißt nicht außerparlamentarisch. Aber sie muß radikal sein, d.h. sie muß an die Wurzel gehen.“

Perspektivisch setzt Schönhuber auf Kräfte, die nach ihm kommen, und auf Veränderungen, die von außen kommen, von Osten: „Eine mürbe gewordene Kriegsgeneration tritt ab, die Nachgeborenen haben die Umerziehung verinnerlicht. Es bleibt als Vision die junge Generation.“ Sodann schildert er eine Jugend im Osten („Mitteldeutschland“), die von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Verlogenheit der eigenen „Wendehälse“-Eltern geprägt sei. „Es kommt das Gefühl hinzu, von der Welt verlassen zu sein. So ist das ein hochexplosives Gebräu, das sich da und dort in kriminellen Ausschreitungen entlädt. Ich verurteile das. Aber muß

man denn Halbwüchsige, Kinder, in Handschellen durch Magdeburg treiben, ... es fehlten nur die Fußfesseln?“ Von der behäbigen Wohlstandsgesellschaft wendet Schönhuber sich ab: „Bertolt Brecht hatte noch nie so recht wie heute: Erst kommt das Fressen und dann die Moral ... Ex oriente lux, aus dem Osten das Licht. Deshalb glaube ich, daß die große Erneuerungswelle von Osten kommt, wo die Menschen nicht mit Wohlstandsbäuchen gesegnet sind, sondern hart ums Überleben kämpfen.“

Programmatisch versucht Schönhuber, mit Sozialdemagogie die Unzufriedenen und sozialen Verlierer anzuziehen. Hier kommt er zu historischen Vorbildern: „Mein Vater war Nationalsozialist. Kein Hitler-Anhänger, sondern Strasser-Anhänger. Und dieser Strasser hat einmal den wichtigen Satz gesagt von der ‚tiefen antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes‘: Ich bin ein linker Rechter, ... ich bin ein dem Sozialen zutiefst verpflichteter Mann. Das ist die Hauptaufgabe unserer Partei.“ Neben den Brüdern Strasser, den Köpfen des „antikapitalistischen“ Flügels der NSDAP, beruft Schönhuber sich auch noch auf einen weiteren „linken“ Nationalisten, einen Kopf der „Nationalrevolutionäre“: „Ernst Niekisch, Prof. Niekisch, sagte einmal: Die feige Unterwürfigkeit gegenüber fremden Besatzungsmächten ist nur eine Verlängerung des althergebrachten Untertanengeistes der Deutschen.“ In Anlehnung an solche „linken“ Traditionen im radikalen Nationalismus versucht Schönhuber eine Vermengung von „nationaler“ und „sozialer“ Frage: „Die Grundpfeiler müssen sein ‚national‘ und ‚sozial‘, aber nicht nationalistisch und sozialistisch. Der Grundpfeiler muß sein der soziale Patriotismus.“

Rolf Schlierer: Der stets brav und beinahe wie ein Abiturient wirkende Rolf Schlierer, Doktor in Jura und Medizin, Vorsitzender der Landtagsfraktion in Stuttgart, hielte sich knapp, überwiegend bei Allgemeinplätzen. Schlierers Konzept ist die Professionalisierung der Partei. Wichtigstes Anliegen, das er stets betont, ist für Schlierer „der Weg in die Parlamente von unten nach oben, durch die kommunalen Parlamente“. Dort müsse die „Partei ein Gesicht gegenüber dem Bürger gewinnen, im buchstäblichen Sinne, dort werden die Republikaner mit Personen identifiziert“.

Politisch steht Schlierer für eine „rechtsdemokratische Partei“. Auch Schlierer spricht von einem „beachtlichen Protestpotential in Deutschland, das für uns jederzeit aktivierbar ist“. Schlierer meint damit jedoch etwas anderes als Schönhuber. In seiner schriftlichen Presseinformation heißt es: „Harte statistische Daten über unsere Wählerschichten gibt es bisher nur aus Baden-Württemberg. Danach wählen uns nicht die sozial Entwurzelten und angeblichen Modernisierungsverlierer, sondern diejenigen, die etwas zu verlieren haben ...“ Politisches Thema für Schlierer ist zuvorderst die „Innere Sicherheit“: „Wir haben 1989 als Wiedervereinigungspartheid Erfolg gehabt, als Ein-Punkt-Partei. Wir haben 1992 als Asylpartei Erfolg gehabt, wieder als

Ein-Punkt-Partei. Wir werden 1995 oder 96 wieder Erfolg haben, wieder als Ein-Punkt-Partei mit dem Thema ‚Innere Sicherheit‘.“

Schlierers Stellvertreter als Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Landtag, Dietmar Donnerstag, auch in Schlierers Lager stehend, erwiderte auf Schönhuber: „Wir leben in einer Demokratie ... Und von ‚System‘ zu sprechen mit einem abfälligen Unterton, halte ich für verfehlt und führt in eine falsche Richtung.“

Personalentscheidungen: keine Richtung festgelegt

Bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden setzte sich Rolf Schlierer mit 335 Stimmen von 598 abgegebenen (595 gültigen) Stimmen durch gegen Rudolf Krause mit 224 Stimmen. Der dritte Bewerber, Wolfram Hüttl, fiel mit 33 Stimmen schmählich durch. Er hatte sich an den „großen Vorsitzenden“ Schönhuber angehängt und erklärt, er werde nicht mit „Königsmördern“ zusammenarbeiten, gemeint ist der Schlierer-Flügel. Selbst ist Hüttl jedoch eine schwache Figur; er verzichtete auch darauf, eine eigene Rede auf dem Parteitag zu halten, sondern forderte mit einem Satz dazu auf, ihn zu wählen. Die Entscheidung gegen Hüttl sagt daher nichts aus über die Verankerung der Schönhuber-Position. Die Wahl der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden korrigierte den Sieg des Schlierer-Flügels wieder etwas: Dr. Krause, der mit einer zentristischen Position zwischen Schönhuber- und Schlierer-Anhängern angetreten war, war mit 388 Stimmen klarer Sieger. Auch die Berlinerin Ingeborg Seifert, eine Schönhuber-Anhängerin (276), und die Schlierer-Anhängerin Uschi Winkelsetz (312 Stimmen) kamen im ersten Wahlgang durch. Schlierer hatte den Parteitag gebeten, ein Personalpaket nach seinen Vorstellungen zu wählen; dieses wurde jedoch aufgetrennt und blieb teilweise erfolglos. Alexander Haussmann aus Bayern, der personifizierte „Königsmörder“ (er leitete in Bayern die Absetzung Schönhubers ein) und noch dazu von einem Parteifreund in Bayern in einem Brief als „Halbjude“ angegriffen, fiel mit 182 bzw. 144 Stimmen in beiden Wahlgängen durch. Christian Käs, Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, der dritte Mann der Schlierer-„Troika“, schaffte es im 2. Wahlgang mit 168 Stimmen (vorher 214).

Zweifellos hat Schlierer das Rennen um das Chefamt nur deswegen geschafft, weil Baden-Württemberg der erfolgreichste Landesverband ist (Landtagswahl 5. April 1992: 10,9%) und den Schwerpunkt der erfolgreichen Parlamentsarbeit bildet. Die Landtagsfraktion in Stuttgart ist das neue Machtzentrum der Partei, wenn auch innerparteilich bei den Vorstandswahlen geschwächt. Dies gilt zumindest bis zu den nächsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg im Frühjahr 1996.

Schlierer wurde deswegen gewählt, weil er in der bisherigen Praxis für den Erfolg steht. Eine klare Festlegung des politischen und ideologischen Kurses hat damit indes noch nicht stattgefunden.



Brandenburg: Bauern gegen EU-Sanktionen

Hunderte von Bauern protestierten im Dezember mit Straßenblockaden und Kundgebungen

Die Landwirtschaft Brandenburgs befindet sich auch nach fünf Jahren Wiedervereinigung noch in einer schlechten Verfassung. Gezerrumpft wie alle Wirtschaftszweige im Osten Deutschlands, hat sich die Lage auf dem flachen Lande nicht wesentlich verbessert. Nach wie vor sind Arbeitslosigkeit und damit zunehmende Hoffnungslosigkeit verbreitet. Besonders in den nördlichen und östlichen Gebieten des Landes sind Arbeitslosenziffern um die 15 % nach wie vor gültiger Schnitt. Die meisten Agrarbetriebe kämpfen um ihre Existenz und sind noch lange nicht über den Berg. Es herrscht Kapitalmangel, Absatzschwierigkeiten bestimmen die Produktion und die Finanzlage.

Gescheitert sind alle wohlgemeinten „Brandenburger Wege“, wie sie vom SPD-Minister für Landwirtschaft Zimmermann ausgedacht worden waren. Nach wie vor geht der Rückbau vor sich. Brandenburg — ein Land des Zuckerrübenanbaus und der Zuckerproduktion — hatte in der Ernte 1993 noch 43 Zuckerfabriken zur Verfügung. Es wurden während einer Kampagne von rund 115000 Arbeitern ca. 900000 Tonnen Zucker produziert. Der Aufbau einer 250 km entfernten Zuckerfabrik in Könnern bei Halle kostet nun den Überresten der Zuckerfabriken in Brandenburg das Leben. Die 43 — wahrlich nicht modernsten Fabriken — in Brandenburg sind verschwunden. Brandenburg bleibt bei einer Zuckerquote von 330000 Tonnen Zucker jährlich.

Nun traf die Landwirtschaft Brandenburgs ein neuer Schlag. Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert (CDU) bestätigte den Brandenburger Bauern, daß die EU die Ausgleichszahlungen für die Flächenstilllegungen für 1995 um 5,8 % kürzen wird. Das ist eine Summe von etwa 35 Millionen DM. Bestraft werden soll die Überschreitung der landwirtschaftlichen Anbaufläche um 6,1 % (54000 Hektar). Den Bauern wurden offenbar nicht rechtzeitig die für 1994 vorgesehenen Kürzung-



gen bekanntgegeben, so daß es zu dieser Überschreitung kam und die EU nun mit Sanktionen gegen die Bauern Brandenburgs vorgeht. Zu der Kürzung der Subventionen kommt noch die Auflage, 1995 noch zusätzlich 6,1 % der Anbaufläche stillzulegen. Nach Schätzungen des Brandenburger Landwirtschaftsministeriums führt das zu Ausfällen in Höhe von 70 Millionen DM. Zu den stillzulegenden Flächen werden auch solche gehören, die schon im Herbst frisch bearbeitet und neu bestellt wurden. Dabei handelt es sich vor allem um Wintergetreide, das gedacht war, um mit dem zeitigen Verkauf die weitere Erntekampagne des Sommers 1995 zu finanzieren.

Betroffen sind alle Agrarbetriebe, die Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen und Ölleinen anbauen. Von den 6000 bäuerlichen Betrieben sind somit rund 5000 betroffen.

Borchert erinnerte im Brief, in dem er Brandenburg diese Nachricht mitteilte, daran, daß es keine Sonderregelungen mehr für ostdeutsche Bauern geben kann. Eine Aussetzung der Sanktionen sei nicht mehr möglich.

Die ohnehin schon angespannte Wirtschaftslage der landwirtschaftlichen Unternehmen in Brandenburg wird sich so noch verschärfen.

Der Landesverband der Bauern, der auf eine Aussetzung der Sanktionen gehofft hatte, betonte in einer Erklärung, daß die Bauern keine Schuld trifft, die Flächen überschritten zu haben. Die Bauern hätten selbst keinerlei Kontrolle darüber, wie hoch für sie im einzelnen die Basisanbauflächen sind. Er bestand auf der Durchsetzung des Vorschlags des Verbandes, rechtsverbindlich eine Hof- bzw. Betriebsquote für jedes landwirtschaftliche Unternehmen festzusetzen. Die Quote solle festschreiben, wieviel Hektar die Bauern womit bestreiten können.

Der Brief des Bundesministers stieß auf einmütige Ablehnung unter den Bauern und im Verband. „Die Brandenburger Landwirte werden es damit nicht bewenden lassen,“ erklärte der Präsident des Landesbauernverbandes Heinz-Dieter Nieschke. Für die Bauern sei offenkundig, daß die Bundesregierung sie allein lasse und keine entschiedenen Schritte gegenüber Brüssel unternommen habe, um eine Aufhebung der Sanktionen zu erreichen. Der Verband kündigte Kampfmaßnahmen der Bauern an.

Und was macht der Landwirtschaftsminister Brandenburgs Edwin Zimmermann? Zimmermann befindet sich mit einer von seinem Ministerium herausgegebenen Verordnung zur Tierkörperbeseitigung in einem Rechtsstreit mit einem Zweckverband Herzberg Recycling GmbH und hat vor dem Oberverwaltungsgericht Frankfurt/Oder eine Schlappe einstecken müssen, denn die

erklärte die Verordnung für null und nichtig und legte dem Minister außerdem noch den angenommenen Streitwert in Höhe von 1,5 Millionen auf. Der Minister ist offenbar stark beschäftigt, so daß er die Nöte seiner Bauern im Land nicht kennt. Jedenfalls sind diese der Meinung, daß auch die Landesregierung sie allein läßt und nichts gegen die ihnen von der EU auferlegte Strafe tut.

Die Bauern müssen sich allein helfen und organisierten ihren Widerstand. Knapp 100 Bauern protestierten Mitte Dezember auf der Bundesstraße 96 mit Traktoren und Anhängern für mehrere Stunden gegen die Brüsseler Sanktionen. Auch anderenorts, so in Kremmen, Henningsdorf, Velten, Liebenwalde, Zehdenick und Gransee gingen die Bauern auf die Straße und organisierten Straßenproteste. Der Landesverband, der zur rollenden Demonstration aufgerufen hatte, zog Tage später vor den Potsdamer Landtag. Die Bauern forderten die Rücknahme der „drakonischen Maßnahmen“ und eine Neuverteilung der Quoten. Es wurde auch bekannt, daß ein „Ausgleich“ möglich wäre. Denn in den alten Bundesländern wurden 167000 Hektar Land nicht in Anspruch genommen. Sie könnten gegenüber Brüssel als Argument für die Überschreitung der Flächen in Brandenburg angeführt werden.

Zur Protestaktion vor dem Landtag in Potsdam waren Bauernvertreter aus allen Gebieten des Landes Brandenburg angereist. Die etwa 500 Teilnehmer trugen Transparente mit ihren Forderungen und riefen „Bauerntod — Volk ohne Brot“. Auch die Lösung „Sind die Bauern in Not — sind die Dörfer auch bald tot“ stand auf den Transparenten geschrieben und machte die Warnung des Präsidenten des Landesbauernverbandes deutlich, daß weitere Flächenstilllegungen in Brandenburg noch mehr Steppe entstehen lassen. Dieser warf Brüssel vor, die Anbauflächen für Ostdeutschland falsch berechnet zu haben. In der Landwirtschaft Brandenburgs gebe es nur noch 35000 Beschäftigte, wieder 5000 weniger als 1993. Der Arbeitsplatzabbau gehe weiter. — (abe)

KZ-Aufseherin erhielt hohe Entschädigung

Berlin. „Mitleid“ wurde es zum Schluß genannt, was zuerst für die Akteure nichts anderes war als eine Abrechnung mit dem Stalinismus. Die Leiterin der „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus“, Ursula Popiolek, und der beim Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen angestellte Schriftsteller Siegmar Faust hatten sich dafür eingesetzt, daß Margot Pietzner, ehemals KZ-Aufseherin im Außenlager von Ravensbrück im Arado-Flugzeugwerk Wittenberg, später Belzig, eine Entschädigung für 10 Jahre Haft, verurteilt von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren, von den dafür zuständigen staatlichen Stellen erhalten sollte. Diese bekam sie auch — und zwar postwendend. Denn nach nur 12 Arbeitstagen erhielt sie die Mitteilung, daß ihr Antrag in Bonn positiv beantwortet wurde und sie eine Entschädigung von 64350 DM bekommt.

Margot Pietzner hatte in einer Lesung in der Gedenkbibliothek über ihre Leben und die 10 Jahre Haft berichtet. Sie hatte dabei auch über ihre Tätigkeit als Aufseherin im schwarzen Rock der SS erzählt. Allerdings nur gezwungenermaßen, wie sie sagte. Sie habe den Gefangenen Kuchen mitgebracht und die-

se nie schikaniert. Die so gerührten Teilnehmer der Lesung, darunter auch Faust, wußten von der schwarzen Vergangenheit der Frau Pietzner. Und dennoch wurde der Antrag gestellt. Der Rechtsbeistand der Pietzner, Kienitz, wohnhaft in Wennigsen, schrieb Ende August an seine Mandantin: „... in der o.a. Angelegenheit ist uns Ihre Anschrift von dem Dokumentationszentrum zur Aufklärung von SED-Verbrechen übermittelt ... worden. Wir hatten uns auf Anregung des Bundesministers der Justiz, Dr. Kinkel, bereiterklärt, unentgeltlich Ihre Rehabilitation zu betreiben....“

Recherchen, die die taz anstellte, führten zur Feststellung, daß die Popiolek 15000 DM, ihr Sohn 5000 DM, Faust 7000 DM von der mit dieser hohen Summe Entschädigten erhalten hätten.

Keiner der Beteiligten kann übersehen haben, daß im Archiv der Gedenkstätte Ravensbrück in den Gehaltslisten der SS der Name der Margot Pietzner aufgeführt ist. In der Gauck-Behörde wurde ein Kripo-Protokoll gefunden, in dem die Pietzner sagt: „Am 29.8. 1944 kam ich nach Wittenberg zurück, wo ich als SS-Aufseherin meinen Dienst versah. Die mir aufgetragenen Befehle habe ich ausgeführt.“ Quellen: „ND“ vom 14.12.94, „taz“ vom 8.12.94 — (abe)

Inhaltliche Profilierung als linke Opposition

Dirk Schneider zu den Berliner Wahlen im Herbst 1995

In Berlin hat bereits jetzt — zehn Monate vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus — die Strategiediskussion in den verschiedenen Parteien begonnen. Die SPD wird im Frühjahr über einen neuen Spitzenkandidaten bzw. eine Spitzenkandidatin entscheiden und erhofft sich soviel Stimmengewinne, daß sie in einer neuen großen Koalition mit der CDU den bzw. die Regierende Bürgermeister/in stellen kann. Bei den Grünen gibt es erste Papiere über die Strategie gegenüber der PDS. Ein rot-grüner Minderheitssenat mit Duldung durch eine PDS, die im Osten der Stadt stärkste Partei ist, ist den Grünen nicht geheuer. Auch in der PDS hat die Diskussion um die Wahlstrategie begonnen. Wir dokumentieren ein Papier von Dirk Schneider aus der Kreuzberger PDS.

Berlin: Kommune 2000 Hauptstadt der PDS

Die PDS hat bei den Wahlen zum Bundestag 94 einen hauchdünnen, aber außerordentlich gewichtigen Sieg errungen. Dieser wurde allerdings nur geschafft mit einem großen Anteil von Leihstimmen von WählerInnen anderer Parteien. Die PDS ist durchaus nicht in das politische System der BRD integriert. Ihre Rolle und Funktion im gesellschaftlichen Kräftespiel sind heftig umstritten. Die PDS unterliegt vielfachen Anfeindungen. In den eigenen Reihen ist die Identitätsfindung keineswegs abgeschlossen. Die personelle Basis wird mit jedem Jahr kleiner.

Angesichts derart labiler Existenzbedingungen stellen sich die Berliner Wahlen im Herbst 1995 als eine erneute Herausforderung dar, die die Mobilisierung aller Kräfte des Landesverbandes verlangt.

Die PDS als Gegenkraft profilieren!

Wichtigstes Wahlziel muß es sein, den positiven Trend der Europa- und Bundestagswahl zu stabilisieren. Die PDS ist stärker geworden aus Protest gegen die Ungerechtigkeiten der bundesdeutsch geprägten Machtausübung und weil sie als Oppositionspartei wichtige Elemente zur Herausbildung einer gesamtgesellschaftlichen Alternative vertrat. Dabei wirkte die PDS weniger durch ausgeprägte Gegenkonzepte, sondern eher durch die Glaubwürdigkeit bei der Suche nach einer Entwicklungsrichtung jenseits der zerstörerischen Tendenzen des realen Kapitalismus. Viele Menschen wünschen dringend ein starkes politisches Gegengewicht gegen die Verantwortlichen für Macht, Gewalt, Gift und Beton.

Wenn die PDS ihre Haltung als konsequente, linke Opposition ausprägen und verstärken will, dann muß sie ihr inhaltliches Profil schärfen. Dies wird besonders im Hinblick auf die Westlinken nötig sein. Ein großer Teil von ihnen wartet auf klare Signale. Viele Linke im Westen werden sich nur auf eine deutlich in Richtung Sozialismus orientierte Partei einlassen und nicht auf eine Variante, die wie die anderen lediglich das herrschende System zu reparieren versucht. Gebraucht wird eine Partei, die nicht nur die schlimmen Auswirkungen der profitorientierten Produktionsweise und ihre Durchsetzungs-

mechanismen kritisiert, sondern insbesondere für die Zukunftsfragen tragfähige Antworten entwickelt.

Grundorientierung in historischen Bezug stellen!

Bei der Profilierung als linke Opposition muß die Auseinandersetzung mit Ideologie und Wirklichkeit der DDR nach wie vor einen zentralen Stellenwert einnehmen. Es kommt darauf an, die richtigen Lehren aus dem Scheitern der DDR zu ziehen und zu erkennen, wo zukunftsweisende Ansätze lagen. Die PDS wird kein alternatives Zukunftsbild von der Gesellschaft zeichnen können, wenn sie versucht, die DDR zu vergessen, oder wenn sie denkt, daß eine glaubhafte Oppositionshaltung ausschließlich aus der pragmatischen Auseinandersetzung mit dem über sie gekommenen realen Kapitalismus zu gewinnen ist.

Daß die Gefahr besteht, das Kapitel DDR nach einigen wohlfeilen Formulierungen im Programm vorerst abzuhalten, zeigen nicht nur die mangelnde Auseinandersetzung mit den „Errungenissen“ des untergegangenen Staates wie Einheitsschule, Kita-Versorgung, Gesundheitswesen, Frauenrechte, „Vollbeschäftigung“ oder Bodenreform, sondern auch die gelegentlichen „rituellen“ Opferungen von ParteigenossInnen mit IM-Vergangenheit. Nur zu oft wurde eine genaue Erörterung der Vergangenheit anhand konkreter Biografien hintangestellt zugunsten opportunistischer Verbeugungen vor dem herrschenden Zeitgeist. „Das stehen wir nicht durch“, oder „die DDR war ohnehin nicht zu retten“, sind übliche Formeln für Nichtverhalten oder Anpassung. Es ist bezeichnend, daß sich einige PDS-Mitglieder das Wort Sozialismus wieder mühsam aneignen müssen.

Die PDS wird nur glaubwürdig agieren können, wenn sie ihre Inhalte und die Forderungen nach einer Politik von unten und der Förderung von emanzipatorischen Politikformen in starkem Maß als Ausdruck eines selbstkritischen Prozesses darzustellen in der Lage ist, der sich aus der Kritik am autoritären, menschenbeherrschenden und zentralistischen Herrschaftsstil des SED-Politbüros herleitet. Andernfalls klingen die Bekundungen (zumindest für Westohren) wie abgeschrieben oder angelernt.

Inhaltliche Offensive organisieren!

Um für den Wahlkampf 95 eine inhaltliche Zuspitzung und ein scharfes Profil zu bekommen, sollte der Berliner Landesverband auf allen thematischen Feldern eine kollektive Offensive einleiten, die in den nächsten Monaten die Intelligenz und Wissenschaftspotentiale der Berliner Mitgliedschaft mobilisiert und für die Erarbeitung eines Wahlprogramms bündelt. In mindestens 12 bis 16 der wichtigsten Politikbereiche müßten die vorhandenen AGs, IGs bzw. Plattformen — in verschiedenen Fällen auch neu zu gründende Arbeitszusammenhänge — die bisher erarbeiteten Positionen aufarbeiten, weiterentwickeln, Lösungs- und Projektvorschläge aufzeigen sowie die Ergebnisse in lesbare Kapitel für das Wahlprogramm 95 einschließlich griffiger Zuspitzungen

und Slogans umsetzen. Die vom Landesvorstand eingesetzte Arbeitsgruppe zur Erstellung der „Wahlauflagen“ muß den Vorgang begleiten und für synchrone Zeitableüfe sorgen.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche thematische Offensive eine hohe Einsatzbereitschaft verlangt und nur möglich ist, wenn auch entsprechende finanzielle Mittel für Einladungen, eventuell nötige zusätzliche Raummieter, die Veröffentlichung von Zwischenergebnissen u.a. bereitgestellt werden. Eine derart intensive Kampagne kostet möglicherweise die Herstellung eines Fernsehspots oder einige Personalplakate, könnte aber langfristig erheblichen Gewinn bringen. Ein wichtiger Effekt wäre, daß die Landesorganisation der PDS auch für die Zukunft ein Netzwerk thematisch orientierter Arbeitsgemeinschaften bekäme, das kontinuierlich die Arbeit der Fraktionen und Vorstände mit Ideen, Vorschlägen und programmatischen Ausarbeitungen unterstützen wird.

Die PDS muß im Westen ankommen!

Der Satz, wonach die PDS im Osten ihre Basis und im Westen ihre Chance besitzt, verlangt nach Verständlichkeit mittels einer überzeugenden praktischen Umsetzung. Ziel muß es sein, die Transformation der Ostpartei PDS auf den größeren und politisch dominanten Westteil von Berlin strukturell und inhaltlich zu organisieren und unumkehrbar zu machen. Dabei ist die beschriebene Schärfung des inhaltlichen Profils Voraussetzung für einen Erfolg im Westen. Wenn die PDS Wirkung erzielen will, muß sie die vielen abwartenden Linken in den westlichen Bezirken mit klaren Positionen, einer entschiedenen Haltung in bezug auf Zukunftsfragen sowie mit einem gedanklichen und visionären Anspruch überzeugen.

Eine inhaltliche Offensive wird schon in ihrem Verlauf Früchte zeigen und linke Kräfte einbeziehen. Nach den tiefgehenden Niederlagen und Enttäuschungen, die die Umbrüche der letzten Jahre bei Westlinken bewirkt haben, ist ein Neuanfang nicht mit hergebrachten Mitteln oder einer ins Unpolitische abgleitenden Verwaltungmentalität zu bewerkstelligen.

Aber auch mit Wahlkampfformen sollte die besondere Situation im Westteil der Stadt berücksichtigt werden. Dabei werden zusätzliche finanzielle Investitionen unumgänglich sein. Wer auf einer Sanddüne Mais anbauen möchte, wird andere Voraussetzungen erfüllen müssen als die lieben Nachbarn auf fruchtbaren Äckern.

Neben den gemeinsamen Wahlkampf-elementen (Wahlprogramm, Wahlzeitung, Hauptplakate, Logo) müssen die regionalen Besonderheiten Berücksichtigung finden. Es ist durchaus keine Schande, den besonderen Anteil, den beispielsweise die Kreuzberger zu ihrem Wahlergebnis beigesteuert haben, positiv zu würdigen und auch auf andere Westbezirke hochzurechnen. Auch die PDS wird den Aufbau von tragfähigen Organisationsformen in Westberlin nicht durch eine Form von „Ostexport“ erreichen. Die Grünen mußten nach den Wahlschlappen in den neuen Ländern einsehen, daß dies von West nach Ost ebenso wenig funktioniert.

Ob die PDS Berlin ihr Lernziel begriffen hat, wird das Wahlergebnis 1995 zei-



gen. 3 % in Westberlin und der Einzug in einige BVVs (Bezirksverordnetenversammlungen, Anm. d. Red.) sind der Maßstab.

Taktische Wahlziele nicht überbewerten!

Mit einem unverwechselbaren Profil und einer aktiven Mitgliedschaft kann die PDS jederzeit selbstbewußt gegenüber den politischen Konkurrenten agieren. Sie sollte auch die etablierten Parteien genau kennen, um gegebenenfalls auf Widersprüche in deren Reihen zu reagieren. Im Wahlkampf sollten wir uns nicht auf eine bestimmte Partei einschießen. Im Vordergrund muß der Kampf gegen die Große Koalition stehen. Die Regierungskombination schwarz/rot ist zu einem Synonym für Handlungsschwäche und Versagen geworden. Die Elefantenhochzeit hat keins der vielen Probleme der Stadt überzeugend gelöst, sondern stattdessen Resignation und Politikverdrossenheit verstärkt. Die Arroganz der Macht hat sich wie Mehltau über das gesellschaftliche Klima der Stadt gebreitet. Eine immer zentralistischer organisierte Politbürokratie versucht immer stärker, selbstbestimmtes Handeln an der Basis und eine lebendige Beteiligungsdemokratie zu ersticken. In Berlin herrscht Lethargie. Die Stadt ist provinziell, voller Widersprüche, ohne Identität und ohne glaubwürdige Zukunftserwartung.

Angesichts des krisenhaften Erscheinungsbildes der Stadt und des Desasters der Großen Koalition, bei der das Dilemma der SPD besonders ins Auge fällt, ist es fragwürdig, als PDS-Wahlziel einen „Senat ohne CDU“ anzustreben. Das impliziert geradezu eine A-priori-Unterstützung der SPD und ruft uferlose Pläne hervor, ob die PDS in irgendeiner Form einen entsprechenden Senat unterstützen sollte. Denkspiele dieser Art gehören natürlich zum politischen Alltag, aber nicht unbedingt in eine Wahlstrategie.

Hauptziel sollte sein, die PDS stark zu machen aufgrund ihrer Inhalte, Haltungen und Positionen. Dann wird sie bei jedem denkbaren Wahlergebnis vorbereitet sein, das Richtige zu tun. Sich in endlose Debatten über Tolerieren, Kopulieren, Kollabieren einzulassen, kostet Zeit und Kraft, die wir besser für die Verbesserung unserer Wahlauflagen nutzen sollten. Vorerst wird die PDS ohnehin nicht gefragt, außer jemand möchte uns einen Ring durch die Nase stecken. Es sollte für die PDS ausreichen festzustellen, daß für eine Partei mit Gewicht, die ein vielseitiges qualifiziertes Politikangebot besitzt, jede Form von politischem Handeln erlaubt ist, wenn sie dadurch die eigenen Ziele ein Stück voranbringt und die Zukunftserwartungen dabei nicht verrät.

Kreuzberg, den 28.11.94
Dirk Schneider ist Mitglied des Landesvorstandes der PDS Berlin.

Die Gleichbehandlung in der Gesundheitsversorgung soll weg

Susanne Lambrecht über den Stand der Vorbereitungen für die Einführung einer „Grundsicherung“ im Gesundheitswesen

Vortrag, gehalten auf der Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Hamburg, inzwischen Arbeitsgemeinschaft Gesundheitspolitik der PDS Hamburg, am 26. November 1994.

Die gegenwärtige gesetzliche Krankenversicherung ist der einzige Zweig des Sozialversicherungssystems, das Gleichbehandlung der Versicherten bei ungleichem Beitrag gewährt. Bei der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung ist gesetzlich die prozentuale Höhe der Abzüge vom Lohn festgelegt. Bei der Bezeichnung der Rentenhöhe bzw. der Höhe des Arbeitslosengeldes wird aber der konkrete Betrag berücksichtigt, der je nach Lohnhöhe ja sehr verschieden ist, und es gibt noch nicht einmal eine Mindestversorgung im Versicherungsfall. Bei der Krankenversicherung hingegen sind die Beiträge je nach Lohnhöhe verschieden, aber die Behandlung ist für alle die gleiche. Der Abteilungsleiter und der Facharbeiter erhalten die gleiche Narkose wie ein Sozialhilfeempfänger, die gleichen Medikamente, dasselbe Röntgengerät usw.

Diese Gleichbehandlung ist ein wichtiger Grund für die Schwierigkeiten der Reaktion, die Kosten im Gesundheitswesen zu senken. Die bessergestellten Leute sind nämlich von der Verschlechterung der Gesundheitsversorgung ebenfalls betroffen und beteiligen sich am Widerstand dagegen. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß aus diesen Kreisen Wünsche nach medizinischer Sonderbehandlung kämen. Sie schließen höchstens eine Zusatzversicherung für ein Einzelzimmer im Krankenhaus ab.

Es sieht eher so aus, daß es trotz zunehmender Differenzierung eine festgefügte Meinung in der Gesellschaft gibt, bei den Kranken das Beste zu geben und keinesfalls nach dem Geldbeutel zu fragen. Diese Ansicht ist auch unter den Beschäftigten im Gesundheitswesen fest verankert. In den Krankenhäusern wachen sie streng, daß im wesentlichen Gleichbehandlung stattfindet.

Die Konzerne rütteln schon länger an dieser gesellschaftlichen Übereinkunft. Von der Bosch-Stiftung wurde bekanntlich 1987 festgestellt, daß mit den Kostendämpfungsgesetzen im Gesundheitswesen bestenfalls eine Verlangsamung des Anstiegs bei den Beitragsraten erreicht werden kann, aber keine strategische Änderung. Um das zu erreichen, müsse die gesetzliche Krankenversicherung auf eine Grundsicherung zurückgestutzt und alles weitere der freien Gestaltung der Individuen überlassen werden, was eine Entkoppelung der Versicherungsbeiträge von den Löhnen zur Folge habe, so daß die Kapitalisten sich gleich insgesamt von dem Problem zurückziehen könnten. Die Umsetzung dieser „Idee“ wird nun vom Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen ausgebrütet. Erste Vorarbeiten liegen im „Sachstandsbericht“ vor, weitere Ausarbeitungen sollten im November dieses Jahres veröffentlicht werden, verzögern sich aber bis April 1996.

Ein Ziel: Lohnkosten senken

Es geht den Konzernen einerseits um die Lohnnebenkosten. Insgesamt betragen die gesetzlichen Lohnnebenkosten im Jahr 1992 37,2%, 8,3% für die gesetzliche Krankenversicherung.

Jede Lohnerhöhung erhöht automatisch die Lohnnebenkosten. Sind die

Krankenversicherungsbeiträge durch Reduktion auf eine Grundsicherung niedrig, sind die Lohnnebenkosten automatisch niedriger. Das reicht ihnen nicht. Sie wollen gar nichts mehr damit zu tun haben. An den tariflichen und vor allem betrieblichen Lohnnebenkosten drehen die Konzerne in den letzten Jahren bereits erheblich, verrechnen sie z.B. mit Tariflohnnerhöhungen. Die Kürzung bzw. völlige Streichung der gesetzlichen Lohnnebenkosten wird über die Auseinandersetzung um die gesetzliche Krankenversicherung eingeleitet. Dann müßte in Lohnkämpfen darum gestritten werden, daß die Lohnabhängigen ihre Beiträge zahlen können, was unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit schwierig ist. Die Kapitalisten können den Druck nach unten erheblich verstärken und eine Sorte von Lohnarbeitern sich halten, die wie die Saisonarbeiter aus dem Ausland ohne Bezahlung von Urlaub und sozialer Sicherung gerade so viel verdienen, daß sie nicht gleich verhungern.

Pharmamarkt für Konzerne

Zum anderen wollen die Pharmakonzerne die Einschränkung ihres Marktes durch die Gleichbehandlung aller Patienten endlich aufheben. Die fünf größten Pharmaunternehmen hatten vor dem Gesundheitsstrukturgesetz 14% des Umsatzes von Medikamenten, die auf Kassenrezepten verordnet wurden. Sie hatten dem Gesundheitsminister mitgeteilt, daß sie 80% des Marktes beanspruchen und gesetzliche Maßnahmen erwarten. Zu diesen Maßnahmen gehörte z.B. der 2,5%-Preisabschlag auf alle Medikamente, der angeblich schmerzliche Beitrag der Pharmaindustrie zu den Sparmaßnahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes. In Wirklichkeit sind darüber praktisch alle Arzneimittelbetriebe der ehemaligen DDR und etliche kleinere in den alten Bundesländern über die Klinge gesprungen.

Sodann hat das Bundesgesundheitsamt neue Verfügungen erlassen — z.T. lief und läuft das über EU-Normen, die von eben den fünf führenden Pharmaunternehmen in dortigen Ausschüssen festgelegt werden — über die Produktion und Lagerung von Medikamenten. Das erzwang Investitionen in Millionenhöhe bei kleinen Betrieben, auch wenn denen nachweislich 40 Jahre lang keinerlei Verunreinigung von Medikamenten unterlaufen war. Die Firma Walla z.B. konnte nur gestützt auf Leute, die als Ärzte und Patienten auf deren Produkte nicht verzichten wollen, ihre Produktion aufrechterhalten.

Über die Zuzahlungsregelungen werden weitere Betriebe in den Ruin getrieben. Medikamente der großen Pharmaunternehmen, da angeblich auf dem neuesten Stand der Wissenschaft und daher am wirkungsvollsten, sollen in Zukunft zuzahlungsfrei sein, für jene aus mittelständischen Betrieben sollen die Patienten zuzahlen oder vollständig selber zahlen müssen.

Die neuen EU-Richtlinien für sog. klinische Prüfung von Medikamenten sind so gestaltet, daß nur noch große Konzerne diese durchführen können. Das Bundesgesundheitsamt braucht bloß solche Prüfungen auch für alte bewährte Me-

dikamente verlangen, und diese verschwinden vom Markt. Das geschieht gegenwärtig mit immer mehr homöopathischen Medikamenten, welchen die Reaktion einerseits jegliche Wirkung abspricht, andererseits sie für so gefährlich hält, daß sie ihnen bei „mangelnder klinischer Prüfung“ die Zulassung entzieht. Mit solchen gesetzlichen Gewaltmaßnahmen wollen die großen Pharmakonzerne den Arzneimittelmarkt erobern und alternative Produkte völlig vom Markt verdrängen.

Es geht dabei um viel mehr als nur um den Markt der Verordnungen auf Krankenschein. Ist erst einmal die Gleichbehandlung abgestellt, kann die Konkurrenzschlacht richtig eröffnet werden. Bisher gilt Werbeverbot für alle Sach- und Dienstleistungen, die Kassenleistung sind. Die Ansprüche an die gesetzlichen Krankenkassen dürfen nicht geschürt werden, sonst steigen Beiträge und Lohnnebenkosten. Ist dies entkoppelt, kann es losgehen. Die bessergestellten Leute legen soviel Wert auf ihre Gesundheit, und ihr Geld soll in die Kassen der Konzerne. Im Vergleich mit den USA sind in der BRD die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit nur halb so hoch.

„Ungerechtigkeit“ beseitigen

Scheinheilig bringt der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen Argumente gegen die gesetzliche Krankenversicherung vor. Es gäbe Ungerechtigkeiten, die beseitigt werden müßten. So würde ein Abteilungsleiter möglicherweise für sich, seine Frau und seine Kinder weniger Beitrag zahlen als ein Facharbeiter und seine berufstätige Ehefrau. Dann würde ein Rechtsanwalt seine Ehefrau zum Schein bei sich beschäftigen, damit sie mit niedrigem Beitrag in den Genuss des gesetzlichen Krankenversicherungsschutzes komme. Usw.

Eher vorsichtig weisen die Sachverständigen auf die Auswirkung der Differenzierung in den Lebensverhältnissen auf die Vorstellungen von Gesundheit hin. Es könnte dabei eher aufkommen, daß es sich um erlittene Auswirkungen auf den Gesundheitszustand handelt. Mit der Diskussion um gesunden Lebenswandel, um eigene Vorbeugung und Selbstverschuldung werden sie noch aufwarten.

Ethische Prinzipien sollen beseitigt werden

Unter dem Gesichtspunkt Kostensenkung sind Leistungsbegrenzungen und -ausschlüsse bereits festgelegt worden:

- Einschränkung der Verwendung von Edelmetallen bei Zahnersatz,
- Ausschluß großer Brücken und bestimmter Verbindungselemente durch das Gesundheitsstrukturgesetz,
- Zuzahlungsregelungen beim Zahnersatz,
- Ausschluß von Medikamenten gegen Erkältungskrankheiten, Reisekrankheiten, sog. geringfügige Gesundheitsstörungen,
- Ausschluß von sog. unwirtschaftlichen Arzneimitteln,

- Ausschluß von Hilfsmitteln von geringem oder umstrittenem therapeutischen Nutzen oder geringem Abgabepreis,
- Festsetzung von Festbeträgen für Arznei-, Verbands- und Hilfsmittel und Zuzahlungen,
- Absenkung des Sterbegeldes und seine Beschränkung auf die am 1.1.1989 Versicherten usw.

Mit diesen Maßnahmen ist der Behauptung von der „Begrenzung der für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehenden Mitteln“ starke Geltung verschafft worden, was keineswegs selbstverständlich ist. Bei Meinungsumfragen erklären die meisten Menschen jedenfalls, Gesundheit und Wohnung seien das Wichtigste, und daraus könnte geschlossen werden, daß dafür auf jeden Fall die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Die Begrenzung der Mittel für die Gesundheitsversorgung ist nicht ein objektiver Sachzwang, sondern eine willkürliche Setzung von Prioritäten, wofür die Konzerne ihre Gründe haben. Daß die bisherigen Kostensenkungsmaßnahmen im Gesundheitswesen durchgesetzt werden konnten, bedeutet nicht Zustimmung für Konzerne, sondern liegt an weitverbreiterter Kritik an der offiziellen Gesundheitsversorgung, daran, daß die Ausgaben nicht oder nicht mehr im einsehbaren Verhältnis zum Erfolg stehen. Gerade bei der Behandlung von Krankheiten gilt ja keineswegs „mehr hilft mehr“, sondern zur Wahrung der Integrität des kranken Menschen muß ihm mit den geringst möglichen Mitteln optimal geholfen werden. Die Patienten stellen die Qualität des derzeitigen Gesundheitsbetriebes in Frage, während die Konzerne die Auseinandersetzung auf die Frage der Quantität beschränken wollen.

Für welche Leistungen soll die gesetzliche Krankenversicherung nicht mehr aufkommen?

„Dabei wird es sich um Leistungen handeln, die nicht lebensbedrohend und nicht dringlich sowie weitgehend voraussehbar sind und bei der Einkommensverwendung in Konkurrenz mit anderen, ‚normalen‘ Konsumgütern stehen; eine Übernahme derartiger Leistungen durch die GKV würde dann nur subsidiär, d.h. bei unzureichendem Einkommen erfolgen ...“ (Sachstandsbericht).

Zu weiteren Bestimmungen sind sie nicht gekommen und verweisen auf andere Länder, z.B. die Niederlande, wo die Vorbereitung für eine Grundsicherung schon weiter gediehen ist:

- Die in die Grundversorgung zu übernehmenden Leistungen sollten notwendig, wirksam und wirtschaftlich sein und nicht der Eigenverantwortung überlassen bleiben.
- Die Entscheidung über die „Notwendigkeit“ ist dabei das Problem. Die niederländische Kommission will sich auf die Unterscheidung zwischen drei Definitionen von Gesundheit beziehen:

- „a) Nach der gemeinschaftsorientierten Definition dient Gesundheit dem Ziel, daß alle Personen als Mitglieder der Gemeinschaft ‚normal funktionieren‘ können.
- b) Nach der medizinischen Definition

stehen die biologischen Funktionen des Organismus im Mittelpunkt.

c) Nach der individuumsbefugten Definition dient Gesundheit vor allem der Ermöglichung von individueller Selbstbestimmung und Autonomie.

Es wird vorgeschlagen, der gemeinschaftsorientierten Definition die höchste und der individuellen Definition die geringste Priorität zuzuordnen ... (Sachstandsbericht)

Danach würden z.B. nicht zur Grundversorgung zählen: die künstliche Befruchtung, homöopathische und anthroposophische Arzneimittel, konservierend-chirurgische Zahnbehandlung einschließlich Zahnersatz für Erwachsene, Kosten für die Betreuung durch Pflegekräfte (soll nur für Bedürftige bezahlt werden), länger dauernde psychotherapeutische Behandlungen, physiotherapeutische Behandlungen sollen auf sechs Anwendungen beschränkt werden, und für Arzneimittel der Grundversorgung soll eine Liste erstellt werden.

Im US-Bundesstaat Oregon wird folgende Fragestellung seit 1987 bearbeitet: „Wenn nicht mehr für jeden Versicherten jede sinnvolle präventive, kutive oder rehabilitative Leistung bezahlt werden kann, wie läßt sich entscheiden, wer welche Leistungen erhalten soll?“

Die Einführung der Rationierung in Oregon war damit verbunden, daß alle Armen in die öffentliche Gesundheitsversorgung übernommen wurden, was bis dahin nicht der Fall war. Der Sachverständigenrat weist nun darauf hin, daß eine derartige Rationierung in der BRD keinerlei positiven „Aspekt“ liefern könne. „Die Problematik wird besonders deutlich bei Berücksichtigung zentraler ethischer Prinzipien der medizinischen Versorgung in Deutschland wie z.B. „Der Arzt ist nur dem Wohle seines Patienten verpflichtet“, oder „Gesunde und Kranke, Besser- und Schlechterverdienende bilden eine Solidargemeinschaft“. Die in Oregon diskutierten Rationierungen lassen sich mit diesen Prinzipien nur schwer vereinbaren ... Es zeigt sich, daß die Frage, was zu einer Grundversorgung gehört, eindeutig werturteilsbezogen ist und es auf die Gewichtung einzelner Kriterien an-

kommt. Dies gilt auch für den Versuch, rationale Verfahren zur Bestimmung eines Grundversorgungskatalogs zu finden.“ (Sachstandsbericht). (...)

Die Pläne liegen vor, und Seehofer wartet nur noch auf einen günstigen Zeitpunkt für die Sitzung der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen.

Solidarität und Selbständigkeit sind kein Gegensatz. Sie müssen erkämpft werden.

Die Kritik der Versicherten am derzeitigen Gesundheitsbetrieb, die auf grundsätzliche Änderung und u.a. auch auf mehr Selbständigkeit und Anerkennung der Patienten als Individuen zielt, nützt die Reaktion derzeit, um brutale Beschränkungen der Gesundheitsversorgung bis zur Grundsicherung durchzusetzen. Hinterher wird sie jede Selbständigkeit in dieser Gesundheitsbewegung im Interesse der Konzerne brutal unterdrücken mit dem Argument „Schutz vor Scharlatanerie“ und „Schutz vor Selbstschädigung“.

In einer Sendung im ZDF wurde ein derartiges Beispiel bekanntgemacht: Die Asthma-Patienten brauchen alle ihre Püster zum Inhalieren. Die Inhalationsvorrichtung ist denkbar schlecht. Selbst ganz geschickte Patienten haben große Schwierigkeiten, mit dem Einatmen genug von dem zerstäubten Medikament in die Bronchien zu transportieren, wo es nur wirkt. Wenn es auf der Rachenschleimhaut hängenbleibt, nützt es wenig für die Erweiterung der verengten Bronchien, macht aber trotzdem die sehr unangenehmen Nebenwirkungen wie z.B. Herzrasen. Ein Ingenieur, selbst Astmatiker, hat nun eine Vorrichtung entwickelt, die mit erheblich verbesselter Strömungsleitung des Medikamenten-Luft-Gemisches dafür geeignet ist, das Medikament tatsächlich in die Bronchien einzutragen. Damit ist der Medikamentenverbrauch auf die Hälfte zu senken bei gleicher positiver Wirkung und Einschränkung der Nebenwirkungen. Milliardenumsätze großer Konzerne stehen auf dem Spiel. Sämtliche Genehmigungsbehörden stellten sich gegen die Zulassung. (...)

Da gibt es viele Kommissionen, die

Die ÖTV zu „Gesundheitswesen 2000“

Als Mitglied der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen äußert die ÖTV:

„... Die Vorschläge des Sachverständigenrates gefährden den solidarischen Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung und die Bedarfsgerechtigkeit der Leistungen. Mit dem Schlagwort von einer verstärkten Eigenverantwortlichkeit sollen radikale Änderungen des Systems begründet werden ... Es empfiehlt sich, bei allen Veränderungen immer als erstes zu prüfen, wie die Maßnahmen auf das untere Drittel der Gesellschaft und auf die Alten und chronisch kranken Menschen wirken ...“

Die Optionsmodelle des SVR, die Grund- und Regelleistungen vorsehen, weisen darauf hin, daß sich der Arbeitgeberanteil am Beitrag für die gesetzliche Krankenversicherung nur noch für die Finanzierung des Kernbereiches der Leistungen legitimieren läßt. Die Überlegungen zu einer Erweiterung der Beitragsberechnung auf alle Einkünfte führt den SVR dann auch zu der Infragestellung des Arbeitgeberbeitrages zur GKV ...

Alle Modelle des SVR hätten die Durchsetzung des Ausschußprinzips durch den Preis zur Folge und wären ein katastrophaler Bruch in der Sozialversicherung ...“

Wahltarife in jeder Form sind zur Neugestaltung des Gesundheitswesens ungeeignet, da durch ihre Einführung der Solidarauftrag der GKV aufgehoben wird. Dies gilt auch für einen reduzierten Beitrag bei Verzicht auf die freie Arztwahl. Die Leistungen der Krankenkassen für ihre Versicherten sind durch mehrere Kostendämpfungsgesetze und zuletzt durch das GSG Schritt für Schritt reduziert worden. Die Leistungseinschränkungen korrespondieren mit der Einführung immer neuer Zuzahlungen. Mit dem ständigen Herunterdefinieren der ausreichenden Leistungen muß Schluss sein! ...“

Es gibt keinen Wettbewerb um Versicherte und Patienten schlechthin, sondern immer einen Wettbewerb um erwünschte Versicherte und Patienten, abhängig von ihrer Rentabilität. Die Gewerkschaft ÖTV lehnt darum grundsätzlich einen Wettbewerb im Gesundheitswesen ab ...“

Nur bei einer Auflösung der Monopolstellung der gewinnwirtschaftlichen Leistungserbringer könnte die Verpflichtung der Kassen zum einheitlichen und gemeinsamen Handeln (aber nur dann!) problematisiert werden ... Damit der Wettbewerb, der ja grundsätzlich sozial blind ist, den sozialpolitischen Auftrag berücksichtigt, ist der

Urabstimmung im BWK-Landesverband NRW

Am 16.12.1994 fand in Essen eine Landesversammlung des BWK-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen statt. Die 10 anwesenden Mitglieder des BWK sprachen sich einstimmig bei einer Enthaltung für die Fortführung der Tätigkeit des Landesverbandes des BWK in der Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS NRW aus und beschlossen, darüber eine Urabstimmung durchzuführen.

Die Unterlagen für diese Urabstimmung werden spätestens bis zum 6.1.1995 an alle Mitglieder verschickt. Die ausgefüllten Stimmzettel müssen bis zum 13.2.1995, 18 Uhr, bei der vom Bundesvorstand des BWK beauftragten Rechtsanwältin eingegangen sein. Wer bis zum 13. Januar 1995 keine Unterlagen erhalten hat oder Fragen zur Durchführung der Urabstimmung hat, kann sich an den Bundesvorstand des BWK wenden (Anschrift: Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Telefon 0221 /

216442). Der Text der Urabstimmung lautet:

1. Die Mitgliedschaft im bisherigen Landesverband NRW des BWK geht über auf die Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS NRW. Das Vermögen des Landesverbandes des BWK wird auf die Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS NRW übertragen.
2. Damit löst sich der Landesverband NRW des BWK auf.

Ich stimme mit Ja/Nein/Enthaltung.“

Die Auszählung der Stimmen findet am 15. Februar um 19 Uhr im Büro des BWK-Bundesvorstandes statt. Sie ist für Mitglieder des BWK in Nordrhein-Westfalen öffentlich.

Hiermit ist die Urabstimmung ausgeschrieben.
— (BWK-Bundesvorstand)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzähliglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30% Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:
Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin,
Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658,

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 034204 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 621532.

Neu im GNN - Verlag: „Käte Niederkirchner“

Ein Vorwort aus gegebenem Anlaß

Von Eberhard Panitz

„Wenn ein neues Regime ans Ruder kommt, so vernichtet es gewöhnlich alle Spuren der Vorgänger, soweit es ihm möglich ist. So ist es bisher immer in der Weltgeschichte gewesen. Die deutsche Republik aber hat ein böses Gewissen ...“
(Kurt Tucholsky, „Deutschland, Deutschland über alles“)

Wie so vieles aus unserer Vergangenheit soll auch die Erinnerung an Käte Niederkirchner aus dem Gedächtnis getilgt werden. Es gab in der DDR zahlreiche Jugend- und Frauengruppen, Brigaden, Kinderheime, Jugendherbergen und Schulen dieses Namens. Die meisten Gruppen, Heime und Arbeitskollektive sind gleich mit dem Namen verschwunden, dazu ganze Betriebe, Lehr- und Werkstätten sowie Genossenschaften samt ihrem Grund und Boden, als neuerdings ein nicht weit hergeholt Regime mit seinen alten Rechten hier wieder ans Ruder kam.

Jedenfalls gabs und gibts für Namen wie Niederkirchner keinen Pardon. Der Name muß weg, vor allem aus der Mitte Berlins und ganz dringlich vom Straßenschild direkt vor dem Abgeordnetenhaus. Denn die Spuren der Vorgänger haben da nichts zu suchen, wenigstens nicht diese. Man erhebt Anspruch auf ein neues Straßenschild und eine neue Adresse: „Preußischer Landtag“, zwar nicht taufrisch, aber eben eine andersartige Altlast. Es liegt ja ziemlich unbewältigt 50 Jahre zurück, daß der Vorgänger Preußen mit dem Nazi-regime unter den Trümmern eines von ihm ausgehenden Weltbrandes und Millionenmordens unterging, durch Gesetz des Alliierten Kontrollrates 1947 für alle Zeiten abgeschafft. Für alle?

Die biographische Erzählung über Käte Niederkirchner habe ich vor vierzig Jahren geschrieben. Ihre Schwester Mia hat mir damals berichtet, Abend für Abend über Frühling, Sommer, Herbst und Winter, was sie aus gemeinsamer Kindheit, Jugend und von der Flucht der Familie aus Deutschland und der schwierigen, jedoch entscheidenden Lehrzeit in der Sowjetunion wußte. Eine ganze Epoche des Kampfes deutscher Kommunisten und Antifaschisten wurde lebendig, für mich wars eine zweite Universität. Ich war ja noch ein Schulkind in Hitlerdeutschland, als sich die beiden Schwestern in der Sowjetunion, fernab von Moskau, verabschiedeten und Käte dann als Fallschirmspringerin, illegale Kämpferin, Kundschafterin ihren Weg in die Kälte und den Tod ging. Ein paar Tagebüchlein lagen außerdem vor, Konzepte von Ansprachen, die sie in Kriegsgefangenenlagern und in Moskau über den dortigen Sender an ihre Landsleute gerichtet hatte – und die letzten Briefe, Kassiber, aus der Ravensbrücker Todeszelle geschmuggelt, Tage und Stunden vor ihrer Ermordung in der Nacht vom 27. zum 28. September 1944, mit den letzten Worten: „Ich hätte so gern die neue Zeit erlebt. Es ist so schwer, kurz vorher gehen zu müssen ...“

Fünfzig Jahre nach ihrem Tod, vierzig Jahre, nachdem ich von diesem schicksalhaften Leben erfahren und dieses, mein erstes Buch geschrieben habe, fällt es schwer, von einer „neuen Zeit“ zu sprechen, gar von einer, die eine Frau wie Käte Niederkirchner so gern erlebt hätte. Fest steht, die jetzige Zeit hat mit

ihr und ihrem Vermächtnis nichts im Sinn. Im Gegenteil: Nach Verhör, Folter und klammheimlicher Tötung nächstens im KZ erfolgt nun heute lauthals nochmals die Abstrafung und Verurteilung in aller Öffentlichkeit. Die Geschichtsverdrehungen sind dabei noch das Geringste, so neu ist ja, wie gesagt, die Zeit nicht, man erwartet von ihr nichts anderes mehr. Doch daß den Damen und Herren jede Scham und Würde abgeht, sobald sie in Eifer geraten und der Grundtorheit der Epoche, dem Antikommunismus frönen, das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus.

Als Anfang des Jahres 1993 die Berliner Abgeordneten zum Umzug in den wiedererrichteten Bau des alten Preußischen Landtages in der Niederkirchnerstraße rüsteten, da gings so richtig los. Führend in der Posse fanatischer Parteipolitiker beim Abwickeln der bisherigen Adresse tat sich die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Frau Dr. Hanna-Renate Laurien, höchstselbst hervor. Am 21. Januar 1993 nahm sie vor den hauptstädtischen Parlamentariern das Wort und erklärte „sehr persönlich“, wie sie ausdrücklich beteuerte: „Am Ort unseres Parlaments, in der Nachbarschaft der Topographie des Terrors, geht es nicht darum, erneut eine unter den Fraktionen wohl unstrittige Bejahung des Widerstreits gegen das Nazi-Regime auszusprechen. Hier geht es darum, nach Grundsätzen unseres Parlamentarismus zu verfahren. Da sind diejenigen, die ein kommunistisches Regime mit Nachdruck vertraten, nicht diejenigen, auf denen unser Parlament aufbauen kann. „Preußischer Landtag“ – so allen Ernstes ihre Namensweihe – „sollte in uns das Preußen in Erinnerung bringen, dem wir unseren Bestand letztendlich danken.“ In diesem Sinne sei das Haus, in das man ziehen werde, „ein Bollwerk gegen den Nationalsozialismus und ein Bollwerk gegen die Räterepublik.“ Und sie gab gleich noch einen Hieb jedem, dem solche Bollwerke und Preußens Glanz und Horror nicht jeglichen anderen Gedanken und anderes Gedenken austrieben: „Ich finde, daß der Name Niederkirchnerstraße für die Visitenkarte eines Parlaments ungeeignet ist, das sein Bestehen ja auch der freiheitlichen Absage nicht weniger Mitglieder des Hauses aus den Bezirken von Pankow bis Marzahn und Hohenschönhausen gegen eine Staatsform zu danken hat, die Käte Niederkirchner wollte.“

Was wollte Käte Niederkirchner, als sie durch die Hölle ging und wenn sie durchgekommen wäre? Hätte sie dem „Unrechtsregime“ – welchem? – vielleicht doch eine Absage erteilt? In solchen abenteuerlichen Mutmaßungen und Spekulationen erging sich das „Hohe Haus“, bis hin zu Vergleichen mit wunderbaren Wandlungen einstiger Kommunisten wie Wehner und Havemann. Gnädigst von oben herab, man könnte es auch zynisch nennen, räumte ein Sozialdemokrat schließlich ein,



Käte Niederkirchner hingegen hätte ja keine Chance der Besinnung gehabt: „Diesen Beweis hat Käte Niederkirchner wegen ihrer Ermordung nie antreten können.“

Eines dürfte jedoch zweifelsfrei sein, daß angesichts des faschistischen Spuks und Völkermordens, dem sie sich mit ihrer mutigen Tat wie Tausende andere Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden und Christen entgegenstellte, keinen Berliner Parlamentarismus des Jahres 1993 wollte, der in Bravorufe ausbrach, als ihre Verhaftung und Drangsaliierung durch die Nazis geschildert wurde. Bei der Nennung der Organisationen, in denen sie in den Jahren des Kampfes gegen die drohende faschistische Diktatur gewirkt hatte, gebärdeten sich CDU- und FDP-Abgeordnete derart tumultarisch, als müßten sie nochmals den Kommunismus samt aller unauslöslichen Taten und Tatsachen zur Strecke bringen. „Pfui“-Gebrüll ist im amtlichen Protokoll registriert, als Katjas Mitgliedschaft im Kommunistischen Jugendverband und in der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Sprache kam, Unruhe und Beifall bei der Erwähnung von ihrer Verhaftung nach einem Streik und der Flucht vor den Nazis in die Sowjetunion.

Obwohl sich die Mehrheit der Abgeordneten (106 gegen 96 und 4 Enthaltungen) bei der Abstimmung für den Erhalt des Namens Niederkirchner und dieser würdigen Adresse für das Berliner Parlament aussprachen, verfügten CDU und FDP dennoch als ihre Fraktionsanschrift: „Preußischer Landtag“. Die Präsidentin, Frau Dr. Laurien, hingegen annoncierte ihren Amtssitz trotzig ohne jeden Straßennamen nur mit der Postleitzahl, während für die Fraktionen der SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne gemäß Mehrheitsentscheidung ihre

Adresse die Niederkirchnerstraße ist. Somit hat also gegenwärtig das Berliner Abgeordnetenhaus kurioserweise, je nach Gesinnung und Geschichtssinn, drei verschiedene Adressen. Also doch eine Posse? Oder schlechtes Gewissen?

Nein, das wütende Treiben geht weiter, die Hatz auf Kommunisten und Antifaschisten, so sie im Osten von Straßenschildern noch nicht verschwunden sind – und überhaupt. Nicht einmal die lauter werdenden Mahnungen zu etwas mehr Toleranz und ein Mindestmaß historischen Denkens, Proteste der Anwohner, Einwände und Gegenbeschlüsse der betreffenden Stadtbezirke geben dem Einhalt. Es wurde extra eine „Unabhängige Kommission zur Umbenennung von Straßen“ durch den Senat berufen, sämtlich Westler, vier Professoren, zwei Damen mit Doktortitel, ein Herr vom Bischöflichen Ordinariat, die nun gleich die Namen von elf Straßen und Plätzen auf die Austilgungsliste setzen: Bersarinplatz, Clara-Zetkin-Straße, Marx-Engels-Platz, Wilhelm-Pieck-Straße, Dimitroffstraße, Hans-Beimler-Straße, Kapelleufer, Karl-Liebknecht-Straße, Karl-Marx-Allee, Mollstraße und – abermals prompt gegen das unwiderrufene Mehrheitsvotum des Abgeordnetenhauses – die Niederkirchnerstraße. Ungeheuer „unabhängig“ hört sich gerade dafür die Begründung der Kommissionäre an: Man verweise auf die „Überrepräsentanz des kommunistischen Widerstands in den Straßennamen aus DDR-Zeiten“, deshalb die Umbenennung gemäß der präsidialen „Laurien-Vorgabe: „Am Preußischen Landtag.“ Denn: „Dieser Name erinnert an Preußen und an die Tradition des Parlamentarismus in diesem einstigen deutschen Staat.“ Und: „Was die Zeit vor 1918 angeht, erinnert der Name „Am Preußischen Landtag“ an

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung: Käte Niederkirchner ...

jene Epoche, in der Preußen zwar ein demokratischer Staat, aber gleichzeitig ein Rechtsstaat war.“ Immerhin eine deutlich-deutsche Bestimmung der Tradition, weitgehend rechts.

An solchen „Rechts“-Ansprüchen prallt alles ab, auch der Einspruch der Naziopfer und der Angehörigen der Toten. So wandte sich der Bund der Antifaschisten Köpenicks in einem Brief an Frau Laurien: „Unsere Mitglieder haben zumeist die Schrecken des Nazi-Regimes selbst erlebt und erlitten und wollen ihre Kraft für ein antifaschistisches Berlin einsetzen. Bitte, Frau Präsidentin, respektieren Sie den Willen des Volkes! Wahren Sie dieses öffentliche Bekenntnis für Menschenwürde und für die Vorkämpfer dieses hohen Gutes!“ Die Präsidentin erwiederte darauf, sie könne dieser Argumentation „nicht zustimmen“, und statt „neuerlicher Ausführungen über Käte Niederkirchner“ sandte sie einen Abdruck ihrer sattsam bekannten „Bollwerk“-Rede. Und nicht einmal die Nichte der Ermordeten, die Kinderärztin und einstige Vizepräsidentin der letzten DDR-Volkskammer, Dr. Käte Niederkirchner, fand mit ihrem eindringlichen Appell Gehör. „Bitte wägen Sie ab“, schrieb sie, „im internationalen Ansehen von Berlin als Stadt, von der zwei Weltkriege ausgingen und die nur noch Frieden mit allen Völkern sowie mit ihren eigenen Bürgern schließen sollte, ob Sie einer toten Widerstandskämpferin, die für ein friedliches und demokratisches Deutschland ihr Leben lassen mußte, die Würdigung entziehen.“

Die Antwort, die darauf eine neuerliche Debatte im Abgeordnetenhaus am 28. November 1993 gab, wo nun zusätzlich die Namen Beimler, Dimitroff, Marx, Pieck, Zetkin und anderer Antifaschisten und Kommunisten zur Disposition standen, strotzte nur so von Verunglimpfungen und Haßtiraden. Ein CDU-Redner namens Tepfer gab diesen wütenden Ungeist auch in einer völlig adäquaten Rabaukensprache allen renitenten Ost-Abgeordneten und Ostbewohnern kund: „Sie haben überhaupt noch nicht zur Kenntnis genommen, daß 1989 etwas stattgefunden hat, das Gott sei Dank restlos, gründlich und intensiv war. Wir werden es einfach nicht zulassen, daß dieser alte Mief, der von Ihren Straßennamen ausgeht, weiter in Berlin stinkt.“ Dazu vermerkt das Protokoll: „Beifall bei der CDU und FDP“ und kurz darauf folgende Empfehlung desselben CDU-Tepfers, nun BILD-freudlich: Eine Straße „nach Axel Cäsar Springer“ umzubenennen, denn „Axel Cäsar Springer ist würdig ...“

Als ich das Buch über Käte Niederkirchner schrieb, war die heutige Kinderärztin gleichen Namens, Mias Tochter, zehn oder elf Jahre alt, und ich erfuhr damals, daß beim Abschied der Schwestern, kurz vor dem Fallschirmsprung, von diesem Kind, das Mia in jenen Tagen erwartete, die Rede war. Wenn es ein Mädchen würde, so versicherte sie ihrer Schwester, solle es Käte heißen. „Eine junge Berlinerin erfüllt das Vermächtnis“, schrieb dann im Jahre 1970 die Berliner Zeitung und berichtete von einem Lebenslauf in unserer Mitte, der — außer der in unserem Lande hochgeehrten Namenspatin — nicht sonderlich ungewöhnlich war: Schulzeit, Studium, FDJ-Funktionen, Parteizugehörigkeit, Arztdiplom und Doktor-dissertation. Das Wiedersehen Ende 1989, Anfang 1990 via Television war schon erstaunlicher: Dr. Käte Niederkirchner im Präsidium des allzu spät um DDR-Selbstbewußtsein gegen die lähmende Krise ringenden Palast-des-Volkes-Parlaments. Dann aus dem Parlamentssitz und vom Bildschirm ver-

jagt — Asbestgift, Beitritt, Abwicklung.

Aus dem nicht endenden Streit der Meinungen um Käte Niederkirchner hält sich aber die leibhaftige Trägerin dieses Namens bis heute nicht heraus. Auch sie war Diskriminierungen ausgesetzt, einstige Freunde und Kollegen schnitten sie. Zu DDR-Zeiten sei sie als Nichte der „Fallschirmagentin“ und „Heldin des antifaschistischen Widerstands“ hofiert worden, schrieb die Morgenpost geflissentlich zur laufenden Kampagne, doch auf eine „weitere Politkarriere“ habe sie „verzichtet“, deshalb gelte sie nur als „relativ belastet“. Die Tatsache war ja nicht zu leugnen, daß sie seit eh und je als Kinderärztin, in ihrem geliebten Beruf, in einer Poliklinik gearbeitet hatte, die jetzt freilich nicht mehr existierte. Nach wie vor hatte sie keine andere „Karriere“ im Sinn, nun aber in einer selbstgegründeten Praxis im Lichtenberger Neubaukiez mit den üblichen „Belastungen“ der neuen Zeit. „Ich war nicht dafür, das ganze System umzukrempeln“, erklärte sie, nach ihrem politischen Standort befragt. „Ich fühle mich selbst als Kommunistin und Demokratin.“ Von ihrer Tante und Namenspatin weiß sie aus Erzählungen der Mutter, daß sie sehr nachdenklich, sensibel und musisch begabt war: „Sie konnte sich unheimlich gegen Verhältnisse engagieren, die ihrer Meinung nach ungerecht waren. Sie hat aber nie jemand schaden, verletzen oder gar ins Abseits und Ausdrängen wollen, weil er anders denkt. Sie hätte Gelegenheit gehabt, sich an Terrorakten zu beteiligen, lehnte dies aber ab. Ihr war die Beendigung des Krieges wichtig, auch unter Einsatz ihres Lebens, „weil er Leid für jeden brachte.“ Nicht alles jedoch weiß sie im einzelnen, was damals geschah, manches wurde totgeschwiegen, auch in der eigenen Familie, so das Schicksal ihres Onkels Paul, Kätes und Mias Bruder,

der bei Stalinschen Säuberungen umgekommen ist. „In den Archiven fand ich bisher nichts über ihn.“

Der umfangreiche Nachlaß der Familie, der dem Parteiarchiv der SED übergeben worden war, befindet sich derzeit beim Bundesarchiv und könnte der Wahrheitsfindung dienen, wenn daran den gegenwärtigen Vergangenheitsbewältigern wirklich gelegen wäre. Es ist dort unter anderem ein Bericht Elly Winters, der Tochter Wilhelm Piecks, aus dem Jahre 1978 nachlesbar, der manches aus dem Dunkel reißt, was auch die Angehörigen Kätes nicht wußten und in meinem Buch unerwähnt geblieben ist. Theodor Winter, Wilhelm Piecks Schwiegersohn, und Käte Niederkirchner sollten bei ihrem illegalen Einsatz in Nazideutschland, zu dem sie gemeinsam starteten, Verbindung zu illegalen Gruppen aufnehmen und ein wirksames Widerstandsnetz knüpfen. „In Polen, bei der kleinen Stadt Parczew, Kreis Lublin, sprangen die beiden Genossen mit dem Fallschirm ab“, gab Elly Winter-Pieck zu Protokoll. „Sie wurden von polnischen Partisanen erwartet. Aber nur ein Fallschirm ging auf der Wiese nieder, es war Theodor Winter. Der Führer der Partisanengruppe begrüßte ihn, der 19jährige Waclaw Czyzewski — heute Divisionsgeneral der polnischen Armee. Erst am Morgen entdeckte man Katja Niederkirchner, die mit ihrem Fallschirm in einem hohen Baum hing und bewußtlos war. Nachdem man sie heruntergeholt und verpflegt hatte, kam sie zu sich. Ein paar Tage verbrachte sie im Lager, dann wurden sie von guten Freunden durch das besetzte Polen bis Warschau geleitet und auf die Reise gebracht. Katja ging auf dem Danziger Bahnhof in die Fänge der Nazis. Sie wurde in das KZ Ravensbrück gebracht und dort ohne Untersuchung am 27.9.1944 erschossen. Theo kam bis Berlin und wurde am Anlaufort von den Nazis verhaftet und in das KZ

Sachsenhausen gebracht ... Heute ist uns bekannt, daß Theo Winter im September 1944 nach Berlin in die Hölle der Gestapo-Zentrale in die Prinz-Albrecht-Straße eingeliefert wurde. Man muß annehmen, daß beim Nähern der Front — April 1945 — Theodor Winter ermordet wurde.“

Eine Straße zu Ehren des wie Käte Niederkirchner erschossenen Widerstandskämpfers Theodor Winter hat es übrigens in Berlin trotz der Verwandtschaft zu Wilhelm Pieck nie gegeben, sonst wäre sie neuerdings wohl schon wegen dieser Verwandtschaft verschwunden. Aber auch die Verwandtschaft der Gesinnung oder ihre Nähe genügt schon, Namen und Tatsachen zu kriminalisieren. Wie im Falle Niederkirchner ist das die Lektion, die uns jetzige deutsche „Demokraten“ erteilen, indem sie die Spuren der Nazimorde und der Ermordeten vernichten und stattdessen neue „Bollwerke“ der alten Vorurteile und grausigen Verurteilungen errichten. Aus Gewissenlosigkeit oder bösem Gewissen?

Eberhard Panitz ist der Autor der Anfang 1995 im GNN-Verlag in Sachsen erscheinenden Biographie „Käte Niederkirchner“. Die Biographie der Kommunistin, nach der in der früheren DDR u.a. etwa 300 Schulen und Kindergärten benannt waren, erschien erstmals vor ca. 40 Jahren in der DDR und erscheint jetzt bei GNN in einer um neue Dokumente erweiterten, aktualisierten Neuauflage.

Subskriptionspreis für das im Januar 1995 ist bei Bestellungen bis zum 8. Januar 1995: 15 DM. Danach kostet das Buch, das ca. 160 Seiten umfassen wird, 19,80 DM.

Bestellungen bitte richten an:
GNN-Verlag Sachsen
Badeweg 1
04435 Schkeuditz

Dreister Zensurversuch des Zolls

Hauptzollamt Wuppertal will Bücher des Pahl-Rugenstein-Verlags als „Propaganda verfassungswidriger Organisationen“ einziehen!

Wegen angeblich „strafrechtlich relevanten Inhalts“ (inzwischen von der Staatsanwaltschaft konkretisiert als Verdacht des „Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“, das Strafgesetzbuch sieht dafür Strafen bis zu 3 Jahren Haft vor) hält das Hauptzollamt Wuppertal seit dem 22. Dezember die gesamte Druckauflage zweier neuer Bücher des Pahl-Rugenstein-Verlags (Nachfolger GmbH) fest. Diesen neuerlichen dreisten staatlichen Zensurversuch meldete der betroffene Verlag kurz vor Weihnachten.

Versuche, die sofortige Herausgabe der festgehaltenen Bücher mit Rechtsmitteln zu erreichen, schlugen fehl: Unmittelbar vor den Weihnachtstagen war bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal, an die das Zollamt die Ermittlungen abgegeben hatte, lediglich zu erfahren, man habe die ganze Angelegenheit an das für Staatsschutz-Ermittlungen zuständige Oberlandesgericht Düsseldorf bzw. die dortige Generalstaatsanwaltschaft abgegeben.

Dort wiederum waren die Akten am Nachmittag des 23. Dezember noch nicht eingetroffen und der zuständige Staatsanwalt sowieso „im Urlaub“.

Die Auslieferung der Bücher (allein für das Buch von Sarah Wagenknecht lagen zum Zeitpunkt der Beschlagnahme 350 Vorbestellungen vor) ist damit zuerst einmal blockiert. Wir dokumentieren die Presseerklärung des Pahl-Rugenstein-Verlags vom 22. Dezember. — (rül)

Presseerklärung des Pahl-Rugenstein-Verlags

Hauptzollamt Wuppertal spielt sich als Zensurbehörde auf — Buch des PDS-Vorstandsmitglieds Sarah Wagenknecht „Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung“ wird dem Verlag nicht ausgehändigt.

Das Hauptzollamt Wuppertal verweigert die Freigabe von zwei Büchern des Pahl-Rugenstein-Verlages wegen angeblich „strafrechtlich relevanten Inhalts“. Bei den beiden Neuerscheinungen handelt es sich um das Buch des PDS-Parteivorstandsmitglieds Sarah Wagenknecht: „Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzungen“ und um das Buch des Rostocker Historikers Prof. Dr. Karl-Heinz Jahnke: „Die er-

sten Jahre — Arbeiterjugend gegen Kapitalismus, Militarismus und Krieg (1904-1919)“. Beide Bücher hatte der Verlag in Ungarn drucken lassen. Eine inhaltliche Begründung für dieses Vorgehen gab der Beamte des Hauptzollamtes, Herr Krieger, gegenüber dem Verlag nicht. Auf telefonische Nachfrage des Verlages teilt er lediglich mit, daß die Freigabe der Bücher von Seiten des Zolls nicht vorgenommen werde und daß er die Staatsanwaltschaft in Wuppertal eingeschaltet habe. Auf die schriftliche Aufforderung des Verlages, dieses Vorgehen unter Angabe von entsprechenden gesetzlichen oder zollrechtlichen Bestimmungen gegenüber dem Verlag schriftlich zu begründen, ist das Hauptzollamt bisher nicht nachgekommen.

Der Verlag hat den Verlegerauschuß des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels eingeschaltet und seinen Anwalt beauftragt, gegen diesen Akt von Zensur, der auch mit erheblichen finanziellen Verlusten verbunden ist, juristisch vorzugehen.

Pahl-Rugenstein-Verlag GmbH,
Breite Str. 47, 53111 Bonn
Für Rückfragen: Arnold Bruns,
Tel. 0228/632306, Fax 0228/634968

Abrechnungspolitik und Geschichtsdiskussion

Berufsverbote – aus dem Alltag einer Säuberung

Ein offener Brief

Grund- und Menschenrechte werden verletzt“

von GÜNTHER HARRER

An die zukünftige Landesregierung in Thüringen
 Sehr geehrte Damen und Herren,
 als parteiloser Abgeordneter der PDS-Landtagsfraktion beobachte ich mit großer Sorge, in welcher Form und Zahl seit 1990 Grund- und Menschenrechte verletzt werden, insbesondere in Thüringen.

Beteiligt an diesen verfassungsfeindlichen Aktionen waren und sind, neben der Landesregierung, das Landesarbeitsgericht (LAG) Erfurt, das Bundesarbeitsgericht (BAG) sowie einzelne Gewerkschaften durch ihre Tarifverträge.

Nicht erst seit der letzten Monitor-Sendung in der ARD weiß ich, daß gerade in den Reihen der größten Schreier nach Verfolgung der „Linken“, nämlich in der CDU/CSU, die meisten ehemaligen Nationalsozialisten ihre politische Heimat gefunden hatten und haben.

Namen wie Maunz, Globke, Filbinger, als Verfassungslehrer, Kanzlermitarbeiter und Ministerpräsident, sind nur einige Beispiele.

Daß Funktionen als SS-Obersturmbannführer kein Grund für die CSU sind, ehren- und hauptamtliche Positionen der ehemaligen (?) Nazis in Frage zu stellen, dürfte ebenfalls bekannt sein (Monitor).

„Rechtliche“ Grundlage der Massenverfolgung von politisch andersdenkenden LehrerInnen, WissenschaftlerInnen, ForstarbeiterInnen, Postbediensteten, ErzieherInnen usw. ist der sog. Einigungsvertrag und einige Tarifverträge im Öffentlichen Dienst, der Bahn, der Post und der Forstwirtschaft.

Daß die Vertragspartner in Ostdeutschland, beispielsweise die Herren de Maiziere und Krause, selbst alles andere als „koscher“ waren, ist längst kein Geheimnis mehr.

Im April 1991 hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den sog. Einigungsvertrag teilweise als verfassungswidrig und in mehreren Punkten als verfassungsbedenklich eingestuft, was die Arbeit-

nehmerschutzrechte der Betroffenen angeht und die „Scheinabwicklungen“.

Als rechtswidrig wurde so m.E. auch das Treiben an der FSU in Jena angesehen, wo im Rahmen der Abwicklung alte Rechnungen beglichen wurden und viele Fachbereiche (Wirtschaftswissenschaften, Juristerei, Philosophie etc.) von unliebsamen Linken gesäubert wurden und — aufgefüllt mit „Wessis“ — fortbestanden. In Jena ist das (K)übel bekannt.

Zweiter Schwerpunkt der Verfolgung sind die Kündigungen „mangels persönlicher Eignung“ = Systemnähe.

Hauptsächlich davon betroffen sind LehrerInnen, die z.B. als ehrenamtliche Parteisekretäre oder Schuldirektoren bzw. deren Stellvertreter beim

ohne Zweifel aktiven Widerstand gegen das System in der BRD leisteten.

Ein weiterer Skandal ist das BAG-Urteil des 6. Senats zur tarifvertraglichen Regelung wegen Anerkennung von Beschäftigungszeiten im Öffentlichen Dienst, der Post, der Bahn und damit auch der früheren Forstwirtschaft.

Die zugestandene, Ungleichbehandlung von Grundwehrdienstleistenden an der Grenze, z.B. gegenüber den Soldaten bei der NVA, wird vom 6. Senat damit begründet, „daß an der Grenze soviel Unrecht geschehen sei“.

Von den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und der notwendigen Einzelfallprüfung ist keine Rede mehr.

Anscheinend werden reaktionäre Entscheidungsgründe immer „moderner“, die Stammstische scheinen sich gegen die Verfassung und demokratische Rechtsprechung endgültig durchzusetzen.

Eine unrühmliche Rolle in diesem Akt spielen auch die Juristen des Landesverwaltungsamtes, die — wohl aus Dankbarkeit — weiter ihre „Buschzulage“ erhalten sollen, damit sie auch in den nächsten Jahren ihr verfassungsfeindliches Unwesen treiben können.

Als besonderes (K)übelchen aus Jena zeigt sich auch ein „Bescheid“ der FSU, der einer Psychologin, die in der Wendezeit von ihren KollegInnen zur stellvertretenden Institutsleiterin gewählt wurde, übrigens gegen die alten Strukturen, genau diese Zeit — unter Berufung auf Systemnähe — nicht als Beschäftigungszeit aner-

Ende eines Berufslebens? — Ein Protokoll

Gisela Wolf

Altenburg, den 08. 10. 94

Gedächtnisprotokoll:
 der öffentlichen Gerichtsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht in Erfurt am 05. 10. 94

Richter: Herr Lennartz

Ehrenamtliche Richter: Herr Schmidt, Herr Hohmann
 Rechtsanwalt des Kultusministeriums: Herr Dotterweich

Rechtsanwalt vom DGB Erfurt: Herr Keilhauer (meine Vertretung)

Teilnehmer an der öffentlichen Verhandlung: mein Ehemann

und ich als Berufsbeklagte

kein Protokollant, der Richter spricht ab und an auf ein Tonband

Der Verhandlungsbeginn war verzögert gegen 11.45 Uhr

Der Richter bezog sich zunächst auf einige persönliche Angaben zu meiner Person aus dem Schriftsatz vom DGB vom 15.09.93

- Berufung des Kultusministeriums zurückzuweisen
- keine ordentliche Einbeziehung des Hauptpersonalrats
- meine berufliche Entwicklung mit Zeugnissen und Angaben von Zeugen

Der Richter ging kurz auf den Inhalt ein und sagte:

„Er glaubt das alles, was ich niedergeschrieben habe, aber es genügt nicht!“

Meine Rechtsvertretung und ich erhielten einen Schriftsatz.

Gutachten vom 29.09.94 (Termin beachten), in dem die „Dimension Nachfolgekandidat der SED-KL“ dargestellt wurde.

Der Richter bot mir nun im Auftrag des Kultusministeriums an, einem Vergleich zuzustimmen:

- 10000 DM Abfindung
- neue Kündigung bsw. zum 31.12.94
- wohlwollendes Zeugnis

Ich lehnte dies sofort (aber erneut) ab, da ich dieses Angebot bereits

schriftlich vom 06.07.93 vorliegen habe.

Es wurde eine Beratungspause eingelegt, in der mein Anwalt mir zum Vergleich raten sollte (mein Mann und ich lehnten dies ab).

Der Tag nach der Gerichtsverhandlung, 06. 10. 94

Am Abend des 05. 10. 94 habe ich kurz meine Schulleiterin verständigt, und wir waren uns einig, daß ich am Folgetag normal meiner Tätigkeit nachgehe.

Am 06. 10. 94 um 8.00 Uhr rief ich im Gericht Erfurt an und erfuhr von der Mitarbeiterin Frau Spöck

- Gerichtsurteil Gera aufgehoben
- meine Klage abgewiesen
- Entlassung wirksam
- Berufung vermutlich nicht möglich, Widerspruch lt. Rechtsmittelbelehrung (erst wenn schriftliches Urteil vorliegt) denkbar

Ich ging in die Schule und besprach kurz mit dem Stellv. Schulleiter und der aus dem Unterricht dazukommenden Schulleiterin das Urteil.

Danach führte ich meinen Unterricht Mathematik in Klasse 8 und 7 durch.

Zu Beginn der großen Pause besprach ich noch mit den Klassensprechern meiner Klasse 7a einige organisatorische Fragen und ging anschließend ins Lehrerzimmer.

Die Schulleiterin erwartete mich bereits und bat mich in ihr Zimmer.

Die Schulleiterin und der Stellvertreter hielten mir nun mitzuteilen, das Kultusministerium hat über das Schulamt anweisen lassen, daß ich sofort keinen Unterricht mehr machen darf.

Ich holte am Ende der Pause meine Unterlagen aus dem Klassenzimmer, Mathematik und ITG (Informatik Klasse 7) fielen für die Schüler aus.

Ich ergänzte noch die Notenbücher und übergab der Sekretärin alle wichtigen Schülerunterlagen meiner Klasse.

LAG Erfurt nachweisen sollen, daß sie aktiven Widerstand gegen das System geleistet hätten. Grundlage der (geänderten) Rechtsprechung soll das „Sachsenurteil“ des BAG sein. Als Arbeitgeber, der diese Kündigungen zu verantworten hat, zeigt der CDU-Kultusminister D. Althaus, der selbst bis zur Wende nie im Verdacht stand, gegen den DDR-Sozialismus zu opponieren, was er unter dem grundgesetzlichen Anspruch auf Gleichbehandlung versteht.

Was das „westdeutsche Siegerrecht“ des BAG betrifft, sollte überlegt werden, daß die Verpflichtung zum aktiven Widerstand gegen das System bedeuten würde, falls die BRD der DDR „beigetreten“ worden wäre, daß nur MitgliederInnen der RAF eine Chance gehabt hätten, weiter als LehrerInnen arbeiten zu können, da Bader, Meinhof, Ensslin etc.

kannt bekommt.

In den Menschenrechten der UN, den Grundlagen der KSZE und des Europaparlaments, der Erklärung von Chicago und der Entschließung 111 der ILO, dem Grundgesetz der BRD und der Thüringer Verfassung ist geregelt, daß niemand wegen seiner politischen und weltanschaulichen Meinung diskriminiert und im Berufsleben benachteiligt werden darf.

Genau mit diesen Grundsätzen und gegenüber den nationalen und internationalen Institutionen, bei Bürgerversammlungen in Ost und West, in der Öffentlichkeit und bei den Gerichten wird sich der Unterzeichner gegen die Fortsetzung der politischen Hexenjagd in Thüringen einsetzen, falls die neue Landesregierung diese unmenschlichen Praktiken

INHALT

Abrechnungspolitik und Geschichtsdiskussion

Berufsverbote — Alltag einer Säuberung 1
 Diskriminierende Verfahren, Entlassungen 2

Geschichtsdiskussion in der PDS

Schatten der Vergangenheit oder ...? 3
 Zum Umgang mit der „Stasi“-Problematik 3

Selbstbestimmung und Verantwortung 4
 Dokumente: PDS-Parteitag, AG ChristInnen 5
 Ein Beschuß und seine Alternative 6
 Vom Umgang mit beschädigten Biographien 6

Linke Winterschule 1995 in Schnepfenthal
 AG Geschichte: Themen und Literaturliste 7
 Philosophie: Auseinandersetzung mit Nietzsche 8
 AG Wirtschaft: Drei Schwerpunkte 8

Der Fall Nietzsche: DDR-(Endzeit)-Geschichte 8
 Massenarbeitslosigkeit: Alternativen 9
 Standpunkt zum „Aufbaugesetz Thüringen“ 12
 Argumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen 13

Aus den Ländern

Hamburg: Verhältnis zwischen PDS und Grünen 14
 Thüringen: Feldjäger gegen Jugendprojekt 15
 Anarchistische Plattform in und bei der PDS 16

2 THEMA : Abrechnungspolitik und Geschichtsdiskussion

nicht sofort einstellt.

Die an der Thüringer Regierung beteiligten Sozialdemokraten sollten, gerade mit Blick auf ihre eigenen Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz, Verfolgung, Folter und Morden an ihren MitgliederInnen, aufhören, „die Linke“ zu verteufeln und sozial zu vernichten.

Auch wenn die westdeutsche SPD in den 70er Jahren Berufsverbote „salonfähig“ gemacht hat (und deshalb weltweit mehr als einmal verurteilt wurde), müßte sie an die Worte von Pastor Niemöller denken, der (sinngemäß) folgendes an Erfahrung aus der Nazizeit weitergab:

Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialist. Als sie mich holten, war Schweigen, denn es war keiner mehr da, der hätte protestieren können.

Mit der bundesweiten Gründung von „Komitees gegen Berufsverbote“ wird u.a. der Unterzeichner ein Zeichen setzen, für Demokratie und gegen Diskriminierung, zum Schutz aller Demokraten, egal ob (politisch) rot, schwarz oder grün, Frau oder Mann, Ausländer oder Deutscher, weiß oder farbig, jung oder alt.

Daß der „Name Thüringen“ dadurch „befleckt“ werden könnte, behaupten übrigens die politischen Kräfte, die in den letzten Jahren Kübel von „brauner Soße“ über das Land gossen, gegen die Verfassung und den Rechtsstaat.

Diesem Treiben muß ein Ende bereitet werden.

Berufsverbot wg. „Staatsnähe“

Protest gegen diskriminierende Gerichtsverfahren und Entlassungen

PRESSEERKLÄRUNG

Die PDS-Fraktion des Altenburger Stadtparlamentes und des Kreistages sowie der Kreisvorstand der PDS im Altenburger Land wenden sich entschieden gegen die Entlassung der parteilosen Lehrerin Gisela Wolf in der vergangenen Woche wegen „Staatsnähe in der DDR“. Weitere Lehrerinnen und Lehrer sind von diesen Prozessen, in denen das Kultusministerium in 2. Instanz „politisch bedenkliche“ LehrerInnen wegen ihrer „Staatsnähe“ aus dem Schuldienst zu entfernen versucht, betroffen. 1991 veranlaßte die damalige Kultusministerin Frau Lieberknecht politische Überprüfungsverfahren, die schon damals den Kriterien der Rechtsstaatlichkeit entsprechend des GG und des Einigungsvertrages nicht entsprachen. Der neue Kultusminister Herr Althaus kritisierte zwar das Verfahren, trotzdem wurde pro-

zessiert, Millionen DM vergeudet und in 1. Instanz fast alle Prozesse verloren.

Im Frühjahr 1994 hatte die Menschenrechtskommission des Europäischen Parlaments erstmals als „menschenrechtsbedenkliche“ Vorgänge im Zusammenhang mit der Schaffung der deutschen Einheit die Verfolgung von Lehrerinnen und Lehrern wegen „Staatsnähe“ benannt. Betroffene mußten immer ihre Unschuld beweisen, ohne daß konkrete Anschuldigungen vorlagen. Die Bundesregierung beruhigte die Europa-Parlementarier durch Übernahme des von Kultusminister Althaus bei der Debatte im Thüringer Landtag vorgebrachten Argumentes, es bestehe keine Berechtigung Betroffener, sich an das

begreifen.

Frau Wolf lehnte das ab, und sie mußte weitere Demütigungen hinnehmen. Obwohl sie das Urteil bis heute noch nicht schriftlich hat, wurde sie am Tag nach der Verhandlung nach einem Aufruf vom Kultusministerium über's Schulamt mitten aus ihrer Lehrertätigkeit gerissen und mußte wie eine Kriminelle sofort die Schule verlassen, eine geachtete Klassenleiterin und Fachlehrerin, die sich besonders im neuen Fach Informatik spezialisierte. An die Schüler wurde wohl dabei am wenigsten gedacht, es gibt im Altenburger Land keinen Fachlehrer-Überschuß. Die psychologische Wirkung auf die Schüler soll nicht unerwähnt bleiben.



Europäische Parlament zu wenden, da der deutsche Rechtsweg noch nicht ausgeschöpft sei. Wie wir von Frau Wolf erfuhren, gab man ihr keine wirkliche Chance im „deutschen Rechtsweg“: Keine Zeugen wurden im 2. Verfahren geladen, keinerlei Zeugnisse und Gutachten herangezogen, und es gab nicht einen einzigen Schuldbeweis, nur immer wieder Hinweise auf ihre Funktionen in der DDR.

Doch, eine „Chance“ hatte Frau Wolf: Ihr wurde ein Vergleich angeboten, wenn sie die Kündigung akzeptieren würde (ca. 10000 DM). Eine weitere Kollegin aus dem Kreisgebiet erlebte am gleichen Tag ein ähnliches Verfahren. Im Frühjahr hatten andere den Vergleich angenommen, ihre Ängste waren zu

Frau Wolf wies uns darauf hin, daß nach ihrem ersten gewonnenen Prozeß mehrere Wochen vergingen, bis das Schulamt ihr Urteil erhielt und sie ihre Arbeit wieder aufnehmen konnte ...!

Wir hoffen, daß Frau Wolf und andere Betroffene Erfolg haben bei der Anfechtung ihres Urteils, alle Rechtswege sollen mit Hilfe des DGB ausgeschöpft werden. Falls das nicht gelingt, werden wir ein Hilfesuchen an die Menschenrechtskommission unterstützen und die Gründung einer Berufsverboteinitiative anregen. Rechtmäßiges Verhalten in der DDR darf nicht rückwirkend strafrechtlich verfolgt werden.

S. Fache

Bestellschein für Pressedienst

Hiermit bestelle ich Exemplare des PDS-Pressedienstes im Abonnement ab Nr. /199
(Widerruf innerhalb 10 Tagen möglich)

Name, Vorname (ggf. Institution)

Straße, Nr. / Postfach: PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Die Bezahlung (26,- DM/Quartal, Versand incl., je Exemplar) erfolgt:

- per Bankeinzug
 gegen Rechnung

Einzugsermächtigung

Name, Vorname (ggf. Institution)

Straße, Nr. / Postfach: PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Konto-Nr.: Bank/Sparkasse: BLZ:

Ich gestatte dem Parteivorstand der PDS, vierteljährlich die Abonnementskosten für den PDS-Pressedienst (26,- DM/Quartal je Abo) von meinem Konto einzuziehen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum/Unterschrift:

Zum Vierpunktspapier „Notwendige Klarstellungen“, das die SPD Mecklenburg-Vorpommern der PDS am 25.10.1994 übergab, erklären

MitarbeiterInnen und Mitarbeiter der PDS-Bundestagsgruppe:

Wir sehen für eine Zusammenarbeit von PDS und SPD durchaus noch Möglichkeiten. So steht die SPD zum Grundgesetz und auch die Landesverfassungen werden von ihr absolut klar anerkannt. In anderen Punkten besteht hingegen Klärungsbedarf. Wir erwarten von der SPD die öffentliche Entschuldigung für:

- die Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914;
- die publizistische Beihilfe des VORWÄRTS zum Mord an Karl Lieberknecht und Rosa Luxemburg;
- die Rolle Noskes bei der blutigen Niederschlagung der Novemberrevolution;
- den „Blutsonntag“ im Mai 1929 in Berlin, befohlen vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel;

- die Unterstützung der Wiederwahl Hindenburgs im Jahre 1932;

- die Zustimmung zur „Friedensresolution“ der Hitlerregierung im Mai 1933 im Reichstag;

- die Bezeichnung von Kommunisten als „rotlackierte Faschisten“ durch Kurt Schumacher;

- die Zustimmung zur Wiederbewaffnung der BRD, zur Notstandsverfassung, zur Großen Koalition unter dem NSDAP-Mitglied Kiesinger, zur Einführung der Berufsverbote, zum NATO-Doppelbeschuß und zur faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl.

Wenn sich die SPD darüber hinaus für ihren Anteil an der politischen Strafverfolgung von KommunistInnen, undogmatischen Linken und Linksliberalen in den 50er und 60er Jahren in der BRD sowie für die seit 1990 übliche Ausgrenzung ehemaliger SED- und heutiger PDS-Mitglieder entschuldigt, dann können wir uns eine Zusammenarbeit mit ihr vorstellen.

Aus dem Diskussion der Redaktion: Bei der Vorbereitung dieser Ausgabe des Rundbriefes ergab sich, daß über das Thema „Geschichtsdiskussion“ oder

„politische Biographie“ neuerlich gesprochen werden muß. Die nachfolgenden Beiträge — die recht verschiedene Standpunkte wiedergeben — haben

sich teils aus der Thüringer Parteidiskussion, teils aus dem Meinungsaustausch in unserer Arbeitsgemeinschaft ergeben.

Beiträge und Dokumente zur Geschichtsdiskussion in der PDS

Kann die Kontroverse fruchtbar werden?

Eine Meinungsäußerung

Die Schatten der Vergangenheit oder das Prinzip der Beliebigkeit in der PDS

VON KURT LUDWIG

Der Streit um die Haltung von Kerstin Kaiser vor und nach der Bundestagswahl sowie die Diskussion zur Erklärung von Reiner Juhrs auf dem Landesparteitag der Thüringer PDS am 22. Oktober 94 zu seiner IM-Tätigkeit zeigen einen Teil der Defizite im Erneuerungsprozeß der PDS und bestätigen die in 40 Jahren DDR gesammelte Erfahrung, daß unter den Teppich gekehrte Probleme irgendwann an unvermuteter Stelle als Maden wieder hervorgekrochen kommen. Es besteht also Handlungsbedarf in dieser Sache in der PDS!

Dazu mache ich drei Bemerkungen:

1. Die gesamte Geschichte der Sicherheits- und Geheimdienste, von den Prätorianergarden der Cässaren über die Inquisition der alleinseligmachenden ömischen Kirche, die Geheimpolizeien der absolutistischen Fürsten und Könige, die „Kiberer“ des Fürsten Metternich, die politische Polizei Bismarcks in der Zeit des Sozialistengesetzes oder der Weimarer Republik, die Ochrana der Zaren, die Gestapo der Faschisten, die CIA, die Tscheka oder der KGB, die Securitate des Herrn Ceaușescu, das MfS der DDR, der BND oder der Verfassungsschutz der BRD, beweist immer wieder eines, die Dienste waren und sind Mittel der Herrschaft über Menschen. Diese Geschichte widerlegt die Legende vom gerechten und vom ungerechten Geheimdienst, vom Märchen vom guten Kinkel und dem bösen Wolf. Auch wenn die altbundesdeutschen Konservativen aufschreien, ich halte ihre Behauptung vom Unterschied zwischen demokratischem und totalitärem Geheimdienst für absurd. Auch wenn sie mit Stolz auf einen parlamentarischen Kontrollausschuß verweisen. Dadurch werden Schnüffler nicht zu Patentdemokraten. Demokratie und Geheimdienst ist ein

Widerspruch in sich selbst, ein wirklich „demokratischer“ Geheimdienst ist ein Dienst zum Wegwerfen, wie überhaupt der effektive Nutzen teurer Geheimdienste absolut in Zweifel gezogen werden muß, wie ihre Nutzlosigkeit für die Politiker 1989 durch das weltweite Versagen ihrer Prognosen demonstriert worden ist. Ich sehe beim Blick auf über zweitausend Jahre Geheimdienste in ihnen kein Mittel zur Förderung der Demokratie und Bewahrung der Menschenrechte, aber immer wieder Macht der Herrschenden über die Machtlosen, immer nur Intrigen, Verrat, Beschnüffeln, Rechtsbruch und Verbrechen. Ich sehe auch immer nur, daß die verdeckte Tätigkeit der Dienste rundherum Menschen in ihrer Würde beschädigt, sie demütigt und psychisch und moralisch beugt und verbiegt. Das betrifft in erster Linie die Verfolgten, aber schließlich auch die Verfolger, die Opfer wie die Täter, natürlich im konträren Sinne. Zweitausend Jahre Geheimdienste und besonders 40 Jahre Staatssicherheit der DDR lassen nur einen Schluß zu: Geheimdienste sind schädlich und überflüssig, sie gehören abgeschafft!

2. Für die Mehrheit der DDR-Bürger, vorsichtig ausgedrückt, war das MfS kein unbekanntes Wesen, hatte Adresse und Telefonnummer, die fast jeder kannte. Über Mielkes finstere Truppe als „VEB Horch und Guck“ machte der Volksmund Witze, die „Firma“ war gefürchtet und verspottet zugleich. Wer in dem Staat DDR Verantwortung trug, wußte von dem Megastaat über den Strukturen der DDR. Jeder Leiter hatte bei „besonderen Vorkommnissen“ seinen Besucher oder Erkunder, der zeigte den Dienstausweis einer Behörde der DDR, eines allen bekannten Ministeriums. Man konnte sich fühlen, wie man wollte, gut oder elend, er war ein Vertreter einer Behörde wie andere auch. Sollte man ihm Auskunft geben, vorsichtig, damit man nicht sich und anderen Sachen Schaden zufügte, oder sollte man ihn beschimpfen und die Treppe hinunterwerfen? Wo war da eine Alternative, noch dazu, wenn man sich für diesen Staat engagierte und an seiner Entwicklung völlig freiwillig mitarbeitete? Außerdem traf man dabei auf hohe und niedere Dienstgrade, wichtige und unwichtige, kluge und dumme, eng oder weit denkende, lockere und verkniffene, Spaßvögel und machtgierige Raubautze. Da lernte man beizeiten zu differenzieren. Ich hatte meinen ersten „Besucher“ als Schuldirektor Anfang der fünfziger Jahre, als Abiturienten im Übermut

der bestandenen Reifeprüfung sich wie in aller Welt höchst unreif benahmen und auf dem Schulhof Schnellhefter verbrannten, darunter ausgerechnet auch Hefte aus dem Fach Staatsbürgerkunde. Unser Argument als Lehrer, das sei eine Kinderei und keine staatsfeindliche Aktion, stieß auf völliges Unverständnis. Das muß dem Schulrat hinterbracht werden sein, denn er verlangte als „Mindeststrafe“ die Wiederholung der Prüfung in Staatsbürgerkunde. Ich und viele andere haben von diesem überzogenen Sicherheitssystem gewußt, waren darin, auch ohne IM zu sein, verstrickt, haben es hingenommen und auch noch mit dem Lenizitat gerechtfertigt, daß eine Revolution, die sich nicht verteidigt, nichts wert sei. Dafür tragen alle, die die DDR gewollt und bewußt mitgetragen haben, ob sie es wollen oder nicht, auch die volle Verantwortung und haben heute die Pflicht, damit sowie mit sich selbst und mit anderen kritisch und verantwortungsbewußt umzugehen. Die rigorose Kritik an diesem scheußlichen System, aber auch an seiner heutigen Rechtfertigung und Schönrederei, hat nichts mit „vor dem Feind in die Knie sinken“, aber alles mit Wahrhaftigkeit, Aufrichtigkeit und Erneuerung zu tun.

3. Die wieder aufgebrochene Diskussion in unseren Reihen zeigt die Schwierigkeit beim Umgang mit diesen Schatten der Vergangenheit und bei der Realisierung des schwer erkämpften Beschlusses über das Offenlegen unserer politischen Biographien, wenn die Absicht besteht, innerhalb der Partei oder auch im öffentlichen Leben Verantwortung und Funktionen zu übernehmen. Sie zeigt aber auch, daß Toleranz und menschlicher Umgang mit diesem Problem die Grenzen des Prinzips Pluralismus in der Partei und die bedrohliche Tendenz zur Grenzüberschreitung zum Prinzip Beliebigkeit offenbart, Beliebigkeit bei der Handhabung des Beschlusses, Beliebigkeit bei der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Bei dieser Beliebigkeit müssen sich schon Kerstin Kaiser und Reiner Juhrs sowie ihre Befürworter und Verteidiger den Vorwurf machen lassen, daß sie sich damit selbst einen Bärenstein geleistet und der Partei Schaden zugefügt haben. Da hilft alles Darumherumreden nichts. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist für uns alle, die wir eine emanzipatorische und humane Alternative zu dieser alle menschlichen Beziehungen auf die nacktebare Zahlung reduzierenden kapitalisti-

Ein Bericht

Gedanken zum Umgang mit der „Stasi“-Problematik in der PDS

VON RAINER JUHRSCH

Erstmal einige Gedanken zu meiner Person.

Ich war von 1969 bis 1972 bei den Grenztruppen der DDR und dann bis zum Jahre 1975 IM beim MfS. Diese Tätigkeit habe ich bewußt durchgeführt, weil dies meinem damaligen Verständnis über die Sicherheitspolitik der DDR entsprach. Als Gruppenführer bei den Grenztruppen hatte ich monatlich meine Soldaten einzuschätzen. Dies reichte von der Dienstdurchführung bis ins Privatleben.

Ich war bemüht, viel über meine Soldaten zu wissen, nicht um ihnen Schaden zuzufügen, sondern im Interesse der Grenzsicherheit. Es gab Fälle, wo Soldaten aus persönlichen Problemen in der Familie heraus fahnenflüchtig wurden (z.B. wenn sich die Ehefrau scheiden lassen wollte

o.ä.). Wenn Soldaten irgendwelche Probleme hatten, so wurden sie auch mal kurzfristig in Sonderurlaub geschickt, um diese eventuell zu klären.

In diesem Sinne habe ich während meiner Dienstzeit vier Unteroffiziere eingeschätzt und diese Berichte an einen Mitarbeiter des MfS weitergeleitet. Soweit mir bekannt, haben diese Berichte den Unteroffizieren nicht geschadet. Einer davon wohnt heute noch in meinem Wohnort. Nach der Armezeit habe ich dann noch einen Bericht über eine Person verfaßt, der zum Wachregiment des MfS nach Berlin sollte. Ich habe ihn so eingeschätzt, wie ich es gesehen habe. Er hat nach Ableistung seines Armeedienstes dann in Leipzig ein Studium begonnen, wo es DDR-weit nur 17 Studienplätze gab. Also hat meine Einschätzung diesem Bürger nicht geschadet.

So etwa war mein Werdegang in dieser Zeit. Ich will damit nichts beschönigen, aber ich wehre mich gegen pauschale Verurteilung. Auch ich habe heute ein kritisches Verhältnis zu den Sicherheitsdiensten der ehemaligen DDR. Man sollte aber in jedem Fall differenziert mit der Beurteilung von ehemaligen IMs umgehen. Ich kenne auch Fälle, wo IMs mitgestohlen haben und andere dafür ins Gefängnis mußten. Ich bin dafür, dort, wo die Gesetze der DDR verletzt wurden, wo man sich persönlich Vorteil auf Kosten anderer verschafft hat, sollen Konsequenzen

gezogen werden. Aber natürlich nur, wenn die Beweislage klar ist.

Wir sollten uns aber auf keinen Fall von der Hysterie, geschaffen von den Medien, beeinflussen lassen und dadurch Menschen vorverurteilen. Geschichte, in diesem Fall der DDR, muß stets differenziert betrachtet und aufgearbeitet werden. Sie sollte sowohl in der BRD alt und ehemaligen DDR gleichermaßen bearbeitet und gewertet werden.

Für Westlinke ist diese Problematik sicher nicht einfach zu verstehen, weil sie ja in einem anderen Land lebten und die DDR oft nur aus ihren Medien kannten. Nur Gespräche mit Betroffenen können dazu beitragen, daß Vorurteile Schritt für Schritt abgebaut werden.

Ich wäre dazu bereit ...



4 THEMA : Abrechnung politik und Geschichtsdiskussion

schen Gesellschaft suchen und demokratisch erstreiten wollen, unsere politische Biographie nicht mehr Privatsache, sondern öffentliche Angelegenheit geworden. Ihre Offenheit sind wir den Menschen, die uns Vertrauen schenken, sind wir der Glaubwürdigkeit unserer Werte und Ziele schuldig. Gerade weil die GenossInnen jetzt die ganze Wahrheit offenbart haben, empfinde ich sie uneingeschränkt als Mitstreiter in unseren Reihen und werde mich gegen jeden Versuch ihrer Herabwürdigung und Ausgrenzung zur Wehr setzen.

Ich bleibe dabei, Erneuerung beginnt, steht und fällt mit der schonungslosen Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit, mit der Geschichte der SED und der DDR in ihrer Gesamtheit und ihren historischen Rahmenbedingungen, im Guten wie im Schlechten. Es geht nicht darum, einen unangenehmen Beschuß, sondern die Beliebigkeit des Umgangs mit ihm abzuschaffen. Erneuerung kann nur das Werk gemeinsamer, streitbarer und aufrichtiger Anstrengungen im Geiste menschlichen und toleranten Umgangs miteinander sein. Das unterscheidet uns himmelweit von der Partei, aus der heraus wir uns erneuern.

(Überarbeitete Fassung meines Diskussionsbeitrages auf der 2. Tagung des 2. Landesparteitages der PDS Thüringen am 22. Oktober 1994)

Nachbemerkungen

1. Nach 77 Jahren vergeblicher Versuche, aus dem Teufelskreis der kapitalistischen Gesellschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts — Konjunktur, Krise, Krieg — auszubrechen, eine sozialistische Alternative zu errichten und damit die gesamte Gesellschaft, vor allem die lohnabhängigen Klassen und Schichten aus den Fesseln jener Machtverhältnisse zu befreien, deren Existenzgrundlagen und Entwicklungsbedingungen auf der rigorosen Reduzierung aller menschlichen Beziehungen auf die nackte, bare Zahlung und der umfassenden privaten Inbesitznahme von Grund und Boden, der schonungslosen Ausplünderung der natürlichen menschlichen Umweltbedingungen fußen und ihre Effizienz aus der zügellosen Profitmaximierung schöpfen, ist es geboten, nach den Ursachen des Scheiterns entsprechend dem Grundsatz zu fragen: an allem ist zu zweifeln.

Das können nur diejenigen tun, die den alternativen Versuch gewollt, gestaltet und verfehlt haben. Das müssen diejenigen tun, um der sozialistischen Werte und Ideale willen und aus der Verantwortung für dieses Scheitern sowie denen gegenüber, die der sozialistischen Alternative Vertrauen geschenkt oder die diese Gesellschafts- und Machtverhältnisse ertragen oder unter ihnen gelitten haben.

2. Das Verstricktsein in die bürokratischen Machtstrukturen des Parteiapparates der SED und des Staatsapparates der DDR, in ihre Verzerrungen, Demokratiedefizite und Entartungen, besonders was ihr überzogenes, überdimensionales, alles bis in die eigenen Reihen hinein umschlingendes Sicherheitssystem betrifft, muß sich jeder, der die sozialistische Alternative gewollt, an ihrer Verwirklichung und ihren realen Errungenschaften für die Menschen gearbeitet hat, bewußt machen und sich seiner eigenen Mitverantwortung stellen, sich selbst und den Menschen gegenüber.

Ich empfinde bei dieser Rechenschaftslegung Genugtuung, an diesem großartigen historischen Versuch teilhaben zu können, zugleich aber auch Unbehagen, Scham und Zorn darüber, daß ich mich aus Bequemlichkeit, Opportunismus und auch aus Feigheit von einer scheinbar übermächtigen Parteibürokratie habe zur Duldung von Meinungsmanipulation und -unterdrückung sowie zur Selbstzensur habe nötigen und instrumentalisiert lassen. Das ist die Seite meiner politischen Biographie, auf die ich nicht stolz bin.

3. Da ich für eine uneingeschränkte, konsequente Erneuerung der PDS bin, die für 40 Jahre Herrschaft der SED die Verantwortung übernommen und sich dafür vor dem Volk der DDR entschuldigt hat, bin ich auch für die Offenlegung unserer politischen Biographien sowie für Zurückhaltung derjenigen in der Partei und im öffentlichen Leben, die sich aus welchen Motiven auch immer auf die Teilnahme an dem Sicherheitssystem gegenüber Mitmenschen eingelassen haben. Diese Teilnahme und Verstrickung ist kein moralisches Gütezeichen für einen demokratischen Sozialisten und sollte so auch nicht vorgezeigt werden, sondern Anlaß sein zur kritischen Selbstbefragung.

Sie ist aber auch kein Anlaß für Vorverurteilung, Ausgrenzung oder Herabwürdigung. Deshalb bin ich für den Beschuß der PDS zur Offenlegung der politischen Biographien, deshalb bin ich dafür, daß wir vor den Menschen „urbi et orbi“ die Verantwortung übernehmen, benennen und dementsprechend handeln. Deshalb bin ich gegen das Darumherum-Reden um dieses unangenehme Thema, gegen fadenscheinige Beteuerungen, niemandem geschadet zu haben. Ich bin aber auch für die Befragung aller im ehemals zweigeteilten Deutschland, die durch den Kalten Krieg in eine solche persönlich mißliche Lage geraten und auf ähnliche und andersgeartete Weise in die zugespitzte Auseinandersetzung der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme verstrickt worden sind. Besonders bin ich gegen die überhebliche Anmaßung der in der alten BRD herrschenden politischen Klasse gegenüber in der DDR gelebtem Leben. Sie hat selbst Angepaßtheit, Verstrickung in Machtstrukturen der anderen Art, in Verfolgung Andersdenkender, die Duldung antideokratischer und auch faschistoider Denkmuster und die Anhängerschaft an einen bornierten, das gesellschaftliche Denken lähmenden Antikommunismus und antizonalistische Feindbilder vor sich selbst und der Öffentlichkeit in Deutschland zu verantworten.

Der Beschuß ist für mich bei allen sichtbar gewordenen Schwächen und Inkonsistenzen kein Tribunal, kein Wohlfahrtsausschuß, vor dem man gezerrt und nach vorgegebenen Schuldsprüchen oder negativ besetzten Kriterien abgeurteilt und öffentlich hingerichtet wird. Ich halte deshalb auch nichts von „Säuberungskommissionen“ und Auflistung von Kriterien und Mängelmaßstäben, nach denen man verurteilt oder begnadigt wird. Ich bin für individuelle, vertrauensvolle und menschliche Gespräche der Betroffenen mit denen oder vor denen, für die politisch relevante Aufgaben übernommen werden sollen, für gemeinschaftliche Klärung ungenügt und ungeschönt vorgelegter Tatsachen, für Rat und gemeinsame Entscheidung, für die dann alle Beteiligten ohne Wenn und Aber einstehen. So ist offensichtlich in letzter Zeit nicht immer gehandelt worden. Darin sehe ich eine Ursache für den gegenwärtigen Meinungsstreit und auch für das Aneinander-vorbei-Reden. Aber die Debatte muß durchgestanden werden.

Das ist alles kein Kniefall vor dem Druck der von der neuen Obrigkeit manipulierten öffentlichen Meinung und dem Medienterror mit der Stasi-Keule.

So verstehe ich die Wahrnehmung der Verantwortung für das Geschehen in 40 Jahren DDR und das Ausschöpfen aller Möglichkeiten zur Erneuerung in der PDS, zur Erneuerung eigener Überzeugungen und Verhaltensweisen, zur Erneuerung der Ziele und Ideale demokratischer Sozialisten, zur Erneuerung der politischen Kultur in Deutschland.

Der Umgang mit der Biographie

Selbstbestimmung und Verantwortung

von Sabine Fache

Scheinbar ist etwas Ruhe in der Diskussion um die Rückgabe des Bundestagsmandats von K. Kaiser-Nicht eingetreten. Die Medien haben andere „heile Themen“. So war es immer schon, bei Adolphi, A. Brie oder Gerhard Riege ...

Die Verstrickungen einzelner „bekannter“ PDS-Mitglieder mit der Staatssicherheit werfen immer wieder Fragen zur Vergangenheitsbewältigung in der PDS auf, meist gepaart mit großer Emotionalität. Aufgedrückt wird uns diese Diskussion sehr häufig von außerhalb, kontinuierlich geführt von uns wird sie nicht. Die Folgen sind für mich ziemlich fatal, weil wir die Schwerpunkte unserer Geschichtsaufarbeitung damit nicht bestimmen und hinter unsre eigenen Ansprüche, die sich aus unserer Programmatik ergeben, zurückweichen.

Immer wieder wird in den Debatten auf den Beschuß „Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie“ verwiesen (keine andere Partei kann so etwas vorweisen ...). Spätestens der nächste Parteitag wird zeigen, daß dieser Beschuß keinerlei Erneuerungsschub gebracht hat. Seine formale und beliebige Handhabung, seine Unzulänglichkeiten, die Ausgrenzung zulassen ohne juristische Rechtfertigungsmöglichkeiten (das erinnert mich peinlich an die „Systemnäheprozesse gegen Lehrer/innen in Thüringen“), und seine Benutzbarkeit für die Durchsetzung persönlicher Interessen wirken einer Erneuerung, einer komplexen DDR-Geschichtsaufarbeitung direkt entgegen. Dieser Beschuß ist für mich opportunistisch und wirkt gegen eine emanzipatorische Entwicklung in der PDS.

Auf der 2. Tagung des 2. Parteitages habe ich gegen diesen Beschuß gestimmt, mich leider an der sehr „glatt“ verlaufenen Diskussion nicht beteiligt. Im Vorfeld gab es auch im Thüringer Landesverband sehr unterschiedliche Auffassungen, hier hatte ich mich intensiv eingebracht. Die vielen zusätzlichen Anträge zu diesem Thema zeigten mir, daß wohl auch in anderen Landesverbänden sehr gegenseitige Diskussionen geführt worden sind. Leider wurde nur über einen Antrag diskutiert (vom Parteivorstand) und entsprechend beschlossen. Der Druck von außen auf die PDS war unverkennbar, vor allem den Vertretern der Bürgerbewegungen (z.B. Bohley) sollte endlich ein Ergebnis vorgewiesen werden.

Eine Zielsetzung ist wohl nicht erreicht worden: Der Beschuß sollte eine kontinuierliche Geschichtsaufarbeitung in Gang setzen. Die ständigen Angriffe der Herrschenden zur Zerstörung der Identität der DDR-Bürger und damit zur Zerstörung der Biographien vieler Menschen erfordern das dringend. Es war unser Leben, nicht mehr oder weniger, für mich wiegt jedes einzelne ungeheuer schwer.

Die Bemerkung von Prof. Ludwig im Zusammenhang mit K. Kaiser, daß „der PDS Schaden zugefügt werden könnte“ oder den Bundestagsabgeordneten der PDS „politische Arbeit erschwert würde“ (D. Enckelmann) zeigen mir, wie wenig tiefgründig die Debatte geführt wird. Wie definiere ich einen solchen „Schaden“ überhaupt? Was für einen Anspruch hat „politische Arbeit“? Pauschale Urteile und Ausgrenzung führen sehr oft zu einer Verstärkung der inneren Blockierung. Sie machen es nur schwer möglich, Verluste zu erkennen und das eigene Tun kritisch zu befragen (ohne Furcht vor schmerhaften Erkenntnissen zu haben).

Die PDS muß für mich als eine zukünftige moderne sozialistische Partei „emanzipatorischen Anspruch“ erfüllen. In erster Linie heißt das für mich, diesen Anspruch hat jedes Mitglied an sich selbst zu stellen: sich selbstbestimmt mit seiner Biographie auseinanderzusetzen, damit auch selbstbestimmt umgehen. Kein Regelwerk oder Beschuß kann unser Verhalten in dieser Frage nach eigenen und nicht nach manipulierten Maßstäben bestimmen. Regelwerke disziplinieren und können beliebig benutzt werden, wenn sie nicht durch eindeutige juristische Kriterien gekennzeichnet sind. Der Umgang mit K. Kaiser bestätigt das nur.

Ich gestehe jedem Menschen zu, selbstbestimmt



Zeichnung von Peter Lerch,
aus: Andreas Schako (Hrsg.), Gittergedichte,
Scheunen-Verlag 1992, ISBN 3-929370-02-6

Dokumentiert:

Der Beschuß der 2. Tagung des 3. Parteitages

Zur Offenlegung der politischen Biographie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren

1. Mitglieder der PDS, die für Parteiämter von Kreis- bis Bundesebene oder für Wahlmandate der gleichen Ebene kandidieren, akzeptieren, daß ihre politische Biographie mit dieser Kandidatur keine Privatsache mehr ist.

Diese Offenlegung der politischen Biographie ist für diese Genossinnen und Genossen vor dem Gremium, das sie wählen oder bestätigen soll, verbindlich.

2. Wird nachträglich bekannt, daß Genossinnen und Genossen wesentliche Umstände ihrer politischen Biographie falsch dargestellt oder verschwiegen haben, haben sie vor dem Gremium, in das sie gewählt worden sind, die Gründe dafür zu benennen und die Vertrauensfrage zu stellen.

Dieses Gremium entscheidet nach der Einzelfallprüfung durch geheime Stimmabgabe, ob das Vertrauen weiter besteht, und informiert die Parteiöffentlichkeit über das Ergebnis der geheimen Abstimmung.

Wird die Vertrauensfrage negativ beantwortet, wird die Genossin/der Genosse von ihrer/seiner Aufgabe bis zur nächsten Tagung des Gremiums, das die Wahl durchgeführt hat, entbunden.

Ungeachtet der Entscheidung des Gremiums, in das die betreffende Genossin/der betreffende Genosse gewählt wurde, bzw. der Fraktion, deren Mitglied sie sind, wird die nächste Tagung des Gremiums, das die Wahl durchgeführt hat, nach Einzelfallprüfung durch geheime Abstimmung prüfen, ob das Vertrauen weiter besteht.

Bei Mandatsträgern wird den jeweiligen Fraktionen, wenn sie die Vertrauensfrage negativ beantwortet haben, empfohlen, die Betreffenden zur Mandatsniederlegung aufzufordern und bei Verweigerung aus der Fraktion auszuschließen.

Beschlossen auf der 2. Tagung des 3. Parteitages im Juni 1993. Quelle: Disput 13/14 1993

dividuen. Wir halten mehr die Strukturen des gescheiterten Systems, wie sie unter konkreten geschichtlichen Bedingungen entstanden sind, für ungeeignet, emanzipatorischen Fortschritt zu sichern.

Damit möchten wir individuelle Schuld und Verantwortlichkeit nicht relativieren. Wir bedauern vielmehr, wie die gegenwärtige Anschluß- und Ausgrenzungspolitik, die pauschale Diffamierung des unterlegenen deutschen Staates und seiner bis zuletzt in ihm verbliebenen Bewohner, zunehmende soziale Verunsicherung sowie sensationslüsterne Medien es vielen Menschen immer schwerer machen, eine kritische (d.h. urteifähige, nicht aber verurteilende, womöglich gar vorurteilstadelnde) Sicht auf unsere Geschichte zu gewinnen und aus eigenen Fehlern zu lernen, anstatt Vergangenes nostalgisch zu erklären und letztlich zu resignieren.

Angesichts dieser Situation und der vordringlichen Notwendigkeit struktureller Analysen sowie angesichts der inzwischen erlebten Handhabung des Beschlusses (beiläufige Erwähnung, daß man bei seiner beruflichen oder berufsvorbereitenden Tätigkeit auch Berichte für das MfS schreiben mußte) und angesichts konkreter Auswirkungen meinen wir, daß mehr Argumente dafür sprechen, auf weiteres Gelten des umstrittenen Beschlusses zu verzichten als dafür, ihn leicht modifiziert beizubehalten.

3. Die vorgeschlagene Erweiterung, daß auch andere politische Tätigkeiten als für das MfS offenzulegen sind, ist zwar insofern wesentlich, als sie eine unzulässig eingeengte Sichtweise von Verantwortlichkeit überwindet, soweit es die Sicht innerhalb der PDS betrifft. Sie weitet aber nicht den Horizont derer, die weiterhin ihre Sündenböcke abstempen, die jegliche Tätigkeit für das MfS ohne Einzelfallprüfung, ohne nach Inhalten, Motiven und Umständen zu fragen, zum Kriterium der Beurteilung eines Menschen machen und ihm dementsprechend Chancen zubilligen oder verweigern.

Sie ist also unwesentlich für Betroffene, weil andere politische Tätigkeiten in der DDR meist schon bekannt sind, oft sogar die Qualität, in der sie ausgeübt wurden. Wer aber vor einem Parteitag über noch nicht bekannte Tätigkeit für das MfS informieren muß, wird damit — womöglich samt Familie — über die Medien zum gnadenlosen Abschuß freigegeben.

Insofern bleiben die GenossInnen, die aus sachlichen Erwägungen für hohe Parteiämter kandidieren wollen oder sollen, eingeteilt in solche, für die schon die Kandidatur zusätzliche Beeinträchtigungen mit sich bringt, und die übrigen. Gleichheit wird nicht dadurch wiederhergestellt, daß jede Ablehnung einer Kandidatur für ein hohes Parteiamt gleichgeartete Spekulationen und Gerüchte über vermeintliche Gründe zur Folge haben kann.

Die vorgeschlagene Einschränkung, daß Tätigkeit für das MfS bei Kandidaturen unterhalb der Kreisebene nicht mitgeteilt werden muß, ist sicher für manche eine Erleichterung. Damit darf aber die Offenlegung gerade dort unterbleiben, wo sie weniger Risiken mit sich bringt und aufgrund der Möglichkeit einer detaillierten Darstellung für ein besseres Verständnis von Geschichte sinnvoll sein kann, nämlich innerhalb der PDS.

4. Der umstrittene Beschuß ist insbesondere deshalb sehr problematisch, weil er für einen bestimmten Personenkreis, mag der auch klein sein, elementare Persönlichkeitsrechte einschränkt, so das Recht auf Verweigerung von Aussagen, mit denen man sich selbst belastet.

5. Wir teilen die Auffassung, daß der politisch relevante Teil der persönlichen Biographie durchaus von Belang ist, wenn jemand in der Öffentlichkeit für die PDS tätig ist. Daher bitten wir jede Genossin und jeden Genossen, das verantwortungsbewußt zu bedenken. Wir meinen aber nicht, daß es eine Instanz gibt, die dafür größere Kompetenz und bessere Urteilsfähigkeit hat als das eigene Gewissen. Unsere Geschichte kann uns lehren, daß emanzipatorischer Fortschritt gebietet, die Gewissen zu sensibilisieren, nicht aber durch Parteibeschlüsse zu disziplinieren.

Durch die im umstrittenen Beschuß geforderte Offenlegung in der bei Parteitagen zur Kandidatenvorstellung vorhandenen Zeit „ein unverfälschtes Persönlichkeitsbild“ der Kandidaten gewährleisten zu wollen, halten wir für illusorisch. Erst die Existenz und Nichteinhaltung dieses fragwürdigen Beschlusses beschwore menschliche Tragödien, konnte manche Genossen verlassen, sich ein anderes Bild von einem Genossen zu machen — nicht aber die im nachhinein bekannt gewordene Tätigkeit für das MfS, die gewiß kein Hindernis für ein Mandat oder eine Wahl gewesen ist.

Wir wissen, daß Persönlichkeiten, die beliebt und menschlich anerkannt sind, gar charismatische Persönlichkeiten, einer Partei durchaus von Nutzen sind. Aber wir möchten keiner Elitepartei angehören, maßen uns nicht an, bessere Menschen zu sein, weil wir für eine bessere, menschlichere Gesellschaft sind. Wir möchten uns weniger um unser Bild in der Öffentlichkeit sorgen als um unsere Bildung und Entwicklung zu einer modernen sozialistischen Partei!

6. Niemand wird dazu verpflichtet, eine einzige Tätigkeit für das MfS bekanntzugeben. Im Bundesvorstand wie in den Landes- und Kreisvorständen müssen Möglichkeiten eingeräumt werden, daß in der PDS gewählte oder eine Kandidatur erwähnende GenossInnen in geschlossenen Sitzungen über mit ihrer politischen Biographie verbundene Probleme Rat suchen können. Dabei erwiesenes Vertrauen muß geschützt sein.

7. Den GenossInnen und SympathisantInnen, die für ein Mandat als Abgeordnete kandidieren, empfehlen wir, gegebenenfalls Auskunft über eine Tätigkeit für das MfS und frühere politische Funktionen zu geben, zumal ihnen, wenn sie gewählt werden, ohnehin eine Überprüfung bevorsteht.

8. Eine Vertrauensstellung innerhalb der PDS oder eines Parlamentes ist dann in Frage zu stellen, wenn jemand in der Vergangenheit Vertrauen in erheblicher Weise und mit erkennbaren negativen Folgen für die Betroffenen missbraucht hat. Aber in Frage stellen heißt nicht, prinzipiell abzulehnen. Menschen können aus Einsicht umkehren. Und dann soll man sie auf ihrem besseren Weg nicht über Steine des Alten stürzen lassen. Es wäre absurd, jemanden, der wegen seiner Option für einen besseren Sozialismus in der DDR inhaftiert war, deshalb nicht zu wählen, weil er Jahre vor einer besseren Einsicht durch seine Tätigkeit für das MfS einem anderen geschadet hat. Nur wer juristisch schuldig wurde, indem er rechtswidrig und antihuman handelte, muß dafür persönlich haften.

9. Der Bundesvorstand veranstaltet im Oktober 1993 die 3. Geschichtskonferenz. Andere Aktivitäten zur Aufarbeitung von Geschichte werden fortgesetzt.

Die Begründung ist im Antrag selbst gegeben. Wenn nur die mit unserer AG verbundenen und nicht alle Parteitagsdelegierten abzustimmen hätten, würden wir den 8. Abschnitt um zwei Sätze erweitern und er lautete:

8. Eine Vertrauensstellung innerhalb der PDS oder eines Parlamentes ist dann in Frage zu stellen, wenn jemand in der Vergangenheit Vertrauen in erheblicher Weise und mit erkennbaren negativen Folgen für die Betroffenen missbraucht hat. Aber in Frage stellen heißt nicht, prinzipiell abzulehnen. Menschen können aus Einsicht umkehren. (Das — nicht aber eine die Würde beeinträchtigende öffentliche Selbstbezichtigung — nannte man vor fast zweitausend Jahren und schon zuvor in Palästina Buße.) Und dann soll man sie auf ihrem besseren Weg nicht über Steine des Alten stürzen lassen. So konnte aus dem Christenverfolger Saulus der christliche Apostel Paulus werden. Es wäre absurd, jemanden, der wegen seiner Option für einen besseren Sozialismus in der DDR inhaftiert war, deshalb nicht zu wählen, weil er Jahre vor einer besseren Einsicht durch seine Tätigkeit für das MfS einem anderen geschadet hat. Nur wer juristisch schuldig wurde, indem er rechtswidrig und antihuman handelte, muß dafür persönlich haften.

Quelle: Antragsmaterial

Dokumentiert:

Alternativantrag der AG ChristInnen

Betr.: Beschuß des 2. Parteitages der PDS „Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit“

Die Erklärung des Parteivorstandes vom 7.12. 1992 veranlaßt uns, obwohl wir ihr in den Punkten 1-4 weitgehend zustimmen können, zu folgendem Alternativantrag:

Der Parteitag möge beschließen:

1. Wir würdigen und unterstützen das Anliegen der Initiatoren und Befürworter des o.g. Beschlusses, daß sich die PDS der geschichtlichen Verantwortung stellt und selbst zur differenzierenden Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft beiträgt, daß sie rechtswidrige, menschenverachtenden Praktiken des MfS und einzelner seiner Mitarbeiter verurteilt.

2. Die Sicherheitspolitik der DDR hat immer mehr Menschen ihrem Staat entfremdet und Sozialismus diskreditiert. Wesentliche Ursachen dafür wie für Demokratiedefizite und Mißachtung individueller Menschenrechte sehen wir weniger in Persönlichkeitsmerkmalen der mit Machtbefugnissen ausgestatteten oder für sie tätigen In-

6 THEMA : Abrechnungspolitik und Geschichtsdiskussion

zu entscheiden, was er über seine Biographie erzählt und was nicht. Ich traue ihm verantwortungsbewußtes Handeln zu, gerade wenn er sich zu einer Kandidatur bereiterklärt. In voller Übereinstimmung bin ich auch mit Punkt 5 des Antrages der AG ChristInnen in der PDS („Wir teilen die Auffassung, daß der politisch relevante Teil der persönlichen Biographie durchaus von Belang ist, wenn jemand in der Öffentlichkeit für die PDS tätig ist. Daher bitten wir jede Genossin und jeden Genossen, das verantwortungsbewußt zu bedenken. Wir meinen aber nicht, daß es eine Instanz gibt, die dafür größere Kompetenz und Urteilsfähigkeit hat als das eigene Gewissen. Unsere DDR-Geschichte kann uns lehren, daß emanzipatorischer Fortschritt gebietet, die Gewissen zu sensibilisieren, nicht aber durch Parteibeschlüsse zu disziplinieren.“)

Menschen, die so sensibilisiert sind, spüren Unrecht und Unterdrückung, Demütigung und Verlust an Menschenwürde. Ist nicht gerade die Abstumpfung vieler Menschen eine der Ursachen von Resignation? Diese konservative Bundesrepublik und die globalen Menschheitsprobleme brauchen aber den Widerstand. „Die Quellen des Widerstandes liegen im widerstehenden Menschen selbst“ (Peter Weiß). Hier liegt für mich die große Aktualität unserer Biographie-Debatte. Die Auseinandersetzung mit meinem Leben in der DDR führte mich zu einer konkreten Auseinandersetzung mit meinem jetzigen Leben im vereinten Deutschland — und zum Widerstand. Die PDS spielt und spielt dabei eine große Rolle, deshalb hinterfrage ich kritisch die Fragen nach Verantwortung und Gewissen von Menschen in unserer DDR-Geschichte, wende mich gegen Verletzung von Würde und Menschenrechten in der PDS und fordere mehr Demokratisierung innerhalb der Partei.

Ich betrachte auch heute noch den Antrag des Thüringer Landesverbandes zur „Geschichtsdiskussion“ auf der 3. Tagung, in dem wir uns mit „stalinistischen Praktiken, Denk- und Sichtweisen“ auseinandersetzen, die in der DDR wirkten, als besonders aktuell. Leider wurde er trotz Parteitagsbeschlusses bis zum heutigen Tage von der Geschichtskommission in weiterführenden Thesen nicht berücksichtigt.

Es nützt uns nichts, wenn wir wie Prof. Ludwig die DDR als ein „scheußliches System“ bezeichnen. Für mich wären Debatten über konkrete Fragen viel wichtiger, gerade unter der Sicht der weiteren Erneuerung in der PDS, z.B.: Weshalb bediente sich die Arbeiterbewegung (nicht nur das Politbüro!) der gleichen Praktiken und Methoden, um ihre Macht zu sichern, wie die Herrschenden? Sind es nicht immer die gleichen Vorgänge, wo Menschen über Menschen herrschten und herrschen? Hat nicht gerade die Geschichte uns Deutschen bewiesen, daß Menschen benutzbar werden, wenn sie ihre Erfahrungen nicht aufarbeiten, Erinnerungen verdrängen und bei Machtgewinn zu Machtmisbrauch fähig sind, auch wenn sie vorher zu den Opfern zählten? Kann das Recht zu Widerstand und Revolution eine Verletzung von Menschenrechten, gleich soziale oder individuellen, rechtfertigen? Wie konnten die SED und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien eine neue, von Ausbeutung befreite Gesellschaft wollen, wenn sie selbst Menschen in ihren Parteien erniedrigten und entmündigten, ja sogar psychisch und physisch vernichteten? Es waren eben nicht nur die Verhältnisse zu ändern, der freiheitsliebende, demokratisch handelnde Mensch war gleichzeitig entwickelt. Die bedingungslose Identifikation mit Parteizügen und -beschlüssen oder mit Äußerungen von RepräsentantInnen der Partei lehne ich besonders deshalb ab, weil ich mich mit meiner Biographie kritisch auseinandersetze und meine Benutzbarkeit durch die SED schmerzlich eingestehen muß.

Die Debatte um das Bundestagsmandat von K. Kaiser zeigte mir sehr deutlich die Notwendigkeit,

solche Fragen zu stellen und nicht über die Einhaltung oder Nichteinhaltung eines fragwürdigen Beschlusses zu debattieren. Genutzt hat das bisher nur unseren Gegnern.

die Öffentlichkeit und durch die Klage vor Gerichten. Es ist übrigens möglich, daß sich die Opfer des Totalitarismus durch den Tatbestand, daß etliche so tun, als wäre dies ein Problem anderer, am meisten gekränkt und verletzt fühlen.

MfS-Diskussion in der PDS

Ein Beschuß und seine Alternative

VON MARTIN FOCHLER

Die Verarbeitung der Geschichte der DDR wäre ohne Auseinandersetzung mit dem Parteikonzept unvollständig. Und in dieser Auseinandersetzung könnten sich die Erfahrungen von diskussionsbereiten Ost- und Westlinke treffen.

Der auf der vorigen Seite dokumentierte Beschuß des Parteitages in Sachen „Offenlegung der politischen Biographie“ basiert erkennbar noch auf dem Macht- und Geltungsanspruch des alten Parteiewesens. Zum Glück entziehen sich die Parteiversammlungen der PDS zumeist der Zumutung, Bewerberinnen und Bewerber dem Beschuß entsprechend auszuforschen. Wie ist diese feststellbare politische Tatsache zu interpretieren?

Den Parteiversammlungen kämen — nach der Beschußlage — die Aufgaben der Klage, der Ermittlung, der Anklage, der Verteidigung, des Gerichts und des Vollzugs gleichzeitig zu. Das will die Mitgliedschaft nicht, und das ist ein Anzeichen für eine geänderte Praxis sozialistischer Parteipolitik. Wäre es anders, so hätten sich die Parteigliederungen z.B. unentwegt mit vertraulich bleibenden Anschuldigungen auseinanderzusetzen — Spätestens hier sollte auffallen, daß die Durchführung dieses Beschlusses darauf hinausläuft, das alte IM-Unwesens in verkleinertem, aber leider immer noch nicht lächerlichem Maßstab fortzusetzen. Wie gesagt, obwohl Parteiversammlungen der PDS nicht arm an Konflikten sind, verweigert sich die breite Mitgliedschaft diesem Konfliktstoff. So kommt, was aufkommt, nachträglich auf. Laut Beschuß sind dann die Fraktionen am Zuge. Sie haben die Niederlegung des Mandates zu betreiben und sind gehalten, andernfalls die betroffene Person auszuschließen. Da die betroffene Person in aller Regel diejenigen kennt, die über sie richten und die sie strafen, wird der Vorgang von den Betroffenen als neues, schreiendes Unrecht empfunden werden, zumal Einspruch und Abhilfe kaum möglich sind.

Die Beschußalternative der AG ChristInnen bei der PDS führt zu der Konsequenz, daß die Partei sich nur mit Tatsachen auseinandersetzt, die in einem geordneten Verfahren öffentlich geworden sind. Fortschrittliche Christen wissen, was geschieht, wenn sich eine Gesinnungsgemeinschaft, zum Beispiel eine Kirche, als öffentliche Gewalt formiert. Inquisition, Hexenprozeß, öffentliches Abschwören, und noch im mildesten Fall wird das öffentliche Leben durch Heuchelei vergiftet.

Die — reale — Partei neuen Typs, gemeint ist die, die immer recht hatte und infolgedessen alles durfte, kann es in ihrer Wirkungsgeschichte mit den Verbrechen organisierter Religion aufnehmen. Davor handelt gern und ausführlich die Stalinismus-Diskussion.

Wäre es nicht an der Zeit, einmal einen tatsächlichen Schnitt zu machen und in einer wichtigen Sache die Vollmachten und Aufgaben der Partei zurückzuschneiden und angesichts der Fehler der Vergangenheit als erstes die Fortsetzung zu vermeiden?

Oft wird gesagt, die Partei müsse ihren Respekt vor den Opfern des realsozialistischen Systems ausdrücken. Es gibt dafür aber keinen Weg als durch

Eine Jenaer Veranstaltung

Vom Umgang mit beschädigten Biographien

VON DIETER STRÜTZEL

50 bis 60 Leute hatten in dieses ominöse Thema so viel Interesse projiziert, daß sie der Einladung des Jenaer Forums für Wissenschaft und Bildung zu einem Gespräch gefolgt waren, das seine Prägung durch den Moderator erfuhr: Michael Möller, Chef der Fernsehabteilung des Mitteldeutschen Rundfunks, ein „Wessi“ natürlich, einst Korrespondent der FAZ und daher mit der Materie nicht erst seit dem 3. Oktober 1990 bekannt. Ein Mann, der die deutsche Einheit freudig begrüßt hat und nun tief besorgt feststellt, wie die Gräben immer tiefer werden. Ein Wessi, dem seine Zuhörerinnen und Zuhörer gern bescheinigten, der „Besserwessi“ habe zum Glück nur am Anfang durchgeschielen. Ein Könnner seines Fachs, der ein Gespräch zustande brachte, für das Auditorium und Moderator sich am Ende nicht nur förmlich gegenseitig bedankten, in der Hoffnung, am Anfang eines Gesprächs zu stehen, das von Emotionen zu dem übergehen könnte, was er mit Günter Eichs Gedicht *Inventur* genau bezeichnete.

Michael Möller war bewußt in jenen eingeschobenen Verein gegangen, wohl wissend, wie viele er von jenen 80 % ehemaliger Gesellschaftswissenschaftler der Jenaer Universität treffen würde, die aus gutem Grund vertrieben zu haben sich die derzeitigen Meinungsführer dieser Hohen Schule rühmen. Die drei deutschen Lebensläufe, die er einst vorstellte, hätten in Zeiten, als es noch Literatur gab, einen ganzen Novellenkranz hergegeben. Und der studierte Ethnograph aus dem Elsaß, der so entschieden die These von der Kolonialisierung des Ostens in Abrede stellte, brachte mit seinem Verweis auf die reichen Traditionen deutscher Bürokratie beim Anschluß Westpolens, Süddänemarks und Elsaß-Lothringens und die ethnographischen Konzepte des *internal colonialism* das Schlagwort auf die Realität von Geschichte und Gegenwart.

So nimmt es auch nicht wunder, daß nur zwei seiner zahlreichen Gesprächspartner in den eigenen Biographien Beschädigungen aus der DDR-Zeit reflektierten, mehrheitlich aber jene handfesten sozialen, moralischen und menschenrechtlichen Beschädigungen zu Sprache kamen, die aus dem von niemandem verteidigten Vollzug des ostdeutschen Anschlusses herrühren. Gleich, ob Rednerinnen und Redner nun die Freude des Moderators über die deutsche Einheit teilten oder ob sie dem 9. November die Hoffnungen des 4. entgegenstellten oder *Einheit* als etwas Geschlossenes in Abschottung gegen den Süden und Osten generell in Frage stellten, Möllers aus dem Konzept des *internal colonialism* (d.h. der materiellen und wertmäßigen Strukturabhängigkeit der Peripherie von den Zentren und der privilegierten Besetzung aller Führungspositionen durch Leute aus der Metropole) hergeleitete Feststellung, in Ostdeutschland mache sich zunehmend auch so eine Art *Sinn Fain* (Name der irischen Anti-England-Bewegung, zu deutsch *Wir selbst*) bemerkbar, fand gut begründeten Widerspruch: Es gehe um die Verteidigung wohl begründeter Wertentscheidungen aus dem Osten gegen die an ihre Stelle gesetzten aus dem Westen: die Entscheidung für die

Rudolf Nitsche:
Diplomat im besonderen Einsatz Eine DDR-Biografie

176 Seiten, 18,00 DM
ISBN 3-929994-22-4

Josef Schwarz:
Bis zum bitteren Ende 35 Jahre im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit

176 Seiten, 18,00 DM
ISBN 3-929994-23-2

Hans Fricke:
Davor — Dabei — Danach Ein ehemaliger Kommandeur der DDR-Grenztruppen berichtet

240 Seiten, 19,80 DM
ISBN 3-926922-18-4

mit der Brechung des Bildungsmonopols der Besitzenden erfahrene umfassende Befreiung, die Verteilung der in den Plattenbauten erfahrenen guten Nachbarschaft sozial und kulturell Ungleicher gegen die soziale Trennung und Fremdheit in farblich oder auch städtebaulich vielleicht besseren Wohnsiedlungen des Westens und des neuen Ostens oder die durch gemeinsames Leben entstandenen Freundschaften in den Osten gegen die Abschottung Deutschlands oder auch der DDR-Lamorjans gegen die Probleme und die schreinende Not in den einstigen Bruder-(und Schwester-)Ländern.

Nur einmal aber wurde die Voraussetzung des ganzen Gesprächs hinterfragt: Wieso denn die *beschädigten Biographien* nur im Osten und dort auch nur bei bestimmten Institutionen oder Positionen festgemacht würden, während schon aus dem Begriff die Behauptung von den — natürlich im Westen angesiedelten — *unbeschädigten Biographien* hervorgehe. So sei doch heute bei vielen westdeutschen Kollegen gerade das zu beobachten, was als Beschädigung im Osten festgestellt wird: das Nicht-Standhalten gegenüber politischem Druck, die Unterordnung der Wissenschaft unter fremde Interessen.

In der Tat: Hinterlässt die offenkundige Diskrepanz zwischen den wackeren zivilcouragierten Bemühungen des Moderators und den von ihm verantworteten Fernsehsendungen keine Beschädigungen? Bei seinen MitarbeiterInnen und ZuschauerInnen? Vielleicht auch bei ihm selbst? Oder: Zeugen die von Möller beklagte Entpolitisierung der westdeutschen Intelligenz in den 80er Jahren oder ihre Fortsetzung in der gesamtdeutschen Aufbau-Entpolitisierung nicht von erheblichen Beschädigungen von Biographien? Die Fragen ließen sich fortsetzen. Es werden wohl immer nur Selbstherrlichkeit und Verstocktheit wachsen, solange wir den anderen ihre Beschädigungen vorwiesen, statt uns gemeinsam zu fragen, woran wir denn welchen Schaden genommen haben und nehmen, und uns bei diesen Fragen nicht herausnehmen und mit dem *Wir*-immer nur *die anderen* meinen. Das gilt auch, wenn sich die Proportionen anders erweisen sollten als in der Frage des Zimmermanns aus Nazareth: *Warum siehst Du den Splitter in Deines Nächsten Auge, und nicht den Balken in Deinem eigenen Auge?*

Das setzt allerdings voraus, die eigenen Verhältnisse nicht unhinterfragt und vor allem unhinterfragbar zu halten. Da verriet sich nun unser Moderator auffällig. So berechtigt seine Kritik an Günther Kunerts jüngst wieder in der *Süddeutschen Zeitung* vorgetragenen Leugnung einer DDR-Identität war (als könne Identität zu- und abgesprochen werden wie die Staatsbürgerschaft), seine Erklärung war nicht einmal im Bild stichhaltiger, als er diese resistente Identität mit der Idylle von Philemon und Baucis aus dem *Faust* verglich, die in der Aufbau-Welt untergeht. Wann werden Glanz und Reichtum einer tätig-freien Welt nicht mehr ihre Schöpfer, die Gewaltigen Gesellen Krieg, Handel und Piraterie, verdecken? Wann die Deutschen am Ende der Industriegesellschaft sehen, was der blinde Faust nicht sehen kann, der deutsche Nationaldichter aber beim Aufziehen dieser Gesellschaft vor mehr als 160 Jahren so eindringlich niederschrieb: daß der geschäftige Lärm dieses Welt-Theaters nicht von freiem Volk auf freiem Grund herrührt, sondern das Geklirr der Hacken und Spaten ist, mit denen ihm die Lemuren (eine dem Teufel hörige Halbaffenart) sein Grab graben? Wenn nicht wenigstens so gefragt wird, erweist sich auch Möllers abschließende These, in Deutschland stießen heute postmoderne und post-kommunistische Welt zusammen, als trügerisch, weil inkonsistent: Sind es nicht zwei Wege einer Nation in der Moderne, die sich nur phasenverschoben als Irrwege erwiesen haben? Vielleicht ist nur diese Frage ein Weg zur Gestaltung der inneren Einheit.

□

Werner Kaulfuß / Johannes Schulz:
Dresdner Lebensläufe.
Zeitzeugen berichten vom Leben und
vom Umbruch im Bezirk Dresden

248 Seiten, Preis 18,00 DM
ISBN 3-929994-02-X

Linke Winterschule 1995 in Schnepfenthal/Thüringen

Kursangebote und Diskussion

Einladung

Wann und wo?

Anfang Januar findet zum sechsten Mal die von der PDS Thüringen unterstützte Linke Schule in Schnepfenthal (Thüringen) statt. Das Programm der drei Arbeitsgruppen Geschichte, Wirtschaft/Gewerkschaften und Philosophie wird im folgenden veröffentlicht. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Die Linke Winterschule beginnt am Donnerstag, den 5. Januar, um 14.00 Uhr und endet am Sonntag, den 8. Januar, gegen Mittag, je nach Vereinbarung der Arbeitsgruppen. Nach aller Erfahrung ist die Hinfahrt am Donnerstag vormittag und die Rückfahrt am Sonntag nachmittag zu bewältigen, sowohl per Auto als auch mit der Bahn, so daß maximal zwei Urlaubstage zu nehmen sind.

Wie in den Jahren zuvor findet die Schule im Hotel Hermannstein, Am Hermannstein 12, Tel. (03622) 2917, statt. Der Ort ist zu erreichen: Mit dem Auto von der A4 die Abfahrt Waltershausen nehmen und etwa 6 km in Richtung Friedrichroda fahren; in Schnepfenthal nach der Bahnschranke Hinweischilder beachten, „Hermannstein“ ist gut ausgeschildert. Mit der Bahn: Entweder umsteigen in Fröttstädt (liegt auf der Strecke Eisenach — Gotha) in den Zug in Richtung Friedrichroda; Schnepfenthal hat einen eigenen Bahnhof! Oder umsteigen in Gotha und die Thüringerwaldbahn benutzen. Vom Bahnhof Schnepfenthal sind dann noch etwa 900 m zu laufen.



Die Tagungsstätte liegt landschaftlich sehr schön. Die Unterbringung erfolgt in Bungalows in Zwei-Bett-Zimmern (wahlweise in Drei-Bett-Zimmern etwas preisgünstiger). Die Kosten für Übernachtung plus Vollpension betragen 50,— DM pro Tag. (Wer vegetarisch isst, möge das bitte bei der Anmeldung mitteilen, damit sich der Wirt rechtzeitig darauf einstellen kann.)

Anmeldung für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den westlichen Bundesländern bei: Christiane Schneider c/o GNN Hamburg, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (040) 381393. Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den östlichen Bundesländern bei: Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. (0365) 7101988. Wir bitten um Anmeldung bis zum 21.12.94, möglichst mit Angabe einer Telefonnummer, damit gegebenenfalls Fahrgemeinschaften angeregt werden können.

AG Geschichte

Themen und Literaturliste

- I. Rechtskonservatismus und Neofaschismus (Vortrag von MdB Prof. Ludwig Elm (Jena) und Diskussion; Textgrundlage: Ernst Nolte, *Konservatismus und Nationalsozialismus*)
- II. Klassische und aktuelle Faschismus-Analysen
1. Die Faschismus-Analysen der KPO, der Komintern und Wolfgang Abendroths.

(Vorbereitung Thomas Schröter [angefragt] und Dieter Strützel; Textgrundlagen: August Thalheimer, Kritik des Programm-Entwurfs der Kommunistischen Internationale. 4. Der Faschismus; Georgi Dimitroff: Referat auf dem VII. Weltkongress der Komintern, Faschismus-Absätze)

2. Die Faschismus-Aufsätze Alfred Kurellas (Vorbereitung Dieter Strützel)
3. Die Faschismus-Analyse des Turiner Parteitags der KPI und der heutige italienische Neofaschismus (Vorbereitung: N.N.)
4. Faschismus-Theorien und Hitler (Vorbereitung Prof. Manfred Weißbecker [Jena])

III. Werkstatt zur Analyse der *Jungen Freiheit* (Vorbereitung: BWK, Antifa Erfurt)

Literaturempfehlungen:

Die bei den einzelnen Themen genannten Texte werden als Lesematerial ab Mitte Dezember denen zugesandt, die sich für die Teilnahme gemeldet und um Zusendung (gegen Porto und Kopie-Kosten) gebeten haben. Die anderen Literaturempfehlungen dienen als Hilfe für die jeweilige individuelle Vor- oder Nachbereitung. Sie wurden von einzelnen Themen-Verantwortlichen empfohlen.

1. Reinhard Kühnl, 1979, *Faschismustheorien. Texte zur Faschismusdiskussion 2. Ein Leitfaden*, Reinbek
 2. August Thalheimer, 1993, *Programmatische Fragen. Kritik des Programm-Entwurfs der Kommunistischen Internationale (VI. Weltkongress)*, Decaton, Mainz. Abschnitt 4, *Der Faschismus*, S. 52-72
 3. 1971, VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Referate. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main.
 4. Georgi Dimitroff, *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus*, Abschnitte: *Der Faschismus und die Arbeiterklasse*, *Der Klassencharakter des Faschismus*, *Was bringt der Sieg des Faschismus den Massen?*, *Ist der Sieg des Faschismus unvermeidlich?* *Der Faschismus ist eine grausame, aber keine feste Macht*, siehe Literaturangabe 2., S. 74-86
 5. Jens Becker, 1992, *Der Widerstand der KPD-O im Faschismus*. Podium Progressiv 8, Mainz, Abschnitt *Faschismus-Analyse der KPD-O*, S. 30-34
 6. Fred Schmid, 1994, *Forza Italia. Vorwärts in die Vergangenheit. Ökonomische Hintergründe zur Rechtsentwicklung in Italien*, isw-Spezial Nr. 7, München zu beziehen gegen Schutzgebühr von 5,— DM über isw — sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., 80939 München, Georg-Wopfner-Str. 46, Tel. (089) 3231780]
- Berichterstattung: Dieter Strützel, Jörg Detjen



Das Dritte Reich 1934

AG Philosophie

Auseinandersetzung mit Nietzsche

Der Kurs Philosophie der Winterschule wird sich diesmal mit Texten von Nietzsche befassen. In den bisherigen Kursen (Stichworte: Kritische Philosophie Kants; Dialektik der Aufklärung, Horkheimer/Adorno; Theorie vom kommunikativen Handeln, Habermas; Dekonstruktion, Delegitimation, Diskurs, Lyotard, Derrida, Foucault u.a.) wurden Texte gelesen und diskutiert, von denen sich schon aus ihrer Wirkungsgeschichte eine Hinordnung zu Widerstand, Kritik und Emanzipation zwanglos ergibt.

Mit Nietzsche verhält es sich anders. Seine Auffassungen wurden und werden zur Legitimation politisch reaktionärer Meinungen benutzt. Und wer diese Texte nach Indikatoren durchsucht, um sie als „fortschrittlich“ oder als „reaktionär“ zu bewerten, wird den Daumen senken, denn die Haltung, die Nietzsche zu den sozialen und politischen Bewegungen seiner Zeit einnimmt (Stichworte: Arbeiter, Frauen, Demokratie), hat ihren Schwerpunkt weit rechtsaußen.

Dennoch hat sich Nietzsche konsequent nicht als Leib- und Magenschriftsteller der Herrschenden bewährt. Dies hängt damit zusammen, daß in seinen Schriften jahrtausendlang kultivierte Denkformen der Herrschaft, so der Gedanken des Folgen-Sollens, des Lebens in Nachfolge von irgendwem, des Strebens nach Verwirklichung eines vorgedachten Ideals usw., erläutert und dem Gelächter preisgegeben

wurden. In der Jugendbewegung, die in der alten BRD den berühmt gewordenen 68ern vorausging und die einer Vielfalt von geheiligten Anforderungen und Autoritäten praktisch wehrlos gegenüberstand, wurde Nietzsche gern und viel gelesen.

Daß die Wissenschaft der DDR sich eine breiter angelegte Diskussion über Nietzsche lieber nicht leisten wollte, deutet auch auf das Überleben der alten Metaphysik von Macht und Autorität (ausgerechnet unter der Bezeichnung des „Realen“) im Sozialismus.

Wie in den bisherigen Kursen auch, werden mehr Texte vorgeschlagen, als gemeinsam gelesen werden können. Realistisches Ziel des Kurses ist aber, daß auch die nicht direkt verhandelten Texte für alle Teilnehmenden einer nachträglichen Lektüre erschlossen werden.

Bis jetzt liegen bei uns folgende Textempfehlungen vor (ungefähre Längenangaben in Buchseiten):

Über Wahrheit und Lüge im außermoralischen Sinne. 15 S.
Jenseits von Gut und Böse, Von den Vorurteilen der Philosophen, 44 S.
Zur Genealogie der Moral, Erste Abhandlung „Gut und Böse“, „Gut und Schlecht“, 31 S.
Die dionysische Weltanschauung, 23 S.

Wegen der vielen widersprüchlichen Aussagen in den Texten ist die Orientierung schwierig. Zur Textauslegung herangezogen soll das Kapitel zu Nietzsche aus der *Chrestomathie zur Geschichte der neuesten und gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie* (von 1840 bis zur Gegenwart), 1980 herausgegeben von Dr. Hans-Martin Gerlach (DDR)

Weitere Textvorschläge können gerichtet werden an: Christiane Schneider (s.o.)

Über das schließliche Vorgehen wird entschieden werden, wenn die Gruppe in Schnepfenthal zusammen ist. Die Texte werden kopiert vorliegen. Wer sie sich selbst kaufen möchte, sei auf die Kritische Studienausgabe von Giorgio Colli und Mazzino Montinari verwiesen (Dünndruck-Ausgabe bei dtv/de Gruyter oder, als einzelne Texte, bei Reclam Stuttgart).

Berichterstattung: Martin Fochler

AG Wirtschaft

Drei Schwerpunkte

— Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes der PDS und Organisation von Selbstverwaltung; Pläne der SPD für ein Arbeitsgesetzbuch sowie die gewerkschaftliche Diskussion über Grundrechte im Arbeitsverhältnis (wir bemühen uns um einen Referenten aus der Bundestagsgruppe der PDS West; auch Gewerkschafter wären gefragt).

— Memorandum 94 und Jahresgutachten des Sachverständigenrats (wir sind auf der Suche nach einem Referenten, eventuell aus der Wirtschafts-AG der PDS), Diskussion um Reform des Stabilitätsgesetzes und sonstige aktuelle Fragen der Wirtschaftsentwicklung.

— Wohnungsbau / Genossenschaftswesen oder Landwirtschaft / Grundrente (hier wird u.a. von zuständigen PDS-Politiker(innen) aus Thüringen berichtet werden).

Berichterstattung: Michael Gerstenberger, Peter Feininger, Michael Ohse



Links: Drohung. Rechts: Harmonie. Linolschnitte von Gerd Arntz

Der Fall Nietzsche

Ein Stück DDR-(Endzeit)-Geschichte

VON JENS-FIETJE DWARS

„Der Socialismus [...] begehrte eine Fülle der Staatsgewalt, wie sie nur je der Despotismus gehabt hat, ja er überbietet alles Vergangene dadurch, dass er die förmliche Vernichtung des Individuums anstrebt: als welches ihm wie ein unberechtigter Luxus der Natur vorkommt und durch ihn in ein zweckmässiges Organ des Gemeinwesens umgebessert werden soll.“

Friedrich Nietzsche

Menschliches, Allzumenschliches (I, 473)

Im Juni 1987 berichteten die *Deutschen Studien* von „erstaunlichen Vorkommnissen beim Umgang mit dem kulturellen Erbe“ in der DDR. Deren „potentiell folgenreichste“ sah Werner Hildebrandt in einer heimlichen Hinwendung zu Heidegger und Nietzsche: „Die Lebensphilosophie konkurriert ernsthaft mit dem Marxismus wie auch mit der Routine gewordenen Klassikverehrung.“¹

Nietzsche war eine Unperson. Zwar hatte der sowjetische Stadtkommandant von Weimar 1945 die Sprengung des Nietzsche-Archivs verhindert, so daß Colli und Montinari mit Weimarer Hilfe die erste wirklich kritische Gesamtausgabe seiner Werke erststellen konnten, von denen jedoch in der DDR selbst lediglich 1985 das Manuskript des *Ecce homo* als Faksimiledruck erschien. Freilich äußerst stilvoll, ein Leckerbissen für zahlungskräftige Ästheten zum damals horrenden Preis von 230 Mark. Mein monatliches Stipendium betrug 200 Mark, genug, mir eine „Chrestomathie“ von der „Zentralstelle für Lehr-

und Organisationsmittel des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen“ aus dem Jahre 1980 zu bestellen. Die enthielt, auf Klopapier, Auszüge aus drei Nietzsche-Schriften, zum Studium der „neuesten und gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie“. Daneben stand meine Kröner-Volksausgabe, in Leder und Goldschnitt, von 1930, aus einem polnischen Antiquariat.

Eine Studienedition zur kritischen Auseinandersetzung, wie sie auf Festreden verkündet wurde, lag jahrelang beim Reclam-Verlag „auf Eis“. Daß der Herausgeber, Friedrich Tomberg, in seiner Einleitung Nietzsche-Sätzen fast gleichlautende Lenin-Zitate zur Seite gestellt hatte, behinderte die „Druckgenehmigung“. So erschien *Die fröhliche Wissenschaft* erst 1990 in dem gleichen Verlag mit einem Vorwort von Renate Reschke, für das die Entstehungszeit 1985/89 vermerkt ist. Letztere hatte 1983 bereits versucht, in ihrer Dissertation B (Habilitation) ein differenzierteres Bild des Kulturkritikers

Nietzsche zu zeichnen, das seine platte Verdammung als Präfaschist und irrationaler Imperialismus-Apologet mit marxistischer Begrifflichkeit in Frage stellte. Eine Arbeit, die natürlich nicht von den (zentral verwalteten) Verlagen der DDR gedruckt wurde. Stattdessen erschien 1989 eine Nietzsche-Monographie von Heinz Malorny, die erste Gesamtdarstellung seiner Philosophie aus der Sicht der DDR — im Jahr ihres Untergangs.³

Im Dezember 1987, als Malorny gerade sein abschließendes Vorwort zur Abrechnung mit dem „welthistorischen Gegenspieler von Karl Marx“ zu Papier brachte, geschah jedoch etwas Außerordentliches: Im September/Okttober-Heft der Zeitschrift *Sinn und Form* fand sich Wolfgang Harichs Entgegnung auf einen Aufsatz von Heinz Pepperle. Der Philosophiehistoriker hatte genau ein Jahr zuvor am gleichen Ort Anmerkungen zur linken Nietzschesche „Revision“ publiziert. Montinari ward darin (allzu-) schnell abgefertigt, ohne nach den Gründen für die Renaissance des überwunden geglaubten Denkers in der westlichen „Linken“ zu fragen. Stattdessen sollte das traditionelle Muster marxistischer Ideologie-Kritik, als deren Vorbild der gerade wieder hoffähig gemachte Georg Lukács⁴ galt, mit der Unterscheidung von (objektiv „richtiger“) Problemstellung („Nihilismus“) und (subjektiv bzw. „klassenbedingt“ „falscher“) Antwort („Übermensch“) in Nietzsches Philosophie „vertieft“ werden.⁵

Allein darin aber sah Harich bereits ein Abgenen von Grundpositionen des Marxismus. Gegen seine drohende „Entnazifizierung“ wird Nietzsche als „Riesenloake“ und ekelregender „Abschaum“ heraufbeschworen, als ein teuflischer Bazillus, der „ins Nichts“ des totalen Vergessens gehöre — ineins mit der durch ihn „verseuchten“ Kunst vom Futurismus bis zur expressionistischen Malerei und Lyrik.⁶ Gegen solcherart Verdammung der ästhetischen Moderne erhob nun wiederum Stephan Hermelin lautstarken Protest. Auf dem X. Schriftstellerkongress, in dessen Verlauf unter anderem Christoph Hein die Abschaffung der Zensur forderte, wuchs der Gelehrtenstreit Ende November zu einem Politikum: Jetzt ging es um die Freiheit der Kunst gegen „Ignoranten und dogmatische Berserker“, die sich ein ideologisches Scharfrichteramt anmaßen.⁷ Wobei der Dichter seinerseits das faschistische Erbe Nietzsches mit einem einzigen Zitat abtat, auf Thomas Mann verweisend, man dürfe den Philosophen eben nicht wörtlich nehmen. Wie aber dann?

Dass hier der Antidogmatismus Gefahr lief, selbst dogmatisch zu werden, hat sogleich Hanfried Müller bemerkt. Ein in der Tradition der Bekennenden Kirche stehender Theologe, der auch nach der „Verantwortung des Denkers für seine Gedanken“ zu fragen forderte. In Hermlins Rede sah er eine unreflektierte Ehrenrettung Nietzsches durch rein ästhetische Betrachtung, die zum Vertrauensbruch zwischen Christen und Marxisten führe: Denn mit der Öffnung zum Irrationalismus werde an den „Grundlagen“ gerüttelt — an „Vernunft und Humanismus“.

Das war das Stichwort für Kurt Hager, den Ideologie-Sekretär des ZK der SED. Vor Lehrkräften des „marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums“ erklärt er in Anknüpfung an den Theologieprofessor, Nietzsche sei als „Ganzes“ mitsamt seiner geschichtlichen Wirkung zu begreifen.⁸ Bereits am Tag zuvor hatte Manfred Buhr, der oberste Institutsphilosoph an der Akademie der Wissenschaften der DDR, auf einer Philosophiehistorikertagung vom „Phänomen Nietzsche“ gesprochen, dem nur in einer sachlichen Diskussion beizukommen wäre. Als deren Auftakt erschien sodann im Januar-Heft 1988 von *Sinn und Form* Buhrs Statement neben acht weiteren Wortmeldungen, einschließlich einer Replik von Pepperle.⁹ Ihr Tenor lautete schlicht: Wehret den Anfängen, denn Harich ist ein dogmatischer Dummkopf und Nietzsche eben widersprüchlicher, als man gemeinhin denkt.

Das war freilich magen und ein Zeichen, dass es gar nicht um Nietzsche ging, sondern um die Wahrung einer gewissen Liberalisierung im Kulturbetrieb der DDR, von der die Beteiligten glaubten, sie erkämpft zu haben, statt wahrzunehmen, dass der langsam aufbrechende Meinungspluralismus ein Signum des Systemzerfalls war — und wie wenig sie selbst mit den entstehenden Freiräumen anzufangen wußten. Denn eine eigenständig argumentative Auseinandersetzung mit den Denkfiguren Nietzsches kam ja nun nicht zustande.

Vielmehr ist es dem Starrsinn Harichs zu verdanken, dass er, der acht Jahre im Zuchthaus geses-

sen hatte als Verfasser der einzigen alternativen Konzeption nach dem XX. Parteitag der KPdSU¹⁰, zu Honecker höchstpersönlich ging, um den Antifaschismus als Staatsgrundlage einzuklagen und Buhr zur Fortsetzung der längst eingeschlafenen „Diskussion“ zu nötigen. Der wiederum lud ein Dutzend Eingeweihte in sein Institut für Philosophie und ließ den unbequemen Alten referieren. In einem kleinen Versammlungsraum saß er vorn an einem Tisch mit Harich, der, mit schlöhweißem Haar und funkelnden Blicken, ein Tonband einlegte, auf das er einen Vortrag gesprochen hatte, um Rücksicht bittend für seine schwache Stimme. Und während der Apparat nun von Mussolini zu erzählen begann als dem Vermittler zwischen Nietzsche und Hitler, griffen die Zuhörer an weiß gedeckten Tafeln zu beladen Brötchen, und allmählich vermengte sich das blecherne Rassel des Lautsprechers mit dem Glucksen der Kaffeekannen, mit dem Schlürfen, Schmatzen und Stöhnen der angestrengt Lauschenden. Dann stritten Malorny und der „Referent“ noch ein wenig, wer der bessere Historische Materialist sei, bis man sich schließlich einigte, demnächst erneut zusammenzukommen.

Das war der „Fall Nietzsche“ in der untergehenden DDR — oder die Legende vom Wiederaufgang Nietzsches im Fall des Traums von einem anderen Deutschland. Fünf Jahre später sind die Zeitungen jetzt voll der Geschichten über den großen Denker, der an seinem 150. Geburtstag wieder Einzug hält in seine Heimat zwischen Röcken, Naumburg und Weimar. „Denn er ist unser“ — und genußvoll zitiert man den großen Verächter: „Ich bin abgeneigt, 1. dem Sozialismus, weil er ganz naiv vom ‚Guten, Wahren, Schönen‘ und von ‚gleichen Rechten‘ träumt (— auch der Anarchismus will, nur auf brutalere Weise, das gleiche Ideal);“ — doch seltener auch das andere Bekenntnis: „2. dem Parlamentarismus und Zeitungswesen, weil das die Mittel sind, wodurch das Herdentier sich zum Herrn macht.“

Anmerkungen

- ¹ Werner Hildebrandt: *Kulturelles Erbe und Selbstverständnis als Klammer der Deutschen*, in: *Deutsche Studien*, Heft 98, XXV. Jg., Juni 1987, S. 116
- ² Renate Reschke: *Die Anspornende Verachtung der Zeit. Studien zur Kulturkritik und Ästhetik Friedrich Nietzsches*. Humboldt-Universität Berlin 1983
- ³ Heinz Malorny. *Zur Philosophie Friedrich Nietzsches*. Berlin 1989
- ⁴ Bis zu seiner Mitarbeit in der Nagy-Regierung (1956) hatte Lukács' Realismus-Theorie die (marxistische) Literaturwissenschaft und Ästhetik an den Hochschulen der DDR dominiert. Nachdem er im Jahr darauf als Inspirator „staatsfeindlicher Aktivitäten“ in den Prozessen gegen Wolfgang Harich und Walter Janka bezeichnet worden war, sagten sich seine einstigen Schüler 1960 von dem „Revisionisten“ los. Erst 1975 und 1977 erschienen im Reclam-Verlag Leipzig wieder Aufsatzsammlungen über bzw. von Lukács, 1981 *Die Eigenart des Ästhetischen* (von 1963) sowie 1984 *Die Zerstörung der Vernunft* (Nachdruck von 1955) und zwei Jahre später *Der junge Hegel* (Nachdruck von 1954).
- ⁵ Heinz Pepperle: *Revision des marxistischen Nietzsche-Bildes?*, in: *Sinn und Form*, 38. Jg. (1986), 5. Heft, S. 934-969
- ⁶ Wolfgang Harich: „Revision des marxistischen Nietzsche-Bildes?“, in: *Sinn und Form*, 39. Jg. (1987), 5. Heft, S. 1018-1053
- ⁷ Stephan Hermlin: Von älteren Tönen, in: *Sinn und Form*, 40. Jg. (1988), 1. Heft, S. 179-183
- ⁸ Hanfried Müller: Das geht auch uns an!, in: *Weißenseer Blätter*. Hg. im Auftrag des Weißenseer Arbeitskreises (Kirchliche Bruderschaft in Berlin-Brandenburg), Heft 5/1987, S. 47-50
- ⁹ Vgl. ders.: Zur Resonanz in Sachen: „Nietzsche-Renaissance?“, in: *Weißenseer Blätter*, Heft 1/1988, S. 58-61
- ¹⁰ Vgl. *Sinn und Form*, 40. Jg. (1988), 1. Heft, S. 179-219
- ¹¹ Vgl. Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, in: Wolfgang Harich: *Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit*. Berlin 1993, S. 111-160 — Dagegen hatten weder Walter Janka noch der 1958 aus dem Politbüro gedrängte Karl Schirdewan ein über ihre persönlichen Moralvorstellungen hinausgehendes Konzept politischer Veränderung erarbeitet!

Massenarbeitslosigkeit

Alternativen zur Politik der Bundesregierung

VON KLAUS STEINITZ

Die Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit hat in der Bundesrepublik und in der gesamten kapitalistischen Welt neue Dimensionen erreicht, die nur noch mit dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise 1929/33 verglichen werden können. In der Bundesrepublik gab es Anfang 1994 4 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose und 6 bis 7 Millionen real Arbeitslose. In den Ländern der EU lagen die entsprechenden Größen bei 18 bzw. bei 27 bis 30 Millionen Arbeitslosen. In den osteuropäischen Ländern steigt die Arbeitslosigkeit sprunghaft an. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt teilweise schon bei über 10% und wird real mehr als 20% betragen, ohne daß für diese Menschen ein soziales Sicherheitssystem besteht. Dabei geht es insbesondere um folgende Fragenkomplexe.

Erstens: Ist eine Ausdehnung, Erweiterung der Erwerbsarbeit, die ja unter den realen Verhältnissen, unter denen wir leben, im Kern Lohnarbeit, Ausbeutung bedeutet, überhaupt wünschenswert? Diese Frage ist unter den Linken nicht unbestritten. So wird von einigen linken Theoretikern die Auffassung vertreten, die Forderung nach dem Recht auf Erwerbsarbeit sei reaktionär, weil sie die kapitalistischen Verhältnisse festige und die Sphäre der Profitproduktion vergrößere, oder sie sei für die Menschheit schädlich, weil die Ausdehnung der Erwerbsarbeit die ökologischen Lebensgrundlagen der Menschen untergrabe.

Zweitens: Gibt es unter den konkreten Bedingungen der 90er Jahre, unter denen die notwendige Arbeitsmenge im produzierenden Bereich mit hoher Sicherheit zurückgehen wird, eine reale Chance, um soviiele Arbeitsplätze neu zu schaffen, daß die Arbeitslosigkeit spürbar reduziert werden kann?

Drittens: Ist eine Alternative, die konkrete Wege zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zeigt, gesellschaftlich, politisch überhaupt realisierbar? In diesem Zusammenhang entstehen mehrere Fragen sowohl prinzipieller als auch praktischer Art.

— Geht ein Konzept zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit nicht an die Grundsubstanz der kapitalistischen Gesellschaft, und ist es grundsätzlich im Rahmen dieser Gesellschaft realisierbar.

— Ist Arbeitslosigkeit, die Existenz einer Reservearmee, nicht eine notwendige Existenzbedingung für die kapitalistische Reproduktion?

— Kann ein solches Konzept zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit überhaupt finanziert werden, und ist es infolge der Internationalisierung des Wirtschaftslebens im Rahmen einer nationalstaatlichen Politik durchsetzbar?

— Welche Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis sind notwendig, um eine konsequente Politik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durchführen zu können?

Diese und andere Fragen werden wohl noch längere Zeit umstritten bleiben. Ich will nicht versuchen, definitive Antworten, sondern vielmehr einige Anregungen für eigenes Nachdenken und die Diskussion zu geben.

Zur ersten Frage, der Perspektive der Erwerbsarbeit

Auch unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse, der weitgehenden Identität von Arbeit und Ausbeutung, ist die Forderung nach Arbeit für alle, die arbeiten wollen, meines Erachtens für eine linke, sozialistische Partei unverzichtbar. Dazu einige Überlegungen:

— Die Arbeit bleibt entscheidende Grundlage für die Selbstverwirklichung des Menschen, auch wenn dieser Zusammenhang im Kapitalismus durch die Entfremdung wesentlich eingeschränkt ist; sie bleibt wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Ohne die Möglichkeit, an der gesellschaftlichen Arbeit teilzunehmen, verkümmern die erworbene Qualifikation, die Fähigkeiten der Menschen, ihre sozialen Beziehungen, d.h. bestimmende Seiten der Lebensqualität.

— Die Überwindung der Ausbeutung des Menschen,

des Profitprinzips und auch deren Dominanz, erfolgen nicht auf dem Wege quantitativer Einschränkung kapitalistischer Lohnarbeit. So hat der Rückgang der Erwerbstätigkeit im letzten Jahr in der Bundesrepublik, die Erwerbstägenzahl lag im 1. Quartal 1994 um 1 Mio. unter der des Jahres 1992 (28,5 Mio. gegenüber 29,5 Mio.), nichts mit einer Einschränkung der Sphäre der Ausbeutung zu tun. Vielmehr geht sie mit einer Verschärfung der Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit und Senkung der Reallöhne einher. Die Hauptrichtung, in der die Dominanz des Profitprinzips zurückgedrängt werden muß, besteht m.E. darin, qualitative Veränderungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals zu erreichen, indem die reale Verfügung des Kapitals über die Produktionsmittel und die Produktionsergebnisse, über den akkumulierten gesellschaftlichen Reichtum erreicht werden. Dies muß vor allem auf dem Wege der Demokratisierung des Wirtschaftslebens, einer wirksamen gesellschaftlichen Regulierung und Kontrolle der Wirtschaft sowie durch Veränderungen in den Verteilungsstrukturen zu Gunsten der abhängig Beschäftigten und der Erfüllung sozialer und ökologischer Aufgaben, erfolgen.

— Massenarbeitslosigkeit verschlechtert die Lebens- und Kampfbedingungen für die Gesamtheit der Werktätigen.

- * Die soziale Spaltung der Gesellschaft wird vertieft, erweitert und verfestigt;
- * es erfolgt eine Erosion der Sozialsysteme, die Angriffe des Unternehmerlagers und der politischen Klasse auf den Sozialstaat nehmen zu; in diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage: Sind die sozialen Probleme steigender Massenarbeitslosigkeit auf die Dauer noch durch Umverteilung der Einkommen lösbar? Nach meiner Meinung sind sie es nicht. Einerseits wird dadurch das soziale Grundproblem, Arbeit als Grundlage für die Selbstverwirklichung, nicht berührt. Das gilt auch bei der Einführung einer sozialen Grundsicherung. Andererseits wird bei steigender oder anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit auch bei Umverteilung der Einkommen von unten nach oben die Destabilisierung und Krise der Haushalte, besonders der kommunalen Haushalte, auf die Dauer nicht verhindert werden können;
- * die soziale Basis der Gewerkschaften sowie überhaupt sozialer, ökologischer und demokratischer Bewegungen wird geschwächt; die Gefahr von Rechtsradikalismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit nimmt zu;
- * die Bedingungen für die Durchsetzung von Lohnforderungen verschlechtern sich.

Das Problem dauerhaft hoher Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit besteht vor allem darin, daß dadurch eine Art krisenhafter Selbstzerstörung der Gesellschaft hervorgerufen wird. Mit der Erosion der produktiven Basis wird der Sozialstaat in eine Krise gestürzt, deren Folge eine Art circulus vitiosus ist. Dies ist nicht nur eine ökonomische Konsequenz, sondern auch eine politische: Eine Gesellschaft, die dauerhaft hohe Massenarbeitslosigkeit faktisch akzeptiert, wird auch kaum den Sozialstaat

verteidigen. Es wird viel vom zu teuren Sozialstaat und überzogenen sozialen Ansprüchen gesprochen. Damit werden jedoch die realen ökonomischen Beziehungen auf den Kopf gestellt:

Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Massenarbeitslosigkeit. Die Ursachen für die steigende Haushaltsverschuldung — Ende dieses Jahres über 2000 Mrd. DM —, die natürlich auch mit den steigenden sozialen Lasten zu tun haben, sind nicht zu hohe Ansprüche an Sozialleistungen, sondern das Versagen der neokonservativen Politik bei der Lösung der Probleme, vor allem bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und bei der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft. Allein hieraus resultieren jährliche Haushaltsbelastungen von insgesamt über 200 Mrd. DM.

Die spontanen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise wirken zunehmend in Richtung einer Zerstörung nicht nur der natürlichen Umwelt, sondern auch der wertschöpfenden Arbeit und des akkumulierten Reichtums. Sie verhindern eine Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die für eine nachhaltige, die natürliche Umwelt erhaltende und die Lebensqualität der Menschen erhöhende Wirtschaftsentwicklung notwendig wäre, bei der die Bedürfnisbefriedigung der heute Lebenden nicht auf Kosten der Lebenschancen zukünftiger Generationen erfolgt.

Eine linke Alternative zur Massenarbeitslosigkeit kann nicht bei der Forderung Arbeit für alle, die arbeiten wollen, stehen bleiben. Es geht vor allem um sinnvolle Arbeit, die doppelt bestimmt werden muß.

Einmal im Sinne eines Produktionsresultats, das dazu beiträgt, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, und das nicht dazu führt, die Lebensgrundlagen durch Herstellung umweltschädlicher und militärischer Güter zu zerstören. Damit ist die Forderung nach militärischer Konversion und ökologischem Umbau auch Bestandteil unserer Forderung nach sinnvoller Arbeit. Dabei ist klar, daß dies nur in einem längeren Prozeß verwirklicht werden kann, daß damit aber sofort begonnen werden muß und daß sozial akzeptable Lösungen angestrebt werden müssen, d.h. vor allem neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zum anderen im Sinne von Selbstverwirklichung, interessanter, abwechslungsreicher Tätigkeiten. Dies wird im Vergleich zu der ersten Richtung ein Prozeß sein, der noch langwieriger, differenzierter und widerspruchsvoller verläuft. Hierbei werden selbstorganisierte, alternative Produktions- und Lebensformen eine wichtige Rolle spielen.

Zur zweiten Frage: Gibt es eine reale Alternative zur Massenarbeitslosigkeit?

Hierfür gibt die Analyse der Widersprüche der Erwerbsarbeit in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft wichtige Anhaltspunkte.

Erstens besteht ein grundlegender Widerspruch zwischen der Überarbeit eines größeren Teils der Erwerbstätigen auf der einen und der erzwungenen

Nichtarbeit eines wachsenden Teils der Bevölkerung. Höhere Arbeitsintensität, mehr Überstunden, gesundheitliche Schäden und Frühinvalidität der Arbeitenden stehen Ausgrenzung vom Erwerbsleben und erzwungener Müßiggang von Millionen Menschen, die arbeiten wollen, gegenüber. Ein zweiter, davon abgeleiteter Widerspruch äußert sich darin, daß ein gewaltiges produktives, kreatives Potential brachliegt, ungenutzt bleibt, während auf der anderen Seite dringend notwendige Arbeiten in den Bereichen Pflege, soziale Betreuung, Aus- und Weiterbildung, Stadtsanierung, Wohnungsbau, Infrastruktur, Umweltschutz u.a. nicht oder nur in unzureichender Qualität ausgeführt werden können. Es mangelt nicht an sinnvollen Arbeitsaufgaben. Das Problem besteht vielmehr darin, daß diese Arbeiten für die Kapitalverwertung ungeeignet sind und deshalb keinen Markt finden.

Ein dritter Widerspruch besteht darin, daß auf der einen Seite gewaltige finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um die Arbeitslosigkeit zu finanzieren, auf der anderen Seite aber Mittel fehlen für eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, z.B. um Arbeiten im sozialen, kulturellen, Bildungs- und Umweltbereich zu finanzieren. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) betragen die Gesamtbelastungen der öffentlichen Haushalte durch Arbeitslosigkeit (die verschiedenen Lohnersatz- und Sozialleistungen plus den Einnahmeausfällen der Haushalte) im Jahre 1993 116 Mrd. DM. Sie haben sich von 1990 (57 Mrd. DM) bis 1993 verdoppelt.

Wege zur Schaffung von Arbeitsplätzen, um das Grundrecht auf Arbeit durchzusetzen, bestehen vor allem in folgenden Richtungen:

Erstens geht es um eine gerechte Verteilung der Arbeit, um möglichst allen gleiche Chancen zu geben, an der gesellschaftlichen Arbeit teilzunehmen. Das wichtigste Instrument einer solchen Um- oder Neuverteilung der Arbeit ist die Arbeitszeitverkürzung. Durch sie werden gleichzeitig zusätzliche Arbeitsplätze und durch Erweiterung der Freizeit bessere Bedingungen für die Reproduktion der Arbeitenden, für ihre Bedürfnisbefriedigung und Zeitsouveränität geschaffen.

Die möglichen Varianten der Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit sind äußerst vielfältig. Sie können realisiert werden u.a. über eine Verkürzung der täglichen, wöchentlichen, Jahres- und Lebensarbeitszeit, die Erweiterung der Teilzeitbeschäftigung, die Ausdehnung des Lernens in der Arbeitszeit, längere Freistellungs- oder arbeitsfreie Zeiten für Kindererziehung, Bildung, Urlaub, gleitender Übergang in das Rentenalter.

Eine Arbeitszeitverkürzung allein wird zwar die Beschäftigungsprobleme nicht lösen. Sie ist aber ein unverzichtbares Element einer Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Nach Einschätzungen der Gewerkschaften und anderer Einrichtungen lag der Beschäftigungseffekt der Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit von 40 auf 38 Stunden im Zeitraum 1983 bis 1992 bei rd. 1 Mio. Arbeitsplätzen oder einem Drittel des Beschäftigungsanstiegs um 3,2 Mio. Erwerbstätigen.



Hätten wir heute die gleichen demographischen Bedingungen und die gleiche Erwerbsneigung wie während der 60er Jahre – Arbeitslosigkeit wäre schwerlich ein Thema.



Menschen mußten immer verführt, gedrängt und genötigt werden, sich zu mühen und zu plagen. Freiwillig taten sie das selten. Das ist heute nicht anders als früher.



Auch wenn dies in einer egalitär gesonnenen Gesellschaft auf heftigen Widerstand stößt: Einige sind von anderen abhängiger als andere.

Nach den durchgeföhrten Untersuchungen kann davon ausgegangen werden, daß etwa die Hälfte der Arbeitszeitverkürzung beschäftigungswirksam wird. Danach würden je Stunde Arbeitszeitverkürzung rd. 500000 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Natürlich handelt es sich hier um grobe Durchschnitzzwerte, die nach Branchen und Tätigkeitsarten starke Abweichungen aufweisen werden. Der Übergang zur 35-Stundenwoche in West- und Ostdeutschland, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 3 bzw. 5 Stunden, würde nach diesen Annahmen einen Beschäftigungseffekt von insgesamt rd. 2 Millionen Arbeitsplätzen hervorrufen. Ein Übergang zur 30 Stundenwoche würde grundsätzlich die Möglichkeit eröffnen, weitere 2,5 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen.

Allein der Abbau der 1993 geleisteten rd. 1,7 Milliarden Überstunden um 50 % würde eine Beschäftigungswirkung von ca. 350000 Arbeitsplätzen haben.

Die Problematik des Lohnausgleichs ist eine Schlüsselfrage der Arbeitszeitverkürzung. Lösungsvorschläge müssen m.E. vor allem die differenzierteren Bedingungen, besonders Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung und Einkommenshöhe der Betroffenen, berücksichtigen. Die Bedingungen für einen Lohnausgleich sind natürlich bei einer Arbeitszeitreduzierung um eine Stunde anders als bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit um fünf Stunden. Die Argumentation der Unternehmer, daß eine größere Arbeitszeitverkürzung zu Lohnsenkungen führen müsse, widerspricht den historischen Erfahrungen. So erhielten die Arbeiter bei der 48-Stundenwoche zur Zeit der Weimarer Republik weit höhere Löhne als die Arbeiter Ende des 19. Jahrhunderts mit einer 60stündigen Arbeitswoche. In der Bundesrepublik sind trotz Verkürzung der Arbeitszeit von 48 Stunden auf 38 Stunden die Reallöhne beträchtlich gestiegen. Es geht immer um die Zeitspanne, in der die Arbeitszeitverkürzung durch Produktivitätserhöhung wieder ausgeglichen wird. Eine Verkürzung der Arbeitszeit um 10 % würde beispielsweise bei einer Steigerung der Arbeitsproduktivität um jährlich 2,5 % innerhalb von 4 Jahren ausgeglichen werden können. Bestimmte Kompromisse sind m.E. notwendig, um einen Durchbruch bei der Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Bei einer Reduzierung der Arbeitszeit dürften die Arbeitseinkommen nicht gesenkt werden, die dem Durchschnitt entsprechen oder darunter liegen. Denkbar sind speziell für ostdeutsche Unternehmen oder auch mittelständische Unternehmen in den alten Bundesländern, deren ökonomische Situation schwierig ist, zeitlich begrenzte staatliche Unterstützungen.

Bei der Diskussion um die Erweiterung der Teilzeitarbeit sollten folgende Aspekte und Forderungen beachtet werden: Sie muß auf einer freiwilligen Entscheidung der abhängig Beschäftigten beruhen und die Möglichkeit der Rückkehr zur Vollarbeitszeit sichern; sie darf nicht wie bisher weitgehend auf Arbeiten geringer Qualifikation und Frauenarbeitsplätze beschränkt werden; sie muß entsprechend sozial flankiert werden, d.h. die Nachteile bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes und der Rente müßten weitgehend eliminiert werden. Gera-

de für solche Lösungen ist innovatives Denken gefordert. Der Staat darf sich gerade hier nicht aus seiner Verantwortung zurückziehen.

Zweitens ist eine andere Wirtschaftspolitik erforderlich, die die Schaffung und Erweiterung von Arbeitsmöglichkeiten nicht allein den Marktkräften überläßt, sondern auf Grundlage einer aktiven regionalen und sektoralen Struktur- und Beschäftigungspolitik vorhandene Arbeitsplätze sichert und zugleich neue Arbeitsplätze schafft. Eine solche neue Wirtschaftspolitik, die nicht allein auf Wachstum setzt und nicht versucht, die eigenen Beschäftigungsprobleme auf Kosten anderer Länder durch einen wachsenden Export- bzw. Leistungsbilanzüberschuß zu lösen, muß zugleich darauf gerichtet sein, eine nachhaltige, umweltfreundliche Wirtschaftsentwicklung zu erreichen.

Ein Schwerpunkt bei der Schaffung stabiler Arbeitsplätze in Ostdeutschland muß die Stärkung des produzierenden Gewerbes, vor allem der Industrie, sein. In Ostdeutschland wurden fast zwei Drittel der industriellen Arbeitsplätze beseitigt. Durch ein perspektivisches Entwicklungsprogramm für Ostdeutschland, das wirklich die Bezeichnung Aufbau Ost verdienen würde, könnten im Verlaufe der 90er Jahre eine Million Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe, darunter vor allem im verarbeitenden Gewerbe, geschaffen werden. Ein solches Programm müßte auf der Kombination einer gezielten Wirtschafts-, insbesondere Innovations-, Investitions- und Absatzförderung, mit regionalen Vorstellungen zu inhaltlichen Schwerpunkten der Wirtschafts- und Strukturentwicklung beruhen. Hierzu gehören:

- Vorschläge für umweltpolitische Maßnahmen, für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft, insbesondere zu den Komplexen Verkehr, Energie, Abfall-Kreislaufwirtschaft;
- Maßnahmen zur Förderung des Mittelstands, dessen Entwicklung weitgehend über die Schaffung neuer Arbeitsplätze entscheidet, insbesondere Unterstützung innovativer Existenzgründer;
- Vorschläge für eine regionale Strukturentwicklung, um leistungsfähige industrielle Zentren mit starken Ausstrahlungen und Beschäftigungsimpulsen auf andere Bereiche zu schaffen bzw. zu revitalisieren.

Eine wichtige Aufgabe regionaler Beschäftigungsprogramme muß die Schaffung geeigneter Arbeitsplätze für Frauen sein, um deren hohe Arbeitslosigkeit abzubauen und Schritte zur Gleichstellung zu gehen.

Drittens steht die Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, um dringend notwendige Arbeiten, die sich nach den Kriterien der Marktwirtschaft „nicht rechnen“, durchzuführen. Es geht hier vor allem um die Stärkung der aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, um gleicherweise zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und dringend benötigte, bisher stark vernachlässigte Arbeiten zur Befriedigung des Bedarfs nach sozial-kulturellen Leistungen, nach Umweltsanierung, nach Verbesserung der Infrastruktur und Stadtgestaltung durchzuführen.

Hier gibt es vielfältige, bisher zu wenig genutzte

Formen und Möglichkeiten, von den ABM, den Beschäftigungsgesellschaften bis zur Herausbildung eines Bereichs vorwiegend öffentlich finanziert „Sozialwirtschaft“. Hierbei wird den Kommunen eine Schlüsselstellung zukommen. Nach Berechnungen, die von Experten vorgenommen wurden (vgl. Berliner Erklärung zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000, Juni 1994), würde der zusätzliche Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung und Qualifizierung für 500000 Menschen die öffentlichen Haushalte um ca. 20 Mrd. belasten, sie durch die Verringerung der Arbeitslosigkeit zugleich um 13 Mrd. DM entlasten, so daß sich eine Nettobelastung von ca. 7 Mrd. DM, nur noch ein Drittel der Bruttokosten, ergibt. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor darf nicht tarifpolitisch diskreditiert werden. Für ihn müssen dieselben tarifpolitischen Grundlagen gelten wie für den ersten Arbeitsmarkt. M.E. ist der in der Berliner Erklärung unterbreitete Vorschlag zum Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors inkonsistent, wenn er ihn nur unter dem Aspekt einer Brückenfunktion zum ersten Arbeitsmarkt und faktisch als diesem ersten Arbeitsmarkt gegenüber etwas Minderwertiges betrachtet. Ein solcher öffentlicher oder zumindest öffentlich geförderter Beschäftigungssektor übt eine notwendige ständige, nicht nur vorübergehende, Funktion aus, um Defizite der Marktwirtschaft bei der Erfüllung gesellschaftlich wichtiger Aufgaben zu eliminieren. Dabei sollte dieser Beschäftigungssektor, der nicht oder doch nur eingeschränkt den Gesetzen der Marktwirtschaft unterliegt, der auch als Non-profit-Sektor charakterisiert werden könnte, nicht auf ein bestimmtes Schema eingeengt werden. Hierzu können vielfältige Formen der gesellschaftlichen Tätigkeit gehören, für die nicht nur der Staat Träger ist. Selbstorganisation, die Tätigkeit verschiedener selbstorganisierter Gruppen, die Förderung von Projekten, die im öffentlichen Interesse liegen, durch den Staat und verschiedene Trägerorganisationen müßten ein größeres Gewicht erlangen.

Die hier charakterisierten Richtungen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit führen zu weitgehenden politischen Schlußfolgerungen:

(1) Sie verlangen einen Ausbau der gesellschaftlichen und betrieblichen Demokratie, eine Stärkung der Mitbestimmung auf allen Ebenen sowie eine Regionalisierung der Wirtschaftspolitik. Eine reale Mitbestimmung muß vor allem bei Entscheidungen zur Teilzeitarbeit, zu den konkreten Formen der Flexibilisierung der Arbeit, zur Anwendung neuer, Beschäftigung und Arbeitsinhalte bestimmender Technologien und Produktionskonzepte erreicht werden.

(2) Sie sind nicht mit einer vorwiegend nationalstaatlichen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu realisieren, sondern verlangen ein koordiniertes Vorgehen, ein gemeinsames Programm oder Konzept für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Vorstellungen für ein solches Vorgehen im Rahmen der EU sind in dem Weißbuch Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhun-

Ein gewisser Grad von Arbeitslosigkeit ist der Preis für die Dynamik unseres Gesellschaftsmodells und wird sich nie ganz vermeiden lassen.

Vollbeschäftigung – eine sozialromantische Utopie?

Die Deutsche Bank führt jährlich zu wichtigen gesellschaftlichen Themen renommierte Experten zusammen. Wir wollen damit einen umfassenden Dialog zwischen den Verantwortlichen und Interessierten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien jenseits von Gruppeninteressen anregen. Die Deutsche Bank tut dies im Bewußtsein ihrer über das Wirtschaftliche hinaus reichenden Verantwortung für unsere Gesellschaft. Wir fördern Zukunft.

dert, herausgegeben von der Kommission der EU, enthalten.

(3) Es gibt keinen Königsweg zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Nur die Kombination verschiedener Richtungen und Instrumente kann zu einem positiven Resultat führen. Das Beharren auf eingefahrenen Geleisen und die Verhinderung eines gemeinsamen zwischenstaatlichen Vorgehens, wie sie für die Politik der Bundesregierung typisch ist, wird Fortschritte erschweren oder gar verhindern.

(4) Besonders auf diesem Gebiet sind kreative und innovative politische Lösungsansätze, die auch nicht vor bisherigen Tabus haltmachen, sowie ein koordiniertes Vorgehen aller Beteiligten zwingend notwendig.

Zur dritten Frage: Ist eine Alternative zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit realisierbar

Ist die Massenarbeitslosigkeit ein objektives Resultat der kapitalistischen Reproduktion, oder ist sie Ausdruck für das Versagen der Wirtschaftspolitik? M.E. gibt es hierauf keine einfache Antwort des Entweder — Oder. Die Arbeitslosigkeit ergibt sich gesetzmäßig aus dem Kapitalverhältnis und dem Profitstreben als Grundlagen für die ökonomische Entwicklung. Arbeitslosigkeit ist einerseits eine Bedingung, um, soweit es die lebendige Arbeit betrifft, die Schwankungen in der Produktions- und Absatzentwicklung sowie die ständigen strukturellen Veränderungen im wesentlichen ohne Beeinträchtigung des Profits auszugleichen. Sie ist andererseits das entscheidende Mittel, um über das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt einen Druck auf die Löhne und damit auf die Kosten auszuüben. Dieser grundlegende Zusammenhang zeigt sich auch darin, daß die Unternehmerverbände und die neokonservative Regierung sich einer konsequenten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit widersetzen, gegen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und gegen Arbeitszeitverkürzung mit irgend einer Art von Lohnausgleich sind.

Zugleich übt die Massenarbeitslosigkeit einen zerstörerischen Einfluß auf die Gesellschaft aus, erhöht die Gefahren sozialer Konflikte, die auch „außer Kontrolle“ geraten können, und unterhöhlt die ökonomischen Grundlagen der öffentlichen Haushalte. D.h. Massenarbeitslosigkeit wird auch von Unternehmern als eine Gefahr und Bedrohung angesehen, gegen die etwas getan werden muß.

Die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Zeiträumen und Ländern zeigt, daß die Wirtschaftspolitik durchaus einen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit hat, daß kein unvermittelbarer, deterministischer Zusammenhang zwischen Kapitalverhältnis und Höhe und Dynamik der Arbeitslosigkeit besteht. Bei einer Arbeitslosenquote in den meisten OECD-Ländern von 6 bis 10% im Verlaufe der 80er Jahre lag sie z.B. in Japan, Schweden, Österreich unter 2%.

Inwieweit die Strategien zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit realisiert werden können oder ob sie nur Utopien bleiben, hängt in erster Linie vom politischen Kräfteverhältnis ab. Dabei spielt eine ausschlaggebende Rolle, welche Priorität der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit beigemessen wird. Wirkliche Erfolge im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit sind in hohem Grade davon abhängig, daß diese Aufgabe nicht als eine unter vielen anderen angesehen wird, sondern als die soziale und ökonomische Aufgabe der 90er Jahre mit der höchsten Priorität. Bisher sind die Aussichten hierfür jedoch wenig ermutigend.

So könnte abschließend festgestellt werden: Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit sind eine gesellschaftliche Realität. Sie werden sich nach den gegenwärtigen Prognosen bis Ende des Jahrhunderts noch verschärfen. Es gibt jedoch realisierbare Möglichkeiten, sie zurückzudrängen und zu überwinden. Sie ist kein unvermeidliches Schicksal. Da letzten Endes die Arbeitslosigkeit im Profitprinzip und nicht im technischen Fortschritt ihre Ursache hat, ist ihre Einschränkung und Überwindung untrennbar damit verbunden, die Dominanz des Profitprinzips einzuschränken und schließlich zu überwinden.

September 1994

Zu einer Initiative des DGB

Standpunkt zum „Aufbaugesetz Thüringen“

AG WIRTSCHAFT BEI DER FRAKTION LL/PDS

Die PDS hat die Initiative des Aktionsbündnisses Thüringer Betriebe, des DGB und der Thüringer Betriebs- und Personalräte für ein Aufbauprogramm von Anfang an unterstützt, weil hinsichtlich der Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Thüringen wie auch der vorgeschlagenen Veränderungsvorschläge weitestgehende Übereinstimmung besteht.

I.

Für das Wichtigste halten wir die Festschreibung der Verantwortung des Freistaates für „... eine koordinierte und strukturierende Wirtschaftspolitik, die Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit schafft, ihren Lebensunterhalt durch frei gewählte, dauerhafte Arbeit zu sichern.“

Auch die PDS sieht in der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Erhalt der Anzahl der bestehenden Arbeitsplätze hier in Thüringen die wichtigste Aufgabe, damit die Thüringer Bürgerinnen und Bürger in ihrem Land bleiben und gut leben können, daß Kinder und Jugendliche hier ihre Perspektive haben. Die Verbesserung der Beschäftigungssituation erfordert eine klare Abkehr von der CDU/FDP-Position in Thüringen, daß der Markt alles regelt.

Weder die Arbeits- und Sozialpolitik noch die Wirtschaftspolitik der CDU/FDP-Regierung haben vordergründig die Sicherung von Beschäftigung für alle die, die arbeiten wollen, zum Ziel.

Notwendig ist nach Auffassung der PDS eine eigenständige und aktive Struktur- und Wirtschaftspolitik (nach Regionen und Branchen) der Landesregierung, die untrennbar mit Beschäftigungspolitik zu verbinden ist.

Diese Aufgaben kann allein der Markt nicht bewältigen, und Private sind überfordert. Deshalb muß der Staat (die öffentliche Hand) eingreifen, um aktiv zu werden, um bewußt zu gestalten.

(...) Die Festschreibung einer Quantität der zu schaffenden Arbeitsplätze halten wir deshalb für wichtig, weil

erstens dadurch die Größe der Aufgabe deutlich und festgeschrieben wird und

zweitens eine Meßlatte gegeben ist, an der man Fortschritte oder Nicht-Fortschritte auf diesem Gebiet erkennen kann.

Exakter wäre nach unserer Auffassung eine Formulierung im Aufbaugesetz, die deutlich macht, daß es um die Schaffung von 300000 zusätzlichen Arbeitsplätzen geht. Die Aussagen zum „Wo“ der Schaffung von Arbeitsplätzen bleiben hinter den Aussagen des Aufbauprogramms zurück.

Die Forderungen der PDS zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind noch weitreichender (600000 bis zum Jahr 2000). Mit dem Aufbaugesetz werden nach unserer Auffassung die Möglichkeiten zur Schaffung neuer und zusätzlicher Arbeitsplätze im Bereich humaner Dienstleistungen nicht umfassend ausgeschöpft. Gerade auf solchen Gebieten wie z.B.

— im Sozialbereich, im kulturellen Bereich, im sportlichen Bereich

— im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit

— im Bereich Umwelt und kulturelle Landschaftspflege

— im Bildungs- und Wissenschaftsbereich

besteht dringender gesellschaftlicher Handlungsbedarf.

II.

Gegenüber der bisherigen Praxis der Fördermittelvergabe enthält das Aufbaugesetz eine ganze Reihe von Fortschritten.

Völlige Übereinstimmung besteht darin, die neu zu schaffenden bzw. die zu erhaltenen Arbeitsplätze als primäres Kriterium bei der Vergabe finanzieller Fördermittel zugrunde zu legen. Die PDS fordert seit langem:

a) eine direkte Bindung der Fördermittel an die Neuschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, und zwar an die tatsächlich (im IST) geschaffenen bzw. erhaltenen Arbeitsplätze (bisher finden lediglich Zusagen über zu erhaltende bzw. neu zu schaf-

fende Arbeitsplätze mittelbar Berücksichtigung)

b) eine operative Kontrolle der Fördermittelausrechnung, um den zweckgerechten Einsatz (Schaffung von Arbeitsplätzen) zu garantieren (bei Nichteinhaltung der zugesicherten Arbeitsplätze Fördermittel-Stopp und Umverteilung). Bisher gibt es keine unmittelbare und ausreichende Kontrolle darüber.

Die Berücksichtigung ökologischer Belange und die verstärkte Frauenförderung befürworten wir im Grundsatz. Ihre Umsetzung über das vorgeschlagene „Punktesystem“ halten wir nicht für zweckmäßig. Die auch von uns getragene Zielstellung wird mit der angestrebten Differenzierung der Fördersätze nicht erreicht, im Gegenteil, es wird sogar noch mehr bürokratisiert. Hier sollte weitergearbeitet werden.

III.

Begrüßt wird von uns die geforderte höhere Verantwortung, demokratische Einflußnahme und Kontrolle des Parlaments über das Landesentwicklungsprogramm (LEP). Auch das ist seit vier Jahren eine Forderung der PDS.

Die vorgesehene Qualifizierung und Aufwertung des LEP findet unsere Unterstützung, ist aber nicht ausreichend für eine eigenständige und aktive Struktur- und Wirtschaftspolitik im Land. Darüber hinaus ist Voraussetzung, daß das LEP zu einem wirklichen Strategieinstrument für die Landes- und Regionalentwicklung wird. Derzeit ist das LEP ein schönes Stück Papier, das aufgrund seiner Realitätsferne kein bedeutendes Instrument für die Entwicklung und bewußte Gestaltung der Planungsregion Thüringen ist.

Deshalb begrüßen wir die Aufwertung der Befugnisse der Planungsbeiräte (Land und Regionen), insbesondere das Initiativrecht und die geforderte Stellungnahme der Landesregierung.

IV.

Für ganz wesentlich erachten wir die Festschreibung der Unterstützung von ABS-Gesellschaften/Arbeitsloseninitiativen durch das Land. Es ist auch Auffassung der PDS, daß wir von einer relativen Stabilität und Langfristigkeit des sogenannten „2. Arbeitsmarktes“ ausgehen müssen, und entspricht unserer Forderung nach der sofortigen Erhöhung der Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

V.

Zugestimmt wird ebenfalls der in Abschnitt V vorgeschlagenen Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes — MfG. Überdenkenswert bleibt die Einordnung des Sachverhaltes innerhalb dieses Gesetzes. Der damit entstehende Eindruck eines Artikelgesetzes sollte durch die getrennte Behandlung des Inhalts in einer Novellierung des MfG aufgelöst werden.

VI.

Die erzielten über 130000 Unterschriften sind zugleich praktischer Beleg für die Untauglichkeit der Gesetzgebung durch Volksbegehren, wie sie derzeit Bestandteil der vorläufig in Kraft gesetzten Verfassung des Freistaates Thüringen sind. Die u.E. ungerechtfertigt zu hoch angesetzten Quoren erschweren den Umgang mit Plebisziten ganz wesentlich und widersprechen unserem Demokratieverständnis. Zusammen mit der Nicht-Festschreibung eines verfassungsmäßig verankerten Rechts auf Arbeit sind damit wesentliche Gründe gegeben, daß die PDS der Thüringer Landesverfassung in der vorliegenden Form die Zustimmung verweigert.

Zusammenfassung

Die PDS unterstützt weiterhin die Initiative des DGB für ein Aufbaugesetz, weil sich damit dem wichtigsten sozialen Problem in Thüringen zugewandt wird. Es ist dies eine wesentliche Aktivität, um eine öffentliche Diskussion zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verantwortung der Thüringer Landesregierung in Gang zu bringen.

Die Vorschläge des DGB liegen auf dem Tisch, und alle gesellschaftlichen Kräfte, einschließlich der Landesregierung, sind aufgefordert, ihre Vorschläge zu unterbreiten. Das vorliegende Aufbaugesetz stellt dabei u.E. den Beginn und noch nicht die Endform dar. Eine sachliche, inhaltliche Diskussion des Gesetzes ist zu Beginn der nächsten Legislaturperiode im Thüringer Landtag und den Ausschüssen unbedingt erforderlich. Die PDS ist dazu bereit, wird sich dafür einzusetzen.

Aus dem Wahlkampf der PDS

Argumentation zur Schaffung von Arbeitsplätzen

AG WIRTSCHAFT BEI DER FRAKTION LL/PDS

1. Begründung der Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen

In Thüringen fehlen derzeit 500 000 Arbeitsplätze.

Weit über 600 000 Menschen sind ohne Beschäftigung bzw. in nichtregulären Arbeitsverhältnissen (Arbeitslose, Bezieher von Altersübergangsgeld bzw. Vorrueständler, Teilnehmer an Fortbildung und Umschulung, Personen in ABM, Beschäftigte in 249h-Maßnahmen, Kurzarbeiter, Pendler, stille Reserve).

In den nächsten fünf Jahren sollen ca. 350 000 Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden:
– nach Aussage der Treuhandanstalt 203 000 und
– nach Aussage der Landesregierung durch regionale Wirtschaftsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe 166 000.

Diese Zahlen sind ihrem Wahrheitsgehalt nach stark anzuzweifeln, weil sie Doppelzählungen beinhalten und mehr politisch als ökonomisch begründet sind, z.B. sind nicht einmal 50 % der Arbeitsplatzzusagen bei der Veräußerung von Treuhandunternehmen auch wirklich vertraglich gebunden.

Bei Beibehaltung der gegenwärtigen Politik von CDU/FDP würde das in Thüringen bedeuten, daß bis zum Jahr 2000 mindestens 150 000 bis 200 000 (wahrscheinlich ist eine Zahl wesentlich darüber) permanent fehlen würden und Massenarbeitslosigkeit eine ständige Erscheinung wäre.

Deshalb die Forderung im Landtags-Wahlprogramm der PDS:
„Wir vertreten die Auffassung, daß die Schaffung von einer halben Million Arbeitsplätzen in Thüringen notwendig und bis zur Jahrhundertwende möglich ist.“

2. Begründung der Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen

Keiner ist in der Lage, kurzfristig die notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen. Das kann weder der DGB noch die PDS noch irgendeine andere Partei.

Das geht nur, wenn sich die Regierungen von Bund und Ländern sowie alle gesellschaftlichen Kräfte zu einer klaren Wahrnehmung der Verantwortung bekennen, massenhaft Arbeitsplätze zu schaffen.

Die jetzigen Regierungen haben diese Verantwortung zunächst weit von sich gewiesen und reden sich jetzt auf die Schaffung von Rahmenbedingungen (ohne diese exakt näher zu bestimmen) heraus. Erst auf der Grundlage eines klaren politischen Bekennisses zur Verantwortung ist es möglich, alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenzufassen, die ein Interesse an der Schaffung von Arbeitsplätzen haben.

Das ist ein komplizierter und langwieriger Prozeß. Welche Anzahl von Arbeitsplätzen wirklich bis zum Jahr 2000 geschaffen werden kann, vermag aus aktueller Sicht keiner genau abzuschätzen. In Thüringen gibt es durch den DGB und die PDS konkrete Anregungen, wie die Lösung des Problems „auf den Weg gebracht“ werden kann. Es ist jetzt erforderlich, daß auch andere Kräfte ihre Vorschläge zur Schaffung von Arbeitsplätzen unterbreiten.

3. Zum „Wie“ der Schaffung von Arbeitsplätzen

Zunächst geht es darum, das Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, sie dann zu reduzieren und schließlich zu überwinden.

Wir brauchen durch eine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es geht

- a) um die Erhaltung und vor allem
- b) um die Neuschaffung von Arbeitsplätzen.

Darüber hinaus sind neue Arbeitszeitmodelle, die Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit und steuerpolitische Regelungen zugunsten

Gegenüberstellung der Vorschläge von DGB und PDS

A) Die Ausgangssituation:

| | |
|--|---------|
| Einwohner in Thüringen (5/93) | 2538000 |
| Aktuelle Industriebeschäftigte | 120000 |
| je 1000 Einwohner | 47 |
| Industriebesatz in Thüringen IV/1990 | 158 |
| Durchschnittlicher Industriebesatz in den alten Bundesländern | 116 |
| Damit Thüringen nicht zum Entwicklungsland mit Agrarstruktur wird, ist es notwendig, die gigantische Unterindustrialisierung zu überwinden, ohne einen Industriebesatz von 156 der DDR zu erreichen. | |

B) Das Herangehen von:

| | DGB | PDS |
|---|----------------------|---------------------------------------|
| 1. Neue Industriejobs | 100 | 105 |
| Ziel beim Industriebesatz (DDR: 156): | = 255 000 Arbeitspl. | = 268 000 Arbeitspl. |
| / bestehende Arbeitsplätze | (/ 120000) | (/ 120000) |
| = neue Industriejobs | 135 000 | 148 000 |
| davon in Ansatz gebracht | 100 000 | 148 000 |
| 2. Folge-Arbeitsplätze in Dienstleistungen/Zulieferungen/Handel/ Handwerk (Vervielfachung der neuen Industriejobs um den Faktor 1,5, PDS inkl. Wohnungsbau u. Industrieforsch.) | = 100 000 x 1,5 | = 148 000 x 1,5 |
| | = 150 000 | = 220 000 |
| 3. Erhalt von Arbeitsplätzen in Industriebetrieben der Treuhand | 15000 | 15000 |
| 4. Schaffung von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzung | 35000 | 35000 |
| 5. Schaffung weiterer Arbeitsplätze im sozio-kulturellen Bereich (soweit nicht schon unter 2.) | — | 60 000 Sozialbereich 10 000 Kultur |
| | Summe 300 000 | Summe 490 000 |

der Arbeitsplatzbeschaffung und zu Lasten ihrer Vernichtung einzuführen.

Die finanziellen Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik sind sofort zu erhöhen, und die vorhandenen Möglichkeiten sind umfassend auszuschöpfen.

Der Erhalt bestehender Arbeitsplätze erfordert staatliche Investitionen, damit den Unternehmen, Betrieben und Einrichtungen zur Erlangung von Wettbewerbsfähigkeit aus eigener Kraft die Chance eingeräumt wird, durch die Entwicklung neuer Erzeugnisse und Technologien solche Produkte herzustellen, für die auf den Märkten ein Bedarf vorhanden ist.

Schwerpunkt muß aber die Neuschaffung von Arbeitsplätzen sein.

Neue Arbeitsplätze müssen wieder im Bereich der gesellschaftlichen Wertschöpfung (1. Industrie und 2. Bauwesen, insbesondere durch sozialen Wohnungsbau) entstehen, um überhaupt regionale Lebensfähigkeit zu gewährleisten. Die Lösung des Beschäftigungsproblems kann damit aber nicht, sogar nur zum kleineren Teil, erreicht werden. Dazu bedarf es drittens der völligen Neuschaffung von Arbeitsplätzen im Bereich humaner Dienstleistung, wie z.B.

- im Sozialbereich, im kulturellen Bereich, im sportlichen Bereich
- im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit
- im Bereich Umwelt und kulturelle Landschaftspflege
- im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Das erfordert ein grundlegendes Umdenken (insbesondere in den Kommunen): nicht weniger Geld — weniger Leute, sondern Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten und Erschließung neuer Beschäftigungsfelder. Dazu sind alle Möglichkeiten (der Arbeitsämter) für eine aktive Arbeitsmarktpolitik (ABM, 249h) umfassend auszuschöpfen.

4. Finanzierungsmöglichkeiten

— Ausrichtung aller finanziellen Wirtschaftsfördermöglichkeiten auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, und zwar an die im IST real geschaffenen (dafür stehen dem Land jährlich 1,5 Mrd. DM zur Verfügung).

— Höhere Einnahmen der öffentlichen Haushalte auf Grundlage einer wieder einsetzenden wirtschaftlichen Dynamik (bundesweit 40 bis 50 Mrd. DM).

— Finanzierung von Arbeit und nicht fortwährende Finanzierung von Arbeitslosigkeit (im Durchschnitt der Bundesrepublik betragen die Gesamtkosten für einen Arbeitslosen 34000 DM. Vier Millionen neue Arbeitsplätze würden somit volkswirtschaftlich einer Verringerung sonst auftretender Belastungen in einer Größenordnung von 130 Mrd. DM bedeuten. Da die reale Arbeitslosigkeit weit über der offiziellen Arbeitslosigkeit liegt, ist mit einem „Einspare-

fakt“ von 100 Mrd. DM zu rechnen.)

— Einsparungen durch Verringerung des Verteidigungshaushaltes um 10 Prozent und Abschaffung der Geheimdienste (jährlich 10 Mrd. DM).

— Reformierung des bestehenden Steuersystems (100 bis 150 Mrd. DM); z.B. höhere steuerliche Belastung der Bezieher hoher Einkommen und der Besitzer großer Vermögen (10 Mrd. DM); Rücknahme der 1990 beschlossenen Senkung des Spaltensteuersatzes bei der Einkommenssteuer von 56 auf 53 Prozent sowie der 1993 beschlossenen Steuerersenkungen für Unternehmen (30 Mrd. DM); Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug (30 Mrd. DM); Einführung einer Investitionshilfeabgabe westdeutscher Unternehmen, die nicht in Ostdeutschland investieren (15 Mrd. DM); Erhöhung der Grundsteuer durch eine differenzierte Anpassung des Einheitswertes des Grundvermögens an die gestiegenen Verkehrswerte, bei Festlegung entsprechender sozialer Freigrenzen und in Verbindung mit einer Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Vermögenssteuer — ebenfalls unter Berücksichtigung sozialer Freigrenzen (20 bis 30 Mrd. DM); Verpflichtung der Banken und Versicherungen, eine zinslose Anleihe in Höhe von ca. 10 Mrd. DM jährlich zu zeichnen und für den Aufbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland bereitzustellen; Abschöpfung von Spekulationsgewinnen.

— Neuordnung des Gemeindefinanzausgleichs.

5. Berührungs punkt zum DGB Thüringen

Der DGB in Thüringen hat im Herbst 1993 ein „Aufbauprogramm für Thüringen — Arbeitsplätze für alle“ beschlossen, das die Schaffung von 300 000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2000 zum Inhalt hat.

Übereinstimmung zwischen DGB und PDS gibt es in folgenden Punkten:

— DGB will eine andere politische Verantwortungswahrnehmung für die Schaffung von Arbeitsplätzen;

— DGB will Mobilisierung der Bürger und ihre Beteiligung;

— Um dieses Aufbauprogramm zur Handlungsmaxime einer Landesregierung werden zu lassen, bedarf es einer Gesetzesvorlage (erforderliche juristische Form wäre ein Aufbaugesetz), die aus der Mitte des Landtages durch die Landesregierung (gegenwärtige Mehrheiten verhindern das) oder durch ein Volksbegehren eingebracht wird. Die PDS unterstützt dieses Volksbegehren. Entsprechend den Möglichkeiten der Thüringer Verfassung erfordert ein solches Volksbegehren mindestens 14 Prozent = 282 000 Zustimmungen der Stimmberchtigten innerhalb von vier Monaten.

Differenzen gibt es gegenwärtig bei der Formulierung des Aufbaugesetzes, was die Umsetzung des Anliegens des beschlossenen Aufbauprogramms betrifft.

Aus der PDS Hamburg

Zum Verhältnis zwischen PDS und Bündnis 90/Grüne

VON ANDREAS GRÜNWALD

Die Bundestagswahlen brachten auch für die Linke einige Veränderungen:

Nach vier Jahren sind auch die Westgrünen wieder im Bundestag. Sie sind drittstärkste parlamentarische Gruppe.

Der PDS gelang der Einzug erstmalig unter normalen Wahlrechtsbestimmungen. In erster Linie über Ergebnisse in den neuen Bundesländern. Aber auch im Westen konnte die Partei, wenngleich ein wirklicher Durchbruch noch nicht erreicht ist, ihren Stimmenanteil ausbauen und in einigen Bundesländern und zahlreichen Großstädten Achtungs- und Teilerfolge erzielen.

Nicht gelungen ist es, die Bürgerblockregierung, die seit zwölf Jahren auf höchstem Niveau Sozialabbau und Deregulierung betreibt, abzuwählen. Zumindest für den Westen stellt sich jetzt heraus, daß die Deregulierungspolitik auch den gesellschaftlichen Unterbau erheblich verändert hat. Diese Niederlage ist, so der Hamburger GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Andreas Bachmann in einem Gespräch mit Mitgliedern der PDS in Hamburg¹, nicht nur eine der parlamentarischen Linken, sondern „auch eine von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen“. Und: Rot-grün, so seine Einschätzung, hätte nur dann überzeugen können, „wenn man allen, die daran Interesse hatten, wirklich deutlich gemacht hätte, mit welchen konkreten Änderungen in der Politik rot-grün verbunden wäre. Aber in dem Augenblick, wo sich die Sozialdemokratie zu diesen inhaltlichen Fragen überhaupt nicht mehr geäußert hat, ... ja sogar mit großen Koalitionen kokettiert hat, war natürlich für alle, die an einer Veränderung ein Interesse hatten, kaum noch etwas zu machen.“ Ich meine: die jetzt stattgefundene Debatte zur Regierungserklärung bestätigt diesen Eindruck und sie verdeutlicht damit zugleich eine Schwäche der nicht-sozialdemokratischen Linken. Zumindest die Bundes-SPD unter Scharping kann sich für eine wirkliche Oppositionspolitik nicht entscheiden und sie erfährt bisher auch nicht den erforderlichen

Der Rundbrief erscheint seit 1990. Er wird im Rahmen von „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung – Arbeitsgemeinschaft bei der PDS“ zusammengestellt.

Herausgeberkreis und Redaktion:

Eva Bulling-Schröter, Ingolstadt;
Sabine Fache, Altenburg; Martin Fochler,
München; Christiane Schneider, Hamburg;
Dieter Strützel, Gera.

Redaktionsanschrift:

GNN Hamburg, Palmaille 24, 22767 Hamburg
Telefon: 040/381393, Fax: 040/3898331
Verantwortlich: Christiane Schneider.

Seit Sommer 1994 erscheint der Rundbrief als Beilage zu den „Politischen Berichten“. Vorgesehen sind vier Ausgaben pro Jahr. Für Bezieherinnen und Bezieher der „Politischen Berichte“ ist die Lieferung im Abopreis inbegriffen.

Weiterhin möglich bleibt die Bestellung lediglich der Ausgaben des Rundbriefes, gegen 10 DM für 4 Ausgaben. Bisherige Zahlungseingänge werden angerechnet. Bestellungen bitte ab sofort richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

An die Abonnentinnen und Abonnenten des Rundbriefes:

Zum zweiten Mal erscheint nun der Rundbrief im kostengünstigen Zeitungs-Layout und wird auch als Beilage zu den Politischen Berichten verbreitet.

Selbstverständlich macht die Herstellung und Verbreitung des Rundbriefes nach wie vor Kosten. Spenden für den Rundbrief erbitten wir auf das Konto des GNN-Verlags in Köln: Postbank Köln, Konto 10419-507, BLZ 37010050, Stichwort: ARGE-Rundbrief.



Druck. Angesichts dessen und bedingt über die Tatsache, daß die schwarze Mehrheit ihren bisherigen politischen Kurs eher noch zuspitzen möchte, ist somit die Frage, wie eine wirksame Oppositionspolitik zu entwickeln ist, nicht zuletzt auch eine Frage nach dem Verhältnis zwischen den beiden kleineren Oppositionsparteien. Zugespitzt: Wird die vorhandene Situation in erster Linie als Konkurrenzsituation interpretiert oder lassen sich Ansätze für eine punktuelle Zusammenarbeit oder sogar ein geregeltes Nebeneinander finden, wie es die politische Situation eigentlich zwingend erfordert?

Wahlergebnis und WählerInnenpotential

Die Frage stellt sich auch wahlpolitisch. Die PDS hat fünf Sechstel ihrer Stimmen in den neuen Bundesländern erhalten. Die Grünen den weitaus größeren Teil in der alten Bundesrepublik. Für beide Parteien ist auf längere Sicht die Verankerung aber auch im jeweils anderen Teil durchaus von existenzieller Bedeutung.

Christine Grabe von den thüringischen Grünen weist darauf hin, daß die im Osten stärker vorhandene Diskussion um „schwarz-grün“ sicherlich zu den geringen Wahlergebnissen dort beigetragen hat². Trotzdem ist damit der eklatante Unterschied im Wahlergebnis von Ost- und Westgrünen allein nicht zu erklären. Es ist zweitens darauf hingewiesen worden, daß die geringeren Wahlergebnisse für die Ost-Grünen vielleicht auch damit zu tun haben, daß der „Bevölkerungsanteil des ökonomisch gut abgesicherten, vermögensbildenden Mittelstandes, der in der BRD die Grünen trägt“, im Osten „gewiß noch viel kleiner ist“ als im Westen der Republik³. Auch dieses Argument scheint mir nicht stichhaltig. Nachweisbar ist, daß die Herausbildung der Grünen in Westdeutschland sehr stark mit einer emanzipatorischen und antiautoritären Bewegung v.a. in den 60ern und 70ern zu tun hatte. Diese Bewegung hat die politische Kultur für einen Teil der Westdeutschen nachhaltig und bis heute geprägt. Eine Bewegung, die es in dieser Form in der alten DDR nicht gab. Die Ost-Grünen und die Bündnis90-Leute werden dagegen mit der Wende-Bewegung in der ehemaligen DDR in Verbindung gebracht, deren kulturelle und politische Kraft schon vor der Vereinigung erheblich abnahm. Sie vermittelten in den Augen vieler Menschen kaum Zukunftsperspektive. Richtig ist weiterhin, daß die (West-)Grünen bis heute die einzige politische Formation sind, die die Erfordernisse eines ökologischen Wandels präzise zum Ausdruck bringen und hier ein unverwechselbares Profil besitzen.

Die PDS im Westen hat nun vornehmlich in den Regionen und Stadtteilen ihre höchsten Wahlergebnisse erzielt, in denen auch die Grünen seit vielen Jahren überdurchschnittlich abschneiden. Sie profitiert bislang im wesentlichen aus einem ähnlichen WählerInnenpotential wie die Westgrünen. Genauer: Sie vergrößert dieses Potential (!), indem sie Emanzipation und Ökologie mit der sozialen Frage zu kombinieren sucht und v.a. mit sozialer Emanzipation und Gerechtigkeit identifiziert wird. Sie ist damit eher in der Lage, GewerkschafterInnen und durch Armut und soziale Ausgrenzung betroffene Menschen zu erreichen. Und sie kann, wie erste Analysen zeigen, eine neue Generation von jüngeren Menschen gewinnen, die sich um ihre Rechte und

Zukunft betrogen fühlen. Tina Rosenbusch, Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger GAL, konstatiert, „daß es genug WählerInnen und Wähler für beide gibt“, das Potential für links insgesamt im übrigen keine konstante Größe sei. Es sei abhängig von „gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen“².

Beide Parteien treffen sich in der Innen- und Außenpolitik, befinden sich dort in einer produktiven und vernünftigen Wettbewerbssituation, die für die Entfaltung außerparlamentarischer Bewegungen nur nützlich ist.

Grüne diskutieren über PDS

Im Wahlkampf gab es nun von verschiedenen Bundespolitikern der Grünen – West wie Ost – zum Verhältnis PDS – Grüne eine ziemliche Polemik. Die PDS sei eine populistische Partei, sie müsse bekämpft werden, sie würde eine wirkliche Reformpolitik eher verhindern. Harte Angriffe hat es auch nach den Wahlen gegeben. Und auch die Grünen waren an der Beschneidung parlamentarischer Rechte der neuen PDS-Bundestagsgruppe beteiligt. Trotzdem kann dies nicht verdecken, daß es an der Basis der Grünen inzwischen zahlreiche Diskussionen zur PDS gibt. Diese Debatten haben nur zum Teil mit der PDS selbst zu tun, betreffen auch das eigene Selbstverständnis. Nachzeichnen läßt sich dies nicht nur an der recht oberflächlichen Debatte der außerordentlichen Bundesversammlung. In Hamburg z.B. diskutierte die GAL bereits eine Woche nach der Wahl auf einer Landesmitgliederversammlung stundenlang genau diese Fragen. In zahlreichen Kreisverbänden gibt es solche Diskussionen. Und diese Diskussion gewinnt innerhalb der Grünen auch deshalb an Boden, weil die Wahlergebnisse durchaus zeigen, daß eine vorteilhafte Entwicklung der PDS auch in Westdeutschland neben und mit den Grünen – und nicht in Vernichtungskonkurrenz mit ihnen – möglich ist.

Programmatische Übereinstimmungen

Grüne und PDS haben in ihren wahlprogrammatischen Vorstellungen ein hohes Maß an Gemeinsamkeit. Ein Vergleich der Bundestagswahlprogramme einerseits der SPD und andererseits der beiden kleineren Oppositionsparteien zeigt, daß es in nahezu allen Politikbereichen deutliche Unterschiede zwischen der SPD auf der einen und Grünen und PDS auf der anderen Seite gibt⁴. Einige Beispiele:

Arbeit: Während die SPD auf „Leistungsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit“ setzt, orientieren Grüne und PDS an erster Stelle auf die Umverteilung von Arbeit und auf Beschäftigungsprogramme. **Soziale Grundsicherung:** Die SPD will „erste Schritte“ zur Einführung gehen. Für die Grünen ist Grundsicherung ein wesentlicher Schwerpunkt, für die PDS sogar der Kern eines neuen Sozialsystems. **Wohnungspolitik:** Die SPD will die Kräfte des Marktes und des Sozialstaates „verbinden“. PDS und Grüne wollen eine Zurückdrängung des Marktes und die soziale Komponente durchsetzen. **Frauen:** Die SPD will die Auflagen des Verfassungsgerichtes erfüllen. Die Grünen wollen jeden Gesetzentwurf dahingehend prüfen, ob diese Rahmenrichtlinien weit und parteiisch für Frauen ausgelegt werden, die PDS will weiterhin die Verankerung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch.

Demokratisierung: Die SPD befördert die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Grüne und PDS sind dagegen und wollen direkte Beteiligungs- und Entscheidungsrechte der BürgerInnen. **Rechtspolitik:** Die SPD will den Lauschangriff. PDS und Grüne sind strikt dagegen.

Unterschiedliches Profil

Trotzdem läßt sich ein unterschiedliches politisches Profil für Grüne und PDS mit Sicherheit ausmachen. Die Grünen legen den Schwerpunkt auf die Gestaltung eines „neuen ökologisch-sozialen Gesellschaftsvertrages“. Ihre radikalen und detaillierten Reformvorstellungen widmen sich dabei hauptsächlich dem Problem eines tiefgreifenden ökologischen Wandels. Für die PDS ist die soziale Frage Ausgangspunkt politischer Überlegungen, die sie mit den Anforderungen an einen ökologischen Wandel zu kombinieren sucht. Es muß nicht betont werden, daß ein wesentlicher Profilunterschied auch in der Behandlung der Frage liegt, wie sich die beiden Parteien die „Gestaltung der Einheit“ vorstellen. Und schließlich sind auch die gesamte Parteikonzeption und das Oppositionsverständnis gravierend unterschiedlich. Dieser Vorrat an programmatischen Übereinstimmungen einerseits und der deutliche Profilunterschied und die Schwerpunktlegung andererseits verdeutlichen eine politische Chance. Politische Handlungsfähigkeit wäre auch in Gemeinsamkeit gegeben, und zugleich könnte – unter Einbeziehung außerparlamentarischer Kräfte – ein größeres, auch die Sozialdemokratie unter Druck setzendes Oppositionspotential mobilisiert werden.

Verständigung von unten

Es ist nun grüne und wohlzuende Tradition, daß gerade Programmfragen sehr stark auch an der Basis dieser Partei vorbereitet werden. Die jeweiligen Bundeskongresse werden durch Anträge von Kreisorganisationen nahezu überflutet. In die Aussagen fließen detaillierte Forderungen mit ein und werden oft Punkt für Punkt abgehandelt. Das Ergebnis war auch jetzt ein Bundestagswahlprogramm mit über 70 eng bedruckten Seiten. Die PDS kommt auf 30, die aber sehr, sehr großzügig gestaltet sind. Diese detaillierte grüne Programmatik ist aber nicht nur von Vorteil. Oft bleibt der Interpretationsspielraum für grüne Parlamentsfraktionen, welchen Fragen denn nun tatsächlich Priorität zugemessen werden soll, sehr groß. Auffallend ist darüber hinaus, daß die politischen Kräfteverhältnisse innerhalb grüner Fraktionen häufig andere sind als die, die über Parteikonferenzen artikuliert werden. Der gegenwärtig spektakulärste Fall ist der Bereich der Außenpolitik. Während sich eine außerordentliche Bundesversammlung schon am 9.10.93 mit 90% Mehrheit klar für eine politische Linie entschied, die jegliche militärische Intervention ausschließt, die die Abschaffung der Bundeswehr fordert, wählte die Bundestagsfraktion jetzt mit Gerd Poppe denjenigen zum außenpolitischen Sprecher, der mit seinem damaligen Alternativantrag regelrecht abgeschmettert wurde. Dieser Widerspruch zeigt nicht nur, daß gerade auch die Grünen über außerparlamentarische Bewegungen und Diskussionsprozesse beeinflußbar sind, sondern zugleich, daß wir es uns zu einfach machen würden, diese Partei einfach abzuschreiben, wie es eine bestimmte Richtung der westdeutschen Linken leider getan hat.

Widerstand und politische Aufklärung von unten, parlamentarische Initiativen und der ernsthafte Versuch, gerade auch mit der grünen Basis [ähnliches gilt für die sozialdemokratische und die Gewerkschaftslinken] – in einen gesellschaftspolitischen Dialog zu kommen, der Kritik einschließt, sind verschiedene Momente, mit der PDS-Politik im Westen einen Beitrag dazu leisten kann, den politischen Wechsel auch in der Bundespolitik zu befördern. Eine Verengung von PDS-Politik im Westen auf die eines Transmissionsriemens oder einer Werbeagentur für den parlamentarischen Arm in Bonn wäre, auch im Zusammenhang mit den hier besprochenen Fragen, nicht nur kurzsichtig, sondern geradezu sektiererisch.

¹ Vgl. Lokalberichte Hamburg, Nr. 24, 24.11.94, S.8ff

² Vgl. UNZ, Nr. 23/94, S. 3

³ Vgl. Politische Berichte, Nr. 21, 20.10.94, S. 5

⁴ Der Bundesgeschäftsführer der PDS hat hierzu schon vor geraumer Zeit eine Studie herausgegeben.

Jugendprojekt Alternativhaus

Gemeinschaftsübergriff von Polizei und Feldjägern

PRESSEERKLÄRUNG VOM 10.11.

Die Angriffe auf das Alternativhaus Altenburg (Thüringen) reißen nicht ab. Nur sind es diesmal nicht irgendwelche randalierende Jugendliche, sondern Feldjäger und Polizisten. Aber lassen wir doch einfach eine Bewohnerin zu Wort kommen: „Durch lautes Hämmern bin ich aus dem Schlaf gerissen worden. Ich wurde munter und die Ereignisse überschlugen sich. Die Tür fliegt auf, Polizisten stürmen herein, ich sehe in den Lauf einer Waffe und werde angebrüllt: „Sofort anziehen und das Zimmer verlassen!“

Ich werde von den Polizisten heruntergeführt und muß mich mit gespreizten Beinen und Händen an die Hauswand stellen. Dann werde ich durchsucht und gezwungen mich hinzuknien. Meine Hände werden durch eine Art Plastekabel so fest geknebelt, daß ich das Gefühl habe: „Mir schnürt es die Hände ab.“

Was folgte war entwürdigend. Mindestens eine halbe Stunde mußten wir in der Kälte ausharren. Am schlimmsten war es zu wissen: „Jeder der dich jetzt hier sieht, denkt du bist ein Verbrecher, obwohl ich gar nichts gemacht habe!“ Diskriminierend waren auch die Sprüche und Scherzen der anwesenden Polizeibeamten. Als die Durchsuchung beendet war, wurden uns die Fesseln abgenommen und wir durften wieder ins Haus zurückkehren.“

Das Haus das vorgefunden wurde, war nicht jenes welches wir verlassen mußten. Das Café verwüstet, verschlossene Türen eingetreten, unverschlossene (!) Türen eingetreten und zerstört, Schränke durchwühlt, Inhalte auf den Fußböden verteilt, verängstigte Hunde (u.a. Welpen) und ein zerschlitztes Sofa. Weiterhin fielen die Manipulationen an dem Mailboxrechner auf. Langsam stellt sich die Frage: „Wozu dieser Aufwand?“ Und jetzt kommt das Unglaubliche: Die Aktion war offiziell eine Amtshilfe der Polizei für die Feldjäger, die nach zwei Fahnenflüchtigen fahnden! Zu dieser Kinderei ersparen wir uns jeden Kommentar, denn die Fakten lassen eine andere Zielrichtung erkennen.

1.) Die Aktion war Bestandteil der Ausbildung der Polizeiazubis. Dafür spricht der hohe Anteil von Azubis, die Aufwärmübung am Polizeirevier (die Polizisten mußten vor Beginn der Aktion mit ihren Knüppeln gegen die Mauer des Reviers schlagen um ihre Hemmschwelle herabzusetzen) und verschiedene Bemerkungen, z.B. „Wenn wir jetzt noch zwei Terroristen fangen, ist die Prüfung bestanden.“

2.) Wir hegen die Befürchtung, daß der „große Lauschangriff“ hier vorbereitet wurde. Denn wir können uns nicht erklären, was die Polizisten zirka eine Stunde unbeobachtet im Haus getrieben haben. Es wurde verfolgt, daß zwei Polizisten mit ominösen schwarzen Koffern im Haus verschwanden.

3.) Der Aspekt der Kriminalisierung des Projektes liegt klar auf der Hand! Die Zerstörungen im Haus lassen auf einen destruktiven Charakter, minimale Intelligenz und moralische der ausführenden und befehlenden Beamten schließen. Für uns bleiben jedenfalls folgende Fragen offen, die auch für die Öffentlichkeit von Interesse sind:

- Wo sind Hausdurchsuchungsbefehl, Durchsuchungsprotokoll und Liste der beschlagnahmten Gegenstände?
- Wer sind die verantwortlichen Beamten (die verantwortliche Justizbehörde)?
- Wodurch werden das brutale Vorgehen und die sinnlosen Zerstörungen gerechtfertigt?
- Warum werden Frauen festgehalten, wenn Kriegsdienstverweigerer bzw. Fahnenflüchtige gesucht werden?
- Wieso müssen wir als Trainingsobjekt herhalten? Was bleibt, ist ...

Ein Gedächtnisprotokoll

Am Donnerstag, den 10.11.94, wurde ich, T.K., früh um 6.00 Uhr von Gepolter und Geschrei im Hausflur geweckt. Ich bin aufgestanden, und da kloppte es schon. Ich öffnete die Tür, und vor mir standen fünf Polizisten mit Helm und Schilden. Sie brüllten mich an: „Raus hier, und zwar schnell!“ Sie packten mich und zerrten mich aus dem Zimmer. Ein anderer Polizisten öffnete die Nachbarwohnung, die von V.H. Er zog seine Pistole und schrieb wie hysterisch im Zimmer herum. Die Hunde bellten sofort los. Der Polizisten richtete seine Pistole auf die Hunde und sagte, er würde sie erschießen, wenn sie nicht aufhören. Wir wurden dann alle wie Schwerverbrecher aus dem Haus getrieben, ohne uns einen Grund für die Sache, die sie da machten, zu nennen. Gegenüber dem Haus wurden ich und meine Mitbewohner an die Wand gestellt, in Fliegerstellung natürlich. Wir wurden durchsucht, und uns wurden sogenannte Fesseln angelegt. Bei der Kälte, die draußen noch herrschte, mußten wir uns hinknien, und das fast eine Stunde lang. Was die solange in unserem Haus gemacht haben, hätte ich gerne gewußt. Aber das sahen wir ja kurz danach. Totale Verwüstung in der untersten Etage. Jeweils in einer Wohnung und im Aufenthaltsraum des Hauses. Es wurden sämtliche Türen aufgetreten und aufgebrochen. Scheiben waren zerbrochen und ein Sofa aufgeschlitzt. Und der Witz ist, keiner will jetzt dafür verantwortlich sein. -

OVZ SONNTAG / SONNTAG, 26/27. NOVEMBER 1994

ALtenburg U!

Nach Stadtratssitzung und mehrstündiger Verhandlung zwischen Stadt und Alternativhaus:

Stadt bietet Verlängerung der Probezeit an

Altenburg (OVZ). Das Alternativhaus in der Altenburger Heinrich-Henne-Straße hat wahrscheinlich eine „Gallenfrist“ für die Existenz der Einrichtung erreicht. Die Stadtverwaltung zeigte sich bereit, die Probezeit zu verlängern. Es wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt also weder einen totalen Rauschluß, noch den Abschluß eines rechtsgültigen Mietvertrages geben. Dieser, sicher für beide Seiten nicht ganz befriedigende Kompromiß ist das Ergebnis günstiger, mehrstündiger Verhandlungen zwischen Vertretern der Stadt und des Alternativhauses sowie einer PDS-Anfrage in der jüngsten Sitzung des Altenburger Stadtrats am Donnerstag abend.

Die Fraktionschefin der PDS, Dr. Birgit Klauber, hatte die Lösung des Problems Alternativhaus gerade durch den Polizei- und Feldjägereinsatz am 10. November als dringend notwendig erachtet. Das Alternativhaus sei eine Einrichtung, die von der Stadt wohlgeduldet werde, aber nicht in die Lage versetzt wurde, aus einem rechtlichen Schwebezustand herauszukommen. Unter Hinweis auf die Erfurter Koalitionsvereinbarungen, in der präventiver Jugendarbeit Priorität eingeräumt werde, hinterfragte die Politikerin die Zukunft des Hauses. Sie wollte wissen, welche Gründe gegen die Unterzeich-

nung eines Mietvertrages sprechen und ob die Möglichkeit bestehe, durch Sozialarbeiter hoffend einzutreten.

Bürgermeister Rolf Bräuning (SPD) drehte in seiner Antwort den Spieß jedoch um und forderte die PDS auf, dem Alternativhaus Unterstützung zukommen zu lassen, „da dort ein einige Jugendliche wohnen, die ihrer Partei nahe stehen“. Die Stadt selbst sehe sich außerstande, ein Mehr an Unterstützung zu gewährleisten. Auch andere Jugendliche hätten Anspruch auf Betreuung. Bräuning verwies in diesem Zusammenspiel auf die sechs Jugendcafés, die in der Stadt entstanden sind, und andere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, wie den neuen Sportplatz in Nord. Außerdem sei die Stadt bislang mehr als tolerant mit dem Alternativhaus umgegangen, das gleich mit einer Rechtswidrigkeit, nämlich einer Hausbesetzung, entstanden sei. Von diesem Haus und seinem Umfeld gingen, so Bräuning, seit März 1993 insgesamt 43 Straftaten aus.

„Wir können die Sache doch nicht einfach mit dem Hinweis abtuu, daß dort ein Hort von Straftätern wäre und auf andere Sozialcafés verweisen“, zeigte sich Birgit Klauber einer solchen Argumentation gegenüber schockiert. Außerdem verwahrte sich die PDS-Abgeordnete dagegen, dieses

soziale Thema zu einem parteidemokratischen Hochzustillsieren. Auch ihre Fraktionskollegin Alexandra Vogel, selbst Bewohnerin des Alternativhauses, verwahrte sich in einem Gespräch mit unserer Zeitung gegen diese „Argumentation mit falschen Fakten“. Das Projekt bestehle erst seit dem 11. Dezember 1993 und die Formulierung „Umfeld“ sei ohnehin mehr als schwammig.

Die Stadt sei nicht gegen das Projekt, bekämpfte UB Johannes Ungvári gestern gegenüber OVZ die Haltung der Stadt. Für einen Mietvertrag müsse aber eine deutliche Abgrenzung von Leuten erfolgen, die durch kriminelle Handlungen das Haus in Verzug bringen. Wenn diese Differenzierung erfolgt, sind wir zu weiteren Gesprächen und zum Abschluß des Mietvertrages bereit. Wenn nicht, dann nicht“, so die deutliche Aussage des Stadtobmanns. Die Stadt wolle jetzt Bereitschaft auf Seiten der jungen Leute sehen. Deshalb werde die Probezeit verlängert. Ungvári wollte keinen exakten Zeitpunkt nennen, meinte jedoch, die Verlängerung werde auf jeden Fall über den Jahreswechsel hinaus gehen. Außerdem werde sich der Kultur- und Sozialausschuß des Stadtrats noch einmal ausführlich mit dem Projekt beschäftigen. Ellen Paul

Neue Plattform gegründet

Gründungstext für eine Anarchistische Plattform in und bei der PDS

„Sozialismus wird frei sein, oder er wird nicht sein.“
(Rudolf Rocker)

Wir streben eine freie, staatenlose, sozialistische Gesellschaft an, die auf Selbstbestimmung und -verwaltung, Freiheit und Solidarität, Basisdemokratie und Dezentralität basiert.

Der Mensch als freies Individuum im Mittelpunkt

Wir sehen den Menschen als freies, unabhängiges und einzigartiges Individuum, fähig, über sein Leben und seine Interessen frei zu bestimmen, fähig, in Gemeinschaft und Solidarität zu anderen Menschen zu treten und zu handeln, als Mensch unter Menschen mit gleichen, unveräußerlichen Rechten, als den Mittel- und Ausgangspunkt unserer politischen Arbeit. Deshalb wenden wir uns mit Vehemenz gegen die Ideologien von Rasse, Nation, Volk oder Ethnie, die von den Herrschenden stets dazu benutzt wird, künstliche Kollektive, Hierarchien zu schaffen und Solidarität zu spalten.

Ein Wandel der Beziehungen der Menschen untereinander

Wir wollen einen Wandel des Umgangs und der Beziehungen der Menschen untereinander. Die heutige Welt ist eine patriarchalische. Männlichkeit und Weiblichkeit sind nach wie vor mit Heterosexualität und alten, diskriminierenden, konservativen Werten verbunden. Homosexualität wird wahlweise als psychisch krank, widernatürlich oder genetisch festgelegt gebrandmarkt. Eine freie Entscheidung wird homosexuellen Menschen nicht zugestanden.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Lebensformen gleichwertig sind, in der die Menschen ihre Lebensweise selbst bestimmen und frei wählen können, egal ob in Familien, Kommunen oder irgend einer anderen Gemeinschaft, egal ob hetero-, homo-, bisexuell oder sonst irgendwie. Wir wollen eine Gesellschaft der anarchistischen Prinzipien, der gelebten Solidarität in Freiheit. Wir wollen eine macht- und herrschaftsfreie Gesellschaft verwirklichen, ohne Hierarchien, in der Konflikte offen ausgetragen werden und nicht mit Unterdrückung und Angst gearbeitet wird. Gleichtes gilt uns für Kinder. Wir sehen Kinder als selbständige Menschen mit eigenem Willen, Verstand und Ideen und nicht als erziehungsbedürftige „Noch-nicht-ganz“-Menschen, die in irgendeiner Weise zu formen und biegen sind, nicht als irgend jemandes Eigentum. Kinder haben gleiche Rechte wie alle anderen Menschen, allen voran das Recht auf ein freies, unabhängiges Leben in der Gemeinschaft und Art, die ein jedes für sich als die beste erachtet.

Die Befreiung der Menschheit kann nur das Werk der Menschen sein‘

die Selbstbefreiung jedes/r einzelnen, müßte dieser abgewandelte Brechtsche Spruch noch ergänzt werden.

Wir wollen einen grundsätzlichen und tiefgreifenden Wandel der Gesellschaft. Eine befreite Gesellschaft soll es sein und befreite Menschen. Die Freiheit soll wieder für alle greifbar werden. Die Basis einer freien Gesellschaft ist die „freie Vereinbarung“, gegenseitige, freiwillige Vereinbarungen die von beiden Seiten eingehalten werden. Jeder entscheidet über alle Dinge, die ihn/sie betreffen, selber, handelt so, wie er/sie möchte, kann alles tun und lassen, was er/sie beliebt, solange andere nicht in ihren Menschenrechten verletzt werden und er/sie die Verantwortung für sein/ihr Handeln auch übernimmt.

Wir wollen unseren Anteil leisten an der Befrei-

ung der Gesellschaft von Bürokratie und Repressionsorganen.

Staat und staatliche Organisation wären mehr als überflüssig, wenn die Menschen ihr Leben selber und in Solidarität regeln, ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht mehr abzugeben bereit wären und sich nicht mehr delegieren lassen würden. Alle diese Institutionen sind Instrumente der Entmündigung und Gängelung, der Angst, der Herrschaft und der Herrschaftssicherung, ansonsten aber reichlich unnötig.

Entscheidungen haben „Fachleute“ zu treffen. Das jedenfalls soll uns vermittelt werden. Damit wird nicht nur die Existenz von Parlamenten, PolitikerInnen, BürokratInnen, sondern auch deren vermeintliches Vorrecht der Entscheidung gerechtfertigt und die Emanzipation der Menschen behindert. Die Menschen können das Leben selbst organisieren, ohne große Probleme, wenn sie es denn nur wollen.

Wir wollen eine Selbstverwaltungswirtschaft, eine Selbsbestimmung der Arbeitenden auf allen Ebenen und Gebieten, bei der Produktion- und Ar-

gen des „Systems“ Absagen zu erteilen. Betriebe sollen von den Belegschaften übernommen werden. Mittel dazu sind Gehorsamsverweigerungen, z.B. Streiks aller Arten, wilde Streiks, Besetzungen.

Staatssozialismus

Der „Ostblock“ ist zusammengebrochen, der „Real-Sozialismus“, ein Staatssozialismus, gescheitert. Das Ende aller sozialistischen Utopien und Hoffnungen?

Es wird Zeit, sich neu zu besinnen, weg vom staatlichen Denken zu kommen und sich zum freiheitlichen, libertären Sozialismus hinzuwenden. Die realsozialistischen Staaten waren nicht die Länder unserer Träume. Wirtschaftlich waren es zentralistische, hierarchische Zwangs- und Planwirtschaften ohne wirkliche Mitbestimmung der Arbeitenden. Ansonsten starke Staaten mit einem autoritären, auch fortschrittlichen, linken, sogar kommunistischen Opposition unterdrückenden Aufbau, ohne wirkliche Freiheit, Eigenständigkeit und Mitbestimmung der Menschen, dafür mit großer Kontrolle. Es war keine Gesellschaftsform, die von den dort lebenden Menschen gewählt war. Sie war aufgepropft, nicht verwurzelt, nicht aus der Gesellschaft kommend und damit letztlich weitgehend entfremdet.

Wir dagegen wollen undogmatisch nach den Möglichkeiten von sozialistischen Gesellschaftsformen suchen. Nicht die Lehre eines/einer bestimmten TheoretikerIn soll für uns im Mittelpunkt stehen, sondern die Freiheit.

Warum eine anarchistische Plattform in und bei der PDS?

Wir gründen uns als Plattform, als Diskussionskreis, weil wir an allen Themen und Problemen, in allen aktuellen und grundsätzlichen Debatten unsere Standpunkte, Lösungsvorschläge und Ansichten, schlicht unser Denken, einbringen wollen, und dies nicht in starren, sondern in offenen und lebendigen Strukturen.

Wir gründen uns als anarchistische Plattform, weil wir uns den Ideen, Idealen und TheoretikerInnen des freiheitlichen Sozialismus, Anarchosyndikalismus und Anarchismus verbunden sehen.

Wir gründen uns als Plattform in der PDS, weil wir zum Teil aus ihr kommen. Durch die Erfahrung des Zusammenbruchs des Staatssozialismus wird in der PDS nach einem Weg zu einem demokratischen Sozialismus gesucht, der die tradierten „alt-linken“ Positionen hinter sich lässt. An diesen positiven Ansätzen wollen wir anknüpfen. Wir wollen Einfluß auf die PDS nehmen, ihre Haltungen, Positionen, ihr Vorgehen. Dies soll vornehmlich an der Basis geschehen.

Wir gründen uns als anarchistische Plattform in und bei der PDS, weil wir ausdrücklich offene Strukturen auf allen Ebenen wollen. Sie sollen offen sein für alle Menschen, die unsere oben beschriebenen Ansichten teilen.

Was wollen wir?

Wir wollen die Linke, sozialistische Diskussion bereichern. Unserer Ansicht nach sollen sich linke Diskussionen nicht nur auf Marx und Engels und die ihnen verpflichteten AutorInnen beschränken und sich ausschließlich um diese drehen. Wir wollen die Vielfalt und Kreativität, die Ideen von Goldmann, Landauer und Mühsam, Bakunin und Kropotkin, Rocker und vielen anderen heute unbeachteten, libertären AutorInnen einbringen. Doch wollen wir auch nicht aktive, politische Aktionen vernachlässigen. Diese sollten jedoch sinnvoll mit unserer theoretischen Arbeit verbunden werden und die Betroffenen mit einbeziehen.

„Ohne Freiheit ist der Sozialismus eine Kaserne!“
(Michail Bakunin)

